

# Vorwärts

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 1.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummern mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Vollzeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und der Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Erklärungen und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Erklärungen und Berichtigungs-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist ab 7 Uhr abends geöffnet.

Erklingt täglich außer Sonntagen.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Sonnabend, den 21. November 1908. Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1953.

## Die preussische Städteordnung.

III.  
 Die Städteordnung von 1808 war zunächst, wie wir schon sagten, für die Provinzen Ost- und Westpreußen bestimmt und wurde dann auf die Landesteile ausgedehnt, die dem preussischen Staate nach dem Frieden von Tilsit verblieben waren: Pommern, Brandenburg und Schlesien. Inzwischen aber hatte der ebenso bössartige wie stupide König Friedrich Wilhelm III. das demokratische Paar in der Suppe gefunden, die ihm Stein über den königlichen Kopf weg aufgesetzt hatte, und er dachte gar nicht daran, den neu oder wieder erworbenen Landesteilen, die durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses 1814 an den preussischen Staat fielen, das „königliche Geschenk der Hohenzollern“ aufzubauen.

Erst als ihn die Julirevolution von 1830 und der gleichzeitige Schneiderkrawall in Berlin aufgemuntert hatten, erließ er eine Städteordnung für die neuen Provinzen, aber eine „revidierte“ Städteordnung, von der Schön, der einen entscheidenden Anteil an der Städteordnung von 1808 gehabt hatte, kurz und bündig sagte: „Die Städteordnung wurde, so weit man das, ohne den Schrein der Barbarei und der Inkonsequenz auf sich zu laden, nur irgend vermochte, allmächtig in der Richtung einer Beamtenordnung ausgegüßelt und modifiziert“. Jedoch da die Festartikel der bürgerlichen Presse von dieser „Revision“ nichts wissen und selbst die umfangreiche „Festschrift“ des hiesigen Magistrats mit einigen allgemeinen Redensarten darüber hinwegtäuselt, so müssen wir schon etwas ausführlicher darauf eingehen.

Während man 1808 keinem unbescholtenen Einwohner der Stadt das Bürgerrecht verweigerte, wurden 1831 zum Erwerb des Bürgerrechts nur diejenigen Einwohner für berechtigt erklärt, die ein Grundeigentum von 300 bis 500 Talern Wert besaßen oder aus einem stehenden Gewerbe eine reine Einnahme von 200—600 oder aus anderen Quellen ein Jahreseinkommen von wenigstens 400—1000 Talern bezogen. In echt preussischer Heuchelei wurde hinzugefügt, daß auch ärmere Leute, die sich eines „ausgezeichneten Vertrauens würdig bewiesen“ hätten, durch übereinstimmenden Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten zum Bürgerrecht zugelassen und unter die Wählbaren aufgenommen werden könnten. Denn auch das passive Wahlrecht, das 1808 jedem stimmfähigen Bürger zugesprochen worden war, wurde nun an einen Jenus geknüpft, der in kleineren Städten sich auf ein Jahreseinkommen von 200, in größeren von 1200 Talern belief. Während 1808 die Wahl nach Korporation und Hünften ausdrücklich verboten worden war, ordnete die „revidierte“ Städteordnung solche Wahlen förmlich an. Die Veräußerung städtischer Grundstücke, die früher allein von den Stadtverordneten abhängig wurde, wurde nunmehr von der Erlaubnis der Regierung abhängig gemacht. Der Magistrat, nach dem älteren Befehle eine rein städtische, allein von den Stadtverordneten abhängige Behörde, wurde nach dem neuen Befehle überwiegend ein von der Regierung abhängiges „Organ der Staatsgewalt“. Die Regierung konnte, durch kein Gesetz beschränkt, die Wahlen der Bürger für ungültig erklären und bei „Anangemessenheit“ oder „Verzögerung“ der Wahl die städtischen Ämter auf Stadtkosten verwalten lassen. Die Regierung konnte die Magistratsmitglieder wegen „mangelhafter Dienstführung“ absetzen und alsoan die Größe ihrer Pension bestimmen. Der Bürgermeister, dessen Stelle infolge „mangelhafter“ Wahl von der Regierung besetzt wurde, war befugt, die Beschlüsse des Magistrats aufzuheben, und dafür nur der Regierung verantwortlich. Endlich stand es nach der „revidierten“ Städteordnung der Regierung frei, die Stadtverordnetenversammlung „bei Parteilagen in derselben“ aufzulösen oder die Schuldigen auszuschließen, ja selbst unter Umständen den Gemeinden die Städteverwaltung ganz zu entziehen.

Voraus diese „Revision“ abzielte, sprach der Staatsrechtslehrer v. Rönne, ein hochgestellter Richter, mit den Worten aus: „Bei Entwerfung der revidierten Städteordnung ging man von dem Hauptgesichtspunkte aus, daß das Oberaufsichtsrecht des Staates eine größere Ausdehnung erhalte, daß das Bürgerrecht an Bedingungen, welche den Unbemittelten davon ausschließen, geknüpft und die Wahlfähigkeit beschränkt werde, um die ärmere ungebildete Klasse der Bürger in der Regel aus dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zu entfernen.“ Die Regierung selbst bestätigte diese Auffassung als richtig; der Minister v. Kochow, der Mann des „beschränkten Untertanenerstandes“, empfahl die Schrift Rönnes, aus der die eben zitierten Sätze entnommen sind, in einer amtlichen Verfügung angelegentlich zur Anschaffung durch die Behörden. Die damalige Reaktion besah noch den traurigen Mut der Schamlosigkeit; noch nicht durch die Arbeiterbewegung bedrängt, faßelte sie nicht vom „sozialen Königtum“, sondern nannte die Dinge beim richtigen Namen, wie es heute selbst nicht einmal mehr die „Festschrift“ des Magistrats wagt.

Auch das städtische Bürgerrecht hatte 1831 noch ein wenig Courage. Der Versuch der Regierung, die Städteordnung von 1808 ganz durch die „revidierte“ Städteordnung zu ersetzen, scheiterte an dem entschiedenen Widerstande der Städte in den alten Provinzen; die Regierung mußte sich daran genügen lassen, die Städte in den neuen Provinzen mit dem

reaktionären Nachwert zu beglücken, und den Städten in den alten Provinzen nur seinen Austausch gegen die Städteordnung von 1808 zu empfehlen. Jedoch folgten nicht mehr als drei märkische Landstädte diesem väterlichen Räte.

Die Revolution von 1848 setzte dann das überlebte Zeug fort, das der Städteordnung von 1808 noch angehängt hatte, das spezifisch städtische Bürgerrecht, die Unterscheidung zwischen Bürgern und Schutzverwandten und ähnliches mehr. Aber dafür revidierte sich die Gegenrevolution, indem sie nun auch die gefunden Keime der Städteordnung von 1808 gänzlich ausrottete, in erster Reihe das gleiche und geheime Wahlrecht. Die „Revision“ der Städteordnung von 1853 dehute den Rückschritt, der 1831 immerhin nur für das halbe Land gemacht worden war, auf das ganze Land aus; sie verfolgte dieselben Zwecke: Knebelung der städtischen Behörden durch die staatliche Bureaucratie und Ausschließung der arbeitenden Klassen von den städtischen Ämtern, wenn sie auch teilweise andere Formen annehmen mußte, um sich den revolutionären Errungenschaften anzubequemen, die nun einmal nicht rückgängig zu machen waren: die Dreiklassenwahl ersetzte ja auch überreichlich, was die „Revision“ von 1831 an Zensurbestimmungen enthalten hatte.

Im Jahre 1854 fanden in Berlin zum ersten Male die städtischen Wahlen nach diesem System statt, unter überaus schwacher Beteiligung; in der dritten Klasse wählten noch nicht ganz 20 Prozent. Es war die glorreiche Zeit, wo die städtischen Behörden Berlins zwar die Kantenfessel und Brangel durch das Ehrenbürgerrecht auszuzeichnen verstanden, aber sich völlig unfähig erwiesen, die Einrichtungen zu treffen, deren die schnell anwachsende Stadt bedurfte. Hatte zehn Jahre früher die Stadt Brandenburg eines freisinnigen Bureaucraten bedurft, der ihrer „Selbstverwaltung“ auf die Beine half, so bedurfte Berlin — was denn auch ein netter Fortschritt der Zeit war — für denselben Liebesdienst eines durch und durch reaktionären Bureaucraten, desselben bezuzensenen Polizeipatrosch, der den Kölner Kommunistenprozeß gemacht hatte: unter nörgelndem Widerstande der städtischen Behörden hat Hindelbey in Berlin die Feuerwehr, die Wasserleitung, die Straßenreinigung, die öffentlichen Bade- und Waschanstalten, die Anschlagtafeln, das Telegraphenwesen und anderes geschaffen.

Was dann die „Selbstverwaltung“ in den letzten Jahrzehnten und Jahren an „Männerstolz vor Königsthronen“ und anderen ausgezeichneten Qualitäten geleistet hat, das brauchen wir unseren Lesern nicht weitaufwendig darzulegen. Vielleicht erzählen die Herren Kirchner und Reide davon, wenn sie heute, in Gegenwart des Kaisers und der höchsten Reichs- und Staatsbehörden, im Rathause die abgeleiteten Jubelhymnen anstimmen und auf dem lahlen Fell der Städteordnung herumtauschen, daß die Rotten nur so herausfliegen.

Was uns anbetrifft, so sind wir altmodisch genug, es mit dem alten Ziegler zu halten, der das allgemeine Wahlrecht verlangte, um in den Städten aufzuräumen, fernerhalten nach seiner erprobten Erfahrung die Minderheit immer nur hübsch ihren Vorteil wahrnimmt und zur eignen Nützung aus dem gemeinen Sädel der Stadt ist.

## Die Bergverwaltung auf der Anklagebank.

Was die Arbeiterklasse von dem Einzug der ersten Sozialdemokraten in das Dreiklassenparlament erhofft hat, hat sich schon in vollem Maße erfüllt. Bei der ersten Gelegenheit, wo es galt, die Interessen einer bestimmten Arbeiterschicht wahrzunehmen, hat die sozialdemokratische Fraktion ihren Mann gestanden. So traurig auch der äußere Anlaß — die Besprechung des entsetzlichen Grubenunglücks auf Zeche Rabbod — gewesen ist, so innigen Anteil auch das Proletariat an dem traurigen Gescheh der blinder Profitgier geopferten Verglückten und ihrer Hinterbliebenen nimmt, so konnten sich seine Vertreter doch nicht damit begnügen, gleich den Rednern der Bourgeoisie einige wohlwollende Phrasen herzuleiern. Nein, für sie stand Höheres auf dem Spiel, für sie galt es, die Ursachen der Katastrophe zu untersuchen und bestimmte Vorschläge zur Vermeidung ähnlicher Unfälle zu machen. Daß sie dadurch den Frieden des Junkerparlamentes gestört, daß sie die Rednertribüne zur Anklagestätte gestalteten und unbekümmert darum, ob man sie als Hezer verachtet, der Regierung und den herrschenden Klassen die ungekürzte Wahrheit gesagt haben, das mögen die Sachwalter des Grubenkapitals ihnen getrost übelnehmen, bei den Arbeitern, ja bei allen vorurteilslos denkenden Menschen, haben sie dadurch an Ansehen gewonnen.

Genosse Leinert, der den Standpunkt der Fraktion in einer temperamentvollen, zweifelhändigen Rede vertrat, hat sich seine Aufgabe nicht leicht gemacht, er hat sich sein Urteil nicht auf Grund von Presseberichten gebildet, sondern er ist selbst nach Hamm gefahren und hat mehrere Tage lang an Ort und Stelle eingehende Untersuchungen angestellt, Untersuchungen, deren Ergebnis die Grundlage seiner Anklage gegen die Bergverwaltung bildeten. Eine furchtbare Anklage war es, die Leinert gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, speziell gegen die Grubenmagazinate und die mit ihnen verschwägerten Bergbehörden erhob, eine Anklage, die Punkt für Punkt so wohl begründet war, daß den Anklägern, wenn sie nicht hortgehoffene Sünder wären, eigent-

lich nichts weiter übrig geblieben wäre, als ihre Schuld eingestehen und um Gnade zu flehen. Durch seinen Mund sprachen die Hunderttausende im Dienste des Kapitals schuftenden Bergarbeiter, sprachen die Witwen und Waisen der so jäh ums Leben gekommenen Opfer von Rabbod, sprachen all die, deren Interessen bislang im preussischen Landtage mit Füßen getreten wurden. Wohl brachten andere Parteien, die Freisinnigen und das Zentrum, im Laufe der Sitzung Anträge auf Erlass eines Reichsberggesetzes und auf Anstellung von Arbeiterkontrolleuren ein, aber weit wirksamer als diese Anträge, die doch nur auf dem Papiere stehen bleiben, waren die Worte des sozialdemokratischen Redners, die wie Keulenschläge herniederfielen. Die bürgerlichen Mitglieder des Dreiklassenparlamentes glauben, sie können die Sozialdemokraten diskreditieren und ihnen den Wind aus den Segeln nehmen, indem sie ihnen die zur Einbringung von Anträgen erforderliche Zahl von Unterschriften vorenthalten.

Nun, die sozialdemokratische Fraktion hat gezeigt, daß es auch so geht, daß sie ihre Anschauungen vorzutragen weiß, auch wenn es ihr nicht möglich ist, bestimmte formulierte Anträge einzubringen.

Leinert begnügte sich nicht mit einer Besprechung des Unfalls auf Rabbod, er zog auch die früheren Katastrophen in den Kreis seiner Betrachtungen, er wies die Gefährlichkeit des Bergbaubetriebs nach, er schilderte die mangelhafte Grubenkontrolle, er stellte dem Minister rundheraus ein Mißtrauensvotum im Namen der preussischen Bergarbeiter aus, ein Mißtrauensvotum, das sicherlich ein tausendfaches Echo im Lande finden wird. Erschütternd waren die Aussagen der von ihm vernommenen Bergarbeiter, Aussagen, die samt und sonders darin gipfeln, daß die öde Dividendenjagd, die Sorge um den Profit das Unglück herbeigeführt hat und daß die Grube Rabbod, die eine Goldgrube für die Aktionäre war, eine Totengrube in des Wortes vollster Bedeutung für mehr denn 300 brave Verglückte geworden ist.

Überflüssig, zu sagen, daß der sozialdemokratische Redner mit Energie auf die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren drang und daß er den Erlass eines Reichsberggesetzes als eine der wichtigsten Aufgaben darstellte.

Den Umstand, daß Leinert zwar die Aussagen der Arbeiter verlesen, die Namen aber nicht genannt hatte, suchte der Minister Delbrück unter dem jubelnden Beifall der Mehrheit auszunutzen, indem er gegen die Sozialdemokratie den schweren Vorwurf erhob, daß es ihr nicht darauf ankomme, die Wahrheit an den Tag zu bringen, sondern vielmehr darauf, die Deffektivität durch unwahre Behauptungen zu beunruhigen. Ein mehr als fadensteiniger Einwand! Mit dem Augenblick, wo Leinert seine Gewährsmänner nennt, kommen sie sicherlich auf die schwarze Liste, es wird die schlimmste Art des Terrorismus gegen sie angewandt, sie werden dem Hungertode überliefert. Gibt der Minister öffentlich die Erklärung ab, daß den Arbeitern aus ihren Aussagen keine Nachteile erwachsen, garantiert er ihnen für den Fall, daß sie deshalb arbeitslos werden, Beschäftigung auf den staatlichen Gruben, so steht der Nennung der Namen nichts im Wege. Oder verlangt die Regierung etwa, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter das Vertrauen seiner Gewährsmänner mißbraucht?

Wie sehr die Hiebe von Leinert gefressen haben, das beweisen die Ausführungen des konservativen Schulze-Belkum und des Nationalliberalen Dr. Friedberg, die nach ihm zu Worte kamen und sich in törichten Angriffen auf die Sozialdemokratie ergingen. Für Herrn Schulze steht es fest, daß die Sozialdemokratie die Katastrophe nur ausgenutzt hat, um zu heben. Als Beweis dafür dient ihm die Inschrift: „Wie der Löwe das Wild frißt auf der Weide, so fressen die Reichen die Armen“, die sich auf einem den Toten gespendeten Kranz fand — eine Inschrift, die, wie Adolf Hoffmann schlagfertig erwiderte, der Bibel entnommen ist und sich in Buche Strauß findet. Ähnlich klamierte sich Dr. Friedberg, der wütend ob der gegen seine Freunde gerichteten Angriffe nichts weiter zu sagen mußte, als daß die Sozialdemokratie seit dem Tode von Karl Marx sehr heruntergekommen sei, daß die Gewerkschaften sich immer mehr von der politischen Partei abwenden, und daß das Dreiklassenparlament es niemals an sozialpolitischem Empfinden habe fehlen lassen. Beide Redner wandten sich gegen Arbeiterkontrolleure und gegen ein Reichsberggesetz.

Vor Leinert hatte, unmittelbar nachdem Freiherr v. Tzwickel namens des Zentrums die Interpellation begründet hatte, der Handelsminister Dr. Delbrück das Wort zur Beantwortung erhalten. Im Grunde genommen war die Antwort gar keine Antwort. Man erfuhr nichts über die Ursachen des Unglücks, der Minister bestritt lediglich die durch die Presse verbreitete Mitteilung, er hätte sich dahin geäußert, daß alles in Ordnung sei. Aber so vorsichtig sich Herr Delbrück auch äußerte, so konnte er doch mit einem leisen Tadel darüber nicht zurückhalten, daß der Schacht bereits vermauert war, bevor sein Kommissar an Ort und Stelle eintraf. Warum diese Eile? Sieht die Direktion der Zeche nicht ein, daß sie dadurch den Verdacht der Verschleierung erweckt, daß sie dadurch den schlimmen Vorwurf auf sich geladen hat, daß sie allen Grund hat, zu verhindern, daß die Wahrheit ans Licht kommt? Daß der Minister eine strenge Untersuchung, daß er die Veröffentlichung einer Denkschrift über die Ursachen der Katastrophe in Aussicht stellt, will nicht viel besagen, solange er sich gegen einen

umfassenden Arbeiterschutz wendet und solange er namentlich die Einführung von Arbeiterkontrollen bekämpft. Das einzige, wozu er sich entschließen kann, ist die Ergreifung gesetzgeberischer Maßnahmen, um alle Beamten mehr als bisher für die Durchführung ihrer Anordnungen verantwortlich zu machen. Mit anderen Worten: es bleibt alles beim Alten, die Opfer sind vergebens gebracht. Aus den Knochen der Unglücklichen von Radbod entsteht kein Räucher. Erst der Sturz des Dreiklassenwahlrechts wird die Bahn für wirklichen Bergarbeiterschutz ebnen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. November 1908.

### Sozialdemokratische Steuerpolitik.

Aus dem Reichstage, 20. November. Bezeichnend für die Denkwirkung der bismarckischen Staatsmannschaft ist, daß die Reichsregierung sich dahin bescheidet, dem preussischen Landtag bei Erörterung des schmerzlichen Erbensteuergesetzes in der Nordgrube Radbod den Vortritt zu lassen. Herr v. Bethmann-Hollweg bedauerte, im Reichstage erst dann darüber Auskunft geben zu können, wenn die Besprechung im Abgeordnetenhause beendet ist. So wurde denn die Interpellation erst für den Dienstag angelegt. Sollten die Herren glauben, die Verzögerung werde die Abrechnung mildern, so täuschten sie sich doch arg täuschen.

In Fortsetzung der Steuerdebatte, in der heute Genosse Geyer zum Worte kam, gab er zunächst unter kräftiger Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion dem Umwille darüber Ausdruck, daß der Reichszentralrat in seiner gestrigen Rede mit keiner Silbe auf die Potsdamer Verhandlungen eingegangen sei, trotzdem zur Klärung der Lage, auch zur Beurteilung der Finanzreform ein durchaus notwendig sei, zu wissen, was für ein Kurs denn nun künftig eigentlich gesteuert werden solle. Geyer kündigte an, daß die Sozialdemokratie jedenfalls die Verfassungsfrage in vollem Umfange aufrollen und darauf hinarbeiten werde, daß sie jetzt gelöst wird, ehe das amtierende Bureaukratenkonsortium einen Haufen neuer Steuern zur Fortwurfstellung im alten Geiste in die Finger bekommt.

Der Reichszentralrat hörte sich das an, ohne vom Papier aufzusehen. Was braucht er auch Notiz zu nehmen von sozialdemokratischen Abgeordneten. Der Bloß hat sich in Treue und Ehrfurcht wieder um ihn gescharrt. Was braucht er da einer oppositionellen Minderheit Beachtung zu schenken, was braucht er der Volksvertretung selbst in gebührender Weise Auskunft zu erteilen! Seine Wamuschgarde schließt um ihn die Bravourreihen zur Abwehr jedweder umfängerischen Kritik.

Und doch müßte eigentlich, um mit dem Staatssekretär Sydow zu reden, der „kategorische Imperativ einer leidenschaftlichen Vaterlandsliebe“ diesen Staatsstößen es zur Pflicht machen, völlig klaren Wein einzufassen über ihre Politik. Denn welcher anderen Ursache ist das ungeheure Anschwellen unserer Staatsschuld, welcher Ursache die jährliche Vermehrung der Ausgaben für Heer, Flotte und Kolonien zu danken, als jener phantastischen Weltpolitik, die von dem persönlichen Regiment zwar die auffälligste Begünstigung erfährt, deren treibende Kraft aber in der Reichsregierung selbst und den herrschenden Klassen liegt.

Auf diese Zusammenhänge hinzuweisen, auch das blieb dem sozialdemokratischen Redner allein vorbehalten. Die Redner der bürgerlichen Parteien drückten sich schon vorbei an diesem heiklen Punkte. Sie alle nahmen die Notwendigkeit der Steuervermehrung als gegeben hin. Keine Silbe auf bürgerlicher Seite von Ausgabenverminderung zur Begleichung des Budgets. Gerade das ist aber die grundlegende Forderung, von der die Sozialdemokratie ausgeht bei der Frage der Finanzreform.

Dazu kommt dann die wirkliche Reform unseres Steuerwesens, die nicht, wie die bureaukratischen Finanzkünstler samt und sonders es fordern, in einer Vermehrung der indirekten Steuern, sondern in deren Ersetzung durch direkte Steuern bestehen müßte.

Unter diesem Gesichtspunkte ist ja von dem Sydow-Buffett die Erbschaftsteuer die einzige, mit der wir uns befreunden könnten.

Nachdem Geyer in sachlicher Weise die sozialdemokratischen Anschauungen über Steuerreform entwickelt hatte, wandte er sich speziell der Tabaksteuer zu, deren Schädlichkeit er vom sachmännlichen Gesichtspunkte nachwies, indem er gleichzeitig antindigte, daß andere Genossen noch auf die anderen Einzelprojekte eingehen würden.

Von den übrigen Rednern ist besonders hervorzuheben, daß der Freiherr v. Richthofen die agrarische Abneigung gegen eine stärkere Besteuerung des Schnapses und die unbedingte Ablehnung der Erbschaftsteuer betonte. Wollen doch die Edlen und Vesten in patriotischer Weise Steuern aus anderer Leute Taschen gern bewilligen, nur die eigenen Taschen halten sie fest zu.

Morgen geht die Debatte weiter.

Aus dem Entwurf des Reichshandhabungsetats für 1909 veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Aufzüge, noch bevor diese amtlichen Druckladen den Abgeordneten zugewandt sind. Wir entnehmen diesen Aufzügen folgendes:

Dem Reichsamt des Innern betragen die fort-dauernden Ausgaben rund 78 Millionen Mark, circa 900 000 Mark mehr wie im Vorjahre. Die einmaligen Ausgaben sind um 4 Millionen Mark zurückgegangen. Im außerordentlichen Etat werden 14 Millionen Mark, 10 Millionen weniger als im Vorjahre, gefordert und zwar 4 Millionen für den Bau von Kleinwohnungen und 10 Millionen für die Erweiterung des Nordostkanals.

Die Ausgaben für die Marine beziffern sich auf 200 1/2 Millionen Mark, 87 1/2 Millionen mehr als im Vorjahre. Von dieser Summe entfallen 144 Millionen auf laufende Ausgaben, d. h. 10 Millionen mehr als im Vorjahre. Die einmaligen Ausgaben betragen 146 1/2 Millionen, über 27 Millionen mehr als im Vorjahre, und im außerordentlichen Etat werden rund 110 Millionen Mark, 29 1/2 Millionen mehr als im Vorjahre angefordert.

Für Schiffshäuten und Armerungen sind 219 1/2 Millionen Mark angelegt, 49 1/2 Millionen mehr als im vergangenen Jahre. 65 Millionen davon müssen durch die ordentlichen Einnahmen gedeckt werden; der Rest von 85 Millionen kommt auf Anleihe.

Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung rechnet mit Einnahmen im Betrage von 672 1/2 Millionen Mark. Davon kommen auf Porto- und Telegraphengebühren 627 Millionen; der Rest auf sonstige Einnahmen. Die fortdauernden Ausgaben bei der Reichspost sollen 678 Millionen Mark betragen. Die einmaligen Ausgaben nahezu 17 Mill. Mark. Der Ueberschuß der ordentlichen Einnahmen über die ordentlichen Ausgaben beträgt 82 1/2 Millionen Mark. Gegen das Vorjahr ist fast gar keine Steigerung zu verzeichnen. Im außerordentlichen Etat sind für Fernsprechwerte 45 Millionen Mark angefordert.

Der Etat der Reichsbrauerei sieht eine Einnahme von rund 12 Millionen und eine Ausgabe von etwas über 8 Millionen Mark vor. Der Ueberschuß weist gegen das Vorjahr ein Mehr von 300 000 M. auf.

Aus dem wichtigen Militärstat. und Stat. der Reichseisenbahnen macht das Blatt noch keine Mitteilung.

### Kaiserforgen.

Am 10. November begann im Reichstage die Debatte über das persönliche Regiment. Zu gleicher Zeit ließ sich der Kaiser in Donaukirchen Couplets vorsingen und durch das Kommando der Hofkapelle in Kiel folgenden Befehl an die Schiffsmannschaften ergehen:

„Seine Majestät der Kaiser haben befohlen, daß das Hurraufen innerhalb des einzelnen Schiffes abfolgt gleichmäßig unter Hochrufen der Mägen zu erfolgen habe. Beim Paradiereisen und Hurraufen ist dabei nach folgendem Befehl zu verfahren: Es sind Posten mit Winkflaggen auf beiden Verdeckenden, auf der Hütte, am Bug, am Heck und an sonst geeigneten Stellen des Schiffes aufzustellen. Auf das Kommando: Drei Hurra für... werden die Flaggen hochgenommen. Gleichzeitig verläßt die rechte Hand der paradiereisenden Leute das Geländer und geht an den Mägenrand. Auf das Kommando: Hurra gehen die Winkflaggen nieder, das Hurra wird wiederholt, während die Mägen durch Strecken des rechten Armes unter einem Winkel von etwa 45 Grad kurz hochgenommen und, sobald das Hurra verklungen ist, unter Krümmung des Armes kurz vor die Mitte des Oberkörpers genommen werden. Gleichzeitig geben die Winkflaggen wieder hoch. Beim zweiten und dritten Hurra wird entsprechend verfahren; nur werden die Mägen nach dem dritten Hurra nicht wieder vor die Mitte des Oberkörpers genommen, sondern kurz aufgesetzt, worauf die rechte Hand wieder auf ihren Platz am Geländer geht.“

Bei der bevorstehenden Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers zur Meuterenvertheidigung ist bereits nach diesen Bestimmungen zu verfahren. J. V. v. Holzendorff.“

Jetzt ist die Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit des Hurraufens, Gott sei Dank, gesichert, und dadurch das Ansehen Deutschlands, das durch die Vorkommnisse im Auswärtigen Amt ein wenig gelitten hatte, im Auslande wieder hergestellt.

### Vielseitigkeit.

Unter den jüngeren Mitgliedern des Hohenzollernhauses zeigt sich nicht nur eine außerordentliche Begabung für die Wissenschaft, sondern auch für Industrie und Viehzucht. Prinz August Wilhelm hat nach vier Semestern sein Doktorstudium beendet. Der Kronprinz hat einen neuen Mechanismus für Manschettenknöpfe erfunden und ein Patent darauf genommen, und jetzt teilt die Presse mit, daß sich die Kronprinzessin eingehend mit der Fäherzucht befaßt.

### Wilhelm II. und seine Byzantiner.

Wie empfänglich das Gemüt Wilhelms II. für den Guldigungs-fikelsang ist, zeigt folgende Mitteilung:

Im Auftrage des Kaisers bringt der Amtsvorstand von Donaukirchen zur Kenntnis, daß der Kaiser während seines jüngsten Besuches beim Fürsten zu Fürstenberg die zahlreichen Beweise der aufrichtigen Liebe und Treue seitens der Bewohner von Donaukirchen und Almendshofen sowie der Bezirksgemeinden, die bei den Ausfahrten und Jagdausflügen berührt wurden, dankbar empfunden und entgegengenommen habe. Er freue sich insbesondere auch über die allgemeine Beflagung der Gemeinden, in welchen er auch diesmal wieder so gern gewillt habe, und war angenehm berührt durch die teilnahmevolle und würdigen Haltung der späterlebenden Vereine und der Bevölkerung bei der Ueberführung der Leiche des Generaladjutanten und Chefs des Militärkabinetts Grafen von Hülsen-Haeseler vom kaiserlichen Schlosse zum Bahnhofs.

Besamntlich sind über die Jagdausflüge und andere Belustigungen Wilhelms II. auch ganz andere Aeußerungen als solche der „Liebe und Treue“ laut geworden. Aber diese erregen die Aufmerksamkeit Wilhelms II. nur in geringerem Maße. Für den so leicht zu erfreuenden Kaiser ist die Beflagung ein ausreichender Beweis für die Gesinnungen „seines“ Volkes und er beillt sich seinen Dank abzustatten. Man muß diese echt kaiserliche Ansicht bewundern, die verhindert, daß Wilhelm II. in diesen Tagen, in denen das persönliche Regiment vor dem deutschen Volke auf der Anklagebank lag, auch solche Zufriedenheitskundgebungen nicht vergaß.

### Nur für die Walachei geeignet.

Das Debut des Herrn v. Riberlen-Wächter im Reichstage hat diese Kapazität der deutschen Diplomatie so bloßgestellt, daß man im Reichszentralrat beschlossen hat, ihn wieder zurück nach Walachei zu senden, da sich dort für ihn die beste Gelegenheit zur Vertretung seines Talents bietet. Die „Voss. Zig.“ meldet nämlich:

Gezandter v. Riberlen-Wächter, der den Staatssekretär v. Schoen während seines Krankheitsurlaubs vertritt, wird Ende d. M. wieder auf seinen Posten nach Walachei zurückkehren, da, wie wir gemeldet haben, Staatssekretär v. Schoen Anfang Dezember seine Tätigkeit wieder aufnehmen wird.

### Gegen einen besseren Bergarbeiterschutz

erklärt sich die „Arenz-Zeitung“. In einem langen Artikel versucht sie nachzuweisen, daß heute bereits von den Grubenherren alles getan wird, um die Arbeiter vor Unheil zu bewahren. Der Schluß des Artikels lautet:

„Es ist Pflicht, zur Ruhe und Mäßigkeit auch angesichts der Größe des Unheils zu mahnen, nicht zu verbannen, ehe alle Tatsachen gesprochen haben, nicht „Verbesserungen“ aufzuzureifen, ehe man sich Zeit zu ihrer Prüfung nehmen konnte.“

Es sind ja keine Junken, die in der Grube Arbeit zu verrichten haben, sondern Proletarier. Zu deren Schutze darf der Staat nicht zu weit gehen, um nicht etwa den Profit der Aktionäre zu beschneiden.

### Vergeblische Liebesmüh?

Was zu erwarten war, ist jetzt eingetreten. Einem New Yorker Telegramm des „Berliner Tageblatt“ zufolge veröffentlicht der „American“ unter der Angabe Londons als Herkunftsort nähere Mitteilungen über den Inhalt des Kaiser-Interdiktions, das kürzlich im „Century Magazine“ erscheinen sollte, aber im letzten Augenblick noch unterdrückt wurde. Der Korrespondent versichert, daß seine Angaben authentisch seien, ihre Zuverlässigkeit muß aber erst nachgewiesen werden. Der Verfasser des zurückgezogenen Manuskriptes William Hale hat sich bereit, zu erklären, daß die Veröffentlichung keine richtige Wiedergabe seiner Arbeit sei.

Es wird ganz interessant sein zu erfahren, warum das Auswärtige Amt sich so viel Mühe geben mußte, die Worte des Kaisers seinem und anderen Völkern vorzuenthalten.

### Lombroso über Wilhelm II.

Aus Florenz wird der „V. Z.“ gemeldet, daß Professor Lombroso, der berühmte italienische Psychiater, eine Studie

über Kaiser Wilhelm vorbereitet. Die Studie soll demnächst in einem italienischen Blatte zur Veröffentlichung gelangen.

### Protektorenversammlung der Tabakinteressenten.

Verschiedene Vereinigungen von Tabakinteressenten hielten gestern Abend in den „Aminhallen“ eine öffentliche Versammlung ab. Als Referenten traten Rechtsanwält Dr. Jonas Berlin, der Syndikus des Vereins der Tabakinteressenten, und der erste Vorsitzende des deutschen Zigarrenhändlerbundes, O. Schulz, auf. Nach ihrer Ausführungen wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die aus Groß-Berlin verammelten Angehörigen aller Zweige der Tabakbranche (Roh-Tabakhändler, Tabak-, Zigarren- und Zigaretten-Fabrikanten, Händler und Agenten) legen nach eingehender Prüfung des dem Reichstage unterbreiteten Gesetzesentwurfs entschiedenste Verwahrung gegen die geplante steuerliche Mehrbelastung der Tabakbranche ein. Diese Steuer wird unabweisbar einen Konsumrückgang einschneidendster Art herbeiführen. Dadurch werden die ohnehin schon meist sehr bescheidenen Erwerbserlöse von mehr als 200 000 in der Industrie beschäftigten Arbeitern, ebenso die der Angehörigen der zahlreichen Nebenindustrien weiterhin empfindlich beeinträchtigt. Insbesondere aber werden die überwiegend dem Mittelstande angehörenden Kleingewerbetreibenden und Händler ausschließlich zugunsten weniger kapitalstärker Großbetriebe geschädigt. Die Versammlung erachtet insbesondere die vorliegende Wanderscheinsteuervorlage für unannehmbar.“

### Gegen die Inzeratensteuer

hat sich auch der Verein „Berliner Presse“ ausgesprochen. Die Bekämpfung der Inzeratensteuer wird in einer zur Annahme gelangten Resolution dahin skizziert:

„Die Anzeigensteuer schädigt durch ihre finanziellen Wirkungen die Presse durch Erschwerung ihrer Kulturarbeit und ist geeignet, durch die Begünstigung der verkappten Inzerate die gesunden, moralischen Grundlagen zu untergraben, auf denen sich die Presse in Deutschland bisher entwickelt hat.“

### Doppelbesteuerung.

In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Reichsgesetzes wegen Befreiung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 zugestimmt.

Nach dem Gesetz vom 13. Mai 1870 betreffend die Befreiung der Doppelbesteuerung können nämlich Einkommen aus Besoldungen, Pensionen und Vortagegeldern, die Beamte oder Militärpersonen aus der Klasse eines anderen Bundesstaates beziehen, von dem Bundesstaat des Wohnsitzes nicht zur Steuer herangezogen werden. Diese Bestimmung ist namentlich von den kleineren thüringischen Staaten als eine Beeinträchtigung ihrer Steuerquellen empfunden, da zum Beispiel in erheblicher Zahl Beamte der preussischen Eisenbahnverwaltung in den thüringischen Staaten ihren Wohnsitz haben, ihr Einkommen aber in Preußen versteuert. Es wird daher das Reichsgesetz wegen Befreiung der Doppelbesteuerung dahin abgeändert, daß die Bezüge aus der Klasse eines Bundesstaates von dem Bundesstaat zur Steuer herangezogen werden, in welchem der Empfänger seinen Wohnsitz hat.

### Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben,

sel es auch selbst durch wirtschaftliche Zwangsmittel.

In dem größten preussischen Dorfe, Hamborn am Niederrhein, hat seit einiger Zeit die Freidenkerbewegung lebhaft eingesetzt. Die dortigen Verhältnisse begünstigen diese Bewegung und so mehren sich die Austrittserklärungen aus der Kirche in einem für die Herren Pfarrer sehr bedenklichen Maße. Welcher Art die Gegenmaßnahmen sind, zeigt nachstehendes Schriftstück des evangelischen Pfarramts in Hamborn:

### Mitteilung

dem Pfarramt Hamborn an Eheleute R. R.

den 11. November 1908 Hamborn.  
Unter dem 1. November haben Sie Ihren Austritt aus der evangelischen Kirche angezeigt. Den Gang zum Amtsgericht können Sie sich sparen, da eine Befreiung von Kirchensteuern nicht mit dem Austritt verbunden ist. Sodann wird im Falle des Todes kein freundliches Wort am Grabe gesprochen, noch mit den Glöden geläutet.

Der vollzogene Austritt wird der Gewerkschaft angezeigt.

(L. S.)

gez. Hr. Stud. Pfarrer.

Daß der Herr Pfarrer versucht, die aus der Kirche Austrittenden in der Gemeinde zu halten, kann man verstehen. Die in Anwendung gebrachten Mittel aber verbieten öffentlich niedriger gehängt zu werden. Daß mit dem Austritt aus der Kirchengemeinschaft eine Befreiung von den Kirchensteuern verbunden ist, ist doch eine so allgemein bekannte Tatsache, daß man sich wundern muß, wie ein Pfarrer das direkte Gegenteil behaupten kann, obwohl ihm erst am 7. d. M. auf ein Flugblatt, in dem dieselbe Unwahrheit behauptet war, seitens der „Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung“ Belehrung zu teil geworden ist.

Das Ungehörigste aber ist die Apodixion einer Anzeige an die „Gewerkschaft“, d. h. an den — Arbeitgeber! In Hamborn liegen die Establishments und Gruben der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“, dessen Hauptaktionär der bekannte Millionär und Kirchenstifter Ehsen ist. Die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ spielt eine Rolle in dem Geheimbund des „Jehovahbandes“ wie auch in dem Geheimbunde des „Hüttenverbandes“ am Niederrhein, dessen Protokolle längst erst im Reichstage durch den Abgeordneten des Duisburger Wahlkreises, Genossen Hengsbach, eingehend vorgelegt wurden.

Diese Tatsachen genügen wohl zur Charakterisierung der Rolle, die der Herr Pfarrer Studt in obigem Schriftstück spielt.

### Zentrumsbauern wider die Erbschaftsteuer.

Der Rheinische Bauernverein hielt am Mittwoch in Neuh seine Generalversammlung. Der Hauptgegenstand der Verhandlung war die Erbschaftsteuer. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Becker, der als erster Redner dazu das Wort ergriff, erklärte, daß er nicht geneigt sei, für die Ausdehnung der Reichssteuer auf Kinder und Ehegatten zu stimmen, sofern ihm nicht einwandsfrei nachgewiesen werde, daß auf andere Weise das Defizit im Reichsbudget gedeckt werden könne. Der zweite Redner, Gutsbesitzer Kippelbeck, sagte seine Gedanken in einer Resolution zusammen, worin es heißt:

„Die Generalversammlung des Rheinischen Bauernvereins lehnt die Nachlasssteuer entschieden ab, da dieselbe geeignet ist, den Zusammenhalt der Familie, diesen Grund- und Existenz der christlichen Gesellschaftsordnung, zu lockern und zu beeinträchtigen. Für den Grundbesitz ist diese Steuer in jeder Form völlig unbillig und unethisch, da sie den elementarsten Grundregeln jeder staatsverhaltenden Agrarpolitik widerspricht, indem sie den schon an und für sich stärker besteuerten Grundbesitz mit einer neuen Grundrente belegt und ihn gerade dann auf das empfindlichste trifft, wenn er sich in der schwersten Krise befindet.“

Der Vorsitzende, Freiherr v. Söb., bemerkte zum Schluß, daß der Hauptvorstand des Bauernvereins beschließen habe, eine große Protektorenversammlung gegen die Erbschaftsteuer in nächster Zeit einzuberufen, zu der alle Landwirte, auch wenn sie nicht Mitglieder des Bauernvereins seien, und die Angehörigen des Mittelstandes eingeladen werden sollen.

Die „Rheinische Volksstimme“ ist der Meinung, daß gegen diese „ungerechte die Landwirtschaft aufs tiefste gefährdende Steuer“ einmütig ein massiver Protest erhoben werden muß, eine Massenkundgebung wie sie das Rheinland noch nicht gesehen habe und wie sie der rheinischen Landwirtschaft nach ihrer Bedeutung würdig sei.



## Arbeiterentlassungen.

Die die „Westfäl. Volksztg.“ von zuverlässiger Seite erfährt, ist auf dem Bochumer Verein ein Hochofen ausgebaut worden wegen Mangel an Aufträgen. Es ist 500 Arbeiter entlassen worden; weitere Kündigungen stehen bevor, welche Geschäftslage sich sobald nicht heben wird.

## Gewerkschaftliches.

### Gegen die Tarifverträge

Wandte sich gestern die in Berlin tagende 10. Hauptversammlung der Schiffbautechnischen Gesellschaft.

Generalsekretär Dr. Hochstetter hielt dort einen Vortrag über:

### Lohnverträge im Schiffbau.

Er betont, daß für die mehr handwerksmäßig betriebenen Gewerbe die Tarifverträge manche Vorteile hätten. Bei der Großindustrie aber, namentlich bei dem mit der ausländischen Konkurrenz im schweren Kampf stehenden Schiffbau, seien Tarifverträge nicht geeignet. Die Löhne, welche von deutschen Werften bezahlt werden, seien in erster Linie von der Weltmarktkonjunktur abhängig. Auch die weitgehende Spezialisierung und der häufige Wechsel der im modernen Schiffbau angewandten Arbeitsweisen und Arbeitsmittel würden jeden Versuch einer tariflichen Regelung sehr bald vereiteln. Zu diesen beiden Hauptgründen komme noch die Erfahrung mit den auf den englischen Werften abgeschlossenen Lohnverträgen. Redner kommt zu folgendem Schluß: Tarifverträge, so segensreich sie für manche Gewerbe gewirkt haben, schwächen die Konkurrenzkraft der deutschen Schiffbauindustrie auf dem Weltmarkt und sind daher für diese Industrie unbedingt zu verwerfen.

An den Vortrag knüpfte sich eine längere Diskussion. Zunächst stellte Birklacher Geheimrat Admiralitätsrat Harms vom Reichsmarineamt einen Satz im Vortrage des Referenten richtig. Der Referent habe ausgeführt, der Reichstag habe in der Sitzung vom 1. Februar d. J. bei der Beratung des Marine-Etats der von der Budgetkommission vorgeschlagenen Resolution für die Einführung von Tarifverträgen zugestimmt, ohne daß ein Widerspruch der Regierung erfolgt sei. Das sei in dieser Form nicht zutreffend. Nach Annahme dieser Resolution habe die Reichsregierung Erhebungen eingeleitet, die noch im Gange seien. Sobald diese abgeschlossen sein werden, werde die Regierung eine Antwort erteilen können.

Rechtsanwalt Dr. Viehhaben (Hamburg) verweist auf die Beratungen des Juristentages zur Frage der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge. Die Regelung dieser Frage liege wohl näher vor der Tür als mancher denke. Da sei es ein Gebot der Vorsicht, sich beizeiten einzurichten. Er empfahl daher, daß der Verein eine Erhebung über die Lohnverhältnisse in sämtlichen deutschen Schiffbauanstalten in die Wege leite. Eine solche Erhebung werde ohnehin kommen, und da sei es besser, wenn man sie selbst veranstaltet, als daß sie später von außen aufgedrängt werde.

Geheimer Marinebaurat Wiesinger (Hamburg) schließt sich dem Vorschlage des Vordredners an, spricht jedoch gleichzeitig den Wunsch aus, die Behörden mögen gegenüber der Forderung der Budgetkommission ein steifes Rückgrat zeigen. (Lebhafte Zustimmung.)

Oberingenieur Rosenberger ist gegen den Vorschlag Viehhaben. Er glaubt, daß man diese Erhebungen dem Verein Deutscher Schiffswerften überlassen müßte.

In seinem Schlußwort betonte der Referent, daß die Arbeiter der Schiffbauindustrie sich unter dem jetzigen Akkordsystem sehr wohl fühlten.

Hoffen wir, daß die Schiffbautechnische Gesellschaft in technischen Dingen des Schiffbaues mit mehr Sachkunde Stellung genommen hat als in der Tariffrage. Wenn Herr Dr. Hochstetter in seinem Schlußwort konstatierte, daß sich die Arbeiter der Schiffbauindustrie unter dem jetzigen Akkordsystem sehr wohl fühlten, so steht das im Widerspruch mit seinem Referat, in dem er den häufigen Wechsel der Arbeitsmethoden und Arbeitsmittel betont. Gerade dieser ist beim Akkordsystem eine ständige Ursache der Konflikte und muß es unumgänglich machen, daß die Arbeiter sich ohne eine gewisse Lohngarantie wohl fühlen. Daß Tarifverträge die Konkurrenzkraft irgendeiner Industrie schwächen, ist Unsinn. Gerade im Schiffbau erschleicht man sich den Weltmarkt nicht durch Schmutzkonkurrenz, sondern durch hervorragende Leistungen. Dazu aber gehören qualifizierte Arbeiter, Leute, die man nur durch gute Löhne festhält. Die geplanten Erhebungen über die Lohnverhältnisse werden zweifellos ergeben, daß gerade die leistungsunfähigsten Unternehmungen auch an unzulänglichsten Arbeitslöhnen krankten und daß umgekehrt niedrige Löhne schon im Inlande keine Konkurrenzfähigkeit bedingen. Und auf dem Weltmarkt sind — abgesehen vom Kleinschiffbau, der dabei nicht den Ausschlag gibt — es gerade die Länder mit hohen Löhnen, die als Produzenten im Schiffbau in Betracht kommen.

Wir leiden wahrlich nicht an Ueberschätzung der Tarifverträge. Aber dem ewigen Kleinriegel um minimale Differenzen ist doch ein stetiges Verhältnis vorzuziehen. Und gerade im Interesse der Industrie, auch der Schiffbauindustrie, liegt ein solches Verhältnis. Wer dagegen wehrt, tut dies lediglich als unverbesserlicher Scharfmacher oder als Bahnbrecher der — Schmutzkonkurrenz!

### Berlin und Umgegend.

#### Die Tariffrage im Malergewerbe.

Die Filiale Berlin des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. hielt am Donnerstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung ab, in der zunächst die Kandidaten zur Verbandsgeneralversammlung aufgestellt wurden, die Anfang März in Köln stattfinden. Es wurden 21 Kandidaten aufgestellt, unter ihnen ein besonderer Vertreter der Lackierer. Die Filiale hat 7 Delegierte zu wählen. Die Wahlen finden am 10. Dezember statt.

Als zweiter Punkt stand „Die Gestaltung des nächsten Tarifvertrages“ auf der Tagesordnung. Der Referent Jacobitz bemerkte einleitend, daß diese Angelegenheit die wichtigste sein werde, mit der die bevorstehende Verbandsgeneralversammlung sich zu befassen hat, und schilderte ferner den Stand der Tarifvertragsfrage im Malergewerbe. Im vorigen Jahre ist für dieses Gewerbe ein allgemeiner Arbeitgeberverband gegründet worden, der nicht nur bereit ist, Tarifverträge mit dem Gewerkschaftsverband abzuschließen, sondern es sich auch zum Ziele gesetzt hat, daß im ganzen Reich nur unter Tarifverträgen und unter einem allgemeinen Reichstarif gearbeitet wird. Einen großen Fortschritt zu diesem Ziele stellt der im laufenden Jahre vereinbarte Tarifvertrag für Süddeutschland dar. Bei seinem Abschluß haben die Arbeitgeber bereits einen Normaltarif aufgestellt, den sie über das ganze Reich eingeführt wissen wollen. Fast alle jetzt im Malergewerbe bestehenden Tarifverträge, darunter auch der verlängerte Berliner, laufen am 31. Dezember 1909

ab und die Verhandlungen über das neue Vertragsverhältnis sollen darum schon im Juli nächsten Jahres beginnen. Die Arbeitgeber wollen den Reichstarif selbstverständlich deswegen, weil sie glauben, daß sie damit den Arbeitnehmern gegenüber eine größere Macht ausüben können, wenn das Vertragsverhältnis über ganz Deutschland mit einem Tago abläuft. Der Redner meinte jedoch, daß der Reichstarif den Vorteil bringen werde, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt würden an Orten, wo es bis jetzt nicht möglich war. Im übrigen werde es von denselben Bedingungen wie bisher, von der jeweiligen Konjunktur und der Macht und Stärke der Organisation abhängen, ob die Arbeitnehmer bei der Tarifbewegung mehr oder minder gut abschnitten. Hauptsächlich komme es auf den Inhalt des zu schaffenden Reichstaries an, und hiermit werde die Verbandsgeneralversammlung sich vor allem zu befassen haben. In dem Vertragsmuster der Arbeitgeber sei es hauptsächlich die Leistungs Klausel, die man sich genau ansehen müsse; gegen die übrigen Bestimmungen sei im allgemeinen nichts einzuwenden. Die Lohnsätze selbst sollten von den einzelnen Orten geregelt werden, der Normaltarif, wie ihn die Arbeitgeber vorschlagen, bestimmt jedoch, daß wenn ein noch festzusetzendes Maß von Arbeit nicht geleistet wird, ein Abzug bis zu 10 Proz. vom Minimallohn, und wenn über das Maß Arbeit geleistet wird, andererseits auch eine Lohnerhöhung zulässig ist. Der Redner hob mit Recht hervor, daß ein solcher Tarif einem Akkordtarif gleichkommt, und wies dies auch an dem für Leipzig bestehenden Tarifvertrag nach, der eine solche Leistungs Klausel bereits enthält, meinte jedoch, daß das Verbot der Akkordarbeit sich nur an wenigen Orten als durchführbar erweisen habe, man prüfen müsse, ob nicht eine solche Regelung doch zweckmäßiger sei. Schon mit Rücksicht auf ihre Preispolitik könnten die Arbeitgeber nicht für eine allzu hohe Festsetzung der Leistungs Klausel sein.

Die Diskussion über den Vortrag wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen vertagt auf eine Mitgliederversammlung, die noch vor dem 10. Dezember stattfinden soll. Sie wird jedenfalls sehr lebhaft werden, denn es sind schon viele Redner vorgemerkt.

**Achtung, Klempner!** Die Firma Pantermüller, Charlottenburg, Friedrich-Karl-Platz 9, ist gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

**Zum Streik der Kupferschmiede in Senftenberg.** Der Streik der Kupferschmiede, der bereits 15 Wochen andauert, hat sich bedeutend verschärft, nachdem sich die Meister hinter das hiesige Grubenkapital verstecken. Die von dem Vorstande des Verbandes angebahnten erneuten Verhandlungen wurden von den Meistern brüsk zurückgewiesen. Auch der Verhandlungsversuch der Streikenden selbst wurde kurz abgelehnt. Trotz alledem sind die Streikenden nicht müde geworden, es haben sich auch noch keine Streikbrecher gefunden. Notwendig ist nur, daß die Kollegen anderer Orte auch fernerhin an die finanzielle Unterstützung denken und ihre Solidarität beweisen, dann wird es auch möglich sein, den Lohnkampf im Interesse aller Kollegen durchzuführen und sollte er noch so lange dauern.

**Der Kampf der Strumpfwirker im Erzgebirge hat nunmehr mit einer zirka 10prozentigen Lohnreduktion seinen Abschluß gefunden. Damit hat ein Kampf sein Ende erreicht, welcher nahezu ein volles Jahr — seit Weihnachten 1907 — die Bewohner des gesamten Erzgebirges in Aufregung versetzte. Der Kampf begann mit einem Streik in Gornsdorf und dehnte sich durch Ausprägungsmaschinen der Unternehmer auf die übrigen Orte der Strumpfwirkerbranche aus. Beabsichtigt war von den Unternehmern eine größere Lohnreduktion über das ganze Birkengebiet. Der Streik und die Ausprägung wurden vor drei Monaten durch Verhandlungen der Arbeiter mit den Unternehmern aufgehoben. In den Bedingungen, unter welchen der Streik aufgehoben wurde, war u. a. bestimmt, daß nach Ablauf eines Vierteljahres die Leitung der Unternehmer prüfen würde, ob die Weiterzahlung der alten Löhne noch möglich sei. Auf Grund dieser Bestimmung haben die Unternehmer vor 14 Tagen in allen Verbandsbetrieben oben genannte Lohnreduktion angekündigt und ist dieselbe nunmehr in Kraft getreten. Die Unternehmer wußten, welchen monumentalen unbezwingbaren Bundesgenossen sie in der furchtbaren Wirtschaftskrisis haben. Die Krisis wütet dort noch immer so stark wie vor drei Monaten. Mehr als 1000 Birker liegen auch jetzt noch auf der Straße. Ein weiterer Widerstand der Arbeiter war deshalb zunächst aussichtslos. Die Unternehmer haben somit, wenn auch neun Monate später und nicht in dem geplanten Umfange, ihr Ziel erreicht. Der Streik muß aber wieder ein besserer Geschäftsgang folgen und dann werden die Arbeiter ein Wortchen mit zu reden wissen. Das begreifen die Unternehmer. Deshalb versuchen sie die Organisation dort zu vernichten. Sie verlangen, entgegen den vor drei Monaten ausdrücklich festgesetzten Abschlußbedingungen von den Arbeitern eine Erklärung, wonach sie dem Verband nicht mehr angehören. Wer diese Erklärung nicht gibt, wird nicht eingestellt. Auch ein Beweis, wie Unternehmer eingegangene Verträge respektieren. Selbstverständlich wird das gewünschte Ziel im Birkengebiet ebensowenig erreicht werden, wie andernwärts.**

### Das Jubiläum einer Staatsarbeiterorganisation.

In der in Deutschland wohl einzig dastehenden Lage, daß eine Organisation von Staatsarbeitern ein Jubiläum begehen kann, befindet sich der Verband süddeutscher Eisenbahner, Stg. Nürnberg, der in diesen Tagen die Feier seines 10jährigen Bestehens begeht. Die Anregung zur Gründung dieser Organisation ging von dem bei der Betriebswerkstätte in Schweinfurt beschäftigten Monteur Genossen Heinrich Winkler aus, der sich angesichts der vielen Mißstände bei den Verkehrsanstalten entschloß, zunächst einen Versuch mit dem Zusammenschluß der Werkstättenarbeiter zu machen, und im August 1898 einen Aufruf an alle gelehrten Arbeiter in den Bahnbetrieben richtete, einen Verein zu bilden. Bei der Auffstellung des Programms mußte vorläufig noch vorzichtig vorgegangen werden, deshalb begründete Winkler als Zweck des zu gründenden Verbandes: Soziale Reformen und möglichst gutes Einvernehmen mit den vorgeordneten Behörden. Aber eine gewerkschaftliche Organisation sei erforderlich, um die bisher nicht berücksichtigten Wünsche durchzusetzen. Wenige Monate später, Ende Oktober, wurde in einer Versammlung zu Nürnberg die Gründung eines solchen Verbandes beschlossen. Das Statut stellte der neuen Organisation folgende Aufgaben: „Alle handwerksmäßig beschäftigten Arbeiter der bayerischen Staatsbahnen zu vereinigen, um deren Interessen gemeinsam zu vertreten; möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, durch Eingaben an Regierung und Parlamente sowie Verhandlungen mit den Behörden die Interessen der Mitglieder wahrzunehmen, Unterstützungsfällen einzurichten, Fachliteratur und ein Verbandsorgan zu beschaffen. Der Verein sollte sich nicht mit politischen, religiösen oder kommunalen Angelegenheiten befassen. Schon im Januar 1899 kam es zu einem Konflikt mit der Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen, die erklärte, daß sie zwar im allgemeinen keinen Einwand gegen den Verband erhebe, aber einen Passus des Statuts dahin beanstanden müsse, daß sie nicht in der Lage sei, mit Ausschüssen von Vereinen über die Arbeitsverhältnisse der Staatsarbeiter in Verhandlungen einzutreten. Der Verband lehnte jedoch eine entsprechende Aenderung der Statuten ab. — Als der Verband nach siebenmonatlichem Bestehen in Nürnberg seinen ersten außerordentlichen Verbandstag abhielt, zählte er schon über 1000 Mitglieder in 14 Verwaltungsstellen. Der Verbandstag schuf ein Verbandsorgan, das im Nürnberger Parteigeschäft gedruckt wurde und noch heute gedruckt wird. Er nahm weiter einige Statutenänderungen vor, wodurch der Kreis der Mitgliedschaft ausgedehnt wurde, ferner wurde in die Bestrebungen des Verbandes mit aufgenommen: „Durch Eingaben und Petitionen

an die Eisenbahnbehörden, durch Vertretung der Arbeiterausschüsse bei allen berechtigten Wünschen und Beschwerden möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen.“ Dabei wurde auch ausgesprochen, daß der Verband die Arbeiterausschüsse zu unterstützen habe, damit diese die Interessen ihrer Mitarbeiter auch wirklich wahrnehmen. Diese Fassung rief wiederum den Widerspruch der Generaldirektion hervor, die erklärte, daß sie keiner Privatvereinigung des Personals die Inanspruchnahme und Beeinflussung der von ihr geschaffenen Arbeiterausschüsse gestatten könne. Gesamtvorstand und Ausschuss nahmen demgegenüber eine Resolution an, in der sie erklärten, daß die Statuten unter genauer Beobachtung des § 152 der G.-O. abgeändert seien und der Verband nicht in der Lage sei, sie nochmals abzuändern. Am letzten Tage des Jahres 1899 trat in Regensburg der erste ordentliche Verbandstag zusammen, auf dem schon 2150 Mitglieder in 35 Verwaltungsstellen konstatiert wurden. Der Sitz des Verbandes wurde nach Nürnberg verlegt, die Redaktion des Fachblattes dem zweiten Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“, Genossen Rudolph, übertragen.

Inzwischen hatte das bayerische Beispiel in Württemberg Nachahmung gefunden, wo eine ähnliche Organisation entstanden war. Beide Verbände traten dadurch in ein näheres Verhältnis, als sie sich ein gemeinsames Organ schufen durch Umwandlung des bayerischen Fachblattes „Verbandszeitung bayerischer Eisenbahner“ in die „Süddeutsche Eisenbahnerzeitung“. Im August 1902 wurde auch in Waden ein Eisenbahnerarbeiterverband gegründet. Bald tauchte der Gedanke der Verschmelzung dieser drei Verbände auf, er wurde auch auf deren Verbandstagen reger besprochen, stieß aber zunächst noch auf Widerspruch, doch schon im Oktober 1903 wurde auf einer Konferenz zu Karlsruhe die völlige Verschmelzung für den 1. Januar 1904 beschlossen. Die Vereinigung hätte bereits im Dezember 1902 erfolgen können, wenn sie nicht im letzten Augenblick von dem damaligen Eisenbahnminister v. Traillheim nicht bereitwillig worden wäre. Er gewährte den Delegierten zu der abermaligen Konferenz keinen Urlaub und drohte ihnen mit Entlassung. Sein Staatsrat Wals unterhandelte sogar mit den Arbeitern, daß sie sich dieser Vereinigung nicht anschließen sollten, man wolle ihnen Geldvorschuße zur Gründung von Unterstützungskassen zur Verfügung stellen. Als das nicht zog, wurden mehrere Arbeiter gemahnt.

Die Organisation führt seit der Verschmelzung den Titel „Süddeutscher Eisenbahnerverband“. Die Zahl der Mitglieder, die damals 5400 betrug, war Ende 1907 auf 12332 gestiegen und hat seitdem wieder erheblich zugenommen, da der Verband immer entschiedener auftrat und schon viele Verbesserungen durchgesetzt hat, während das Konkurrenzunternehmen, der ultramontane bayerische Eisenbahnerverband, die Interessen der Eisenbahner nur sehr laß handhabt. Der Süddeutsche Eisenbahnerverband wird zu seinem 10jährigen Jubiläum eine Festschrift herausgeben, an deren Schluß er bemerkt: „Es wäre kein schönerer Erfolg unserer Tätigkeit, als wenn wir bald wiederum unseren Namen ändern könnten und uns schlechweg **deutscher Eisenbahnerverband** zu nennen ein begründetes Recht hätten.“

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Das unterdrückte Interview?

New York, 20. November. (W. H.) Die Hearstblätter veröffentlichen eine Kabelmeldung aus London, die angeblich den Inhalt des Interviews enthält, welches Hazard Hale bei Bergon mit dem deutschen Kaiser gehabt. Sie behaupten nicht, daß sie den Inhalt des Century-Artikels, der in Berlin revidiert wurde, wiedergeben. Der Kaiser hätte England als einen Verräter an der Sache des weißen Mannes erklärt. England werde schließlich durch den Vertrag mit Japan einige Kolonien verlieren. Australiens Einladung an die amerikanische Flotte sei eine absichtliche Warnung gewesen. Japan nähere den Anfrucht in Indien. Der Kaiser und Roosevelt, die sich in vollständigem Einverständnis befänden, wolle die Kisten trennen durch die Freundschaft mit China. Die Verhandlungen über ein Abkommen mit China hätten seit Monaten Fortschritte gemacht. Nach dem bevorstehenden Besuch des kaiserlichen Sondergesandten werde der Vertrag über die Garantien für den Bestand Chinas veröffentlicht werden. Rußland habe für den weißen Mann gekämpft, er habe Sympathien für Rußland. Deutschland hätte im Kampfe besseren Erfolg gehabt. Ein Angriff auf Europa sei zu erwarten, wenn Japan die Oberherrlichkeit über China erlangt habe. Er, der Kaiser, sei ein Freund der Mohammedaner und besorge ihnen Gerechtigkeit, weil sie im Kampfe stehen zwischen Ost und West und den ersten Angriff brechen können. Er glaube, Amerika werde innerhalb eines Jahrzehnts einen Krieg mit Japan haben. Der Kaiser kritisierte England zwei Stunden lang. Die „Frankfurter Ztg.“ bemerkt hierzu, es sei klar, daß dieses angebliche Interview, wie auch aus der Erklärung des Interviewiers Herrn Hearst selbst hervorgeht, eine wüste Waage der Hearst-Presse ist, bei der die japanfeindliche Tendenz des Herrn Hearst, der ja bekanntlich für den Ausbruch der Japaner aus den Vereinigten Staaten eintritt, deutlich zum Vorschein komme.

### Genosse Hue schwer erkrankt.

Essen a. R., 20. November. (W. L. B.) Der Reichstagsabgeordnete Hue erlitt bei der Rückkehr aus einer Bergarbeiterversammlung in Bochum am Vuytag in seiner Wohnung in Essen-Rüttenscheid einen schweren Sturz.

### Der Neuzugst.

Wien, 20. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Nach einem harten Stichwahlkampfe wurde heute in Innsbruck Genosse Holzhammer in den Reichsrat gewählt. Für unsere Partei wurden 2416 Stimmen abgegeben, die Deutschnationalen erhielten 1066 Stimmen. Wir haben nunmehr 90 Sitze im Parlament inne.

### Schlagende Wetter.

Metz, 20. November. (W. H.) Auf Schacht 5 der Zeche Morlenbach entstanden, wie die „Lothringer Volksstimme“ meldet, während die Wittogschicht arbeitete, plötzlich Schlagende Wetter. Vier Mann wurden verletzt, darunter einer tödlich.

### Gasexplosion — 14 Menschen getötet.

New York, 20. November. (W. L. B.) In einer Straße von Brooklyn sind zwölf Arbeiter, die mit Erdaufhebungsarbeiten beschäftigt waren, infolge einer Explosion des Hauptgasrohres getötet worden. Insgesamt sind vierzehn Personen ums Leben gekommen.

Reichstag.

264. Sitzung vom Freitag, den 20. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: von Bethmann-Hollweg, Sydow, Rheinbaben.

Präsident Graf Stolberg teilt eine Rundgebung des ungarischen Abgeordnetenhauses anlässlich des Gruhenunglücks zu Hamm mit.

Es heißt darin, daß angesichts eines solchen Massenunglücks sich die Völker über alle Grenzscheiden hinweg vereint fühlen, daß zwar zur Linderung des Leidens so vieler Hunderte durch Arbeit schaffender Mitmenschen die Teilnahme kaum etwas beitragen könne, daß jedoch das ungarische Abgeordnetenhauses sich selbst ehren, indem es dem deutschen Volke seine Teilnahme an diesem Unglück tieferschütternd ausdrückt.

Der Präsident wird ermächtigt, die Rundgebung zu beantworten.

Abgeordneter Dr. v. Chlapowa-Chlapowski (Pole) hat sein Mandat niedergelegt.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Interpellationen des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung betreffend das Gruhenunglück auf der Sehe Radbod.

Auf Anfrage des Präsidenten erklärt Staatssekretär von Bethmann-Hollweg: Ich bin bereit, die Interpellationen namens des Herrn Reichskanzlers zu beantworten.

In meinem lebhaftesten Bedauern ist es mir jedoch unmöglich, dem Wunsche des Reichstags nachzukommen und die Interpellation schon heute zu beantworten. Der preussische Handelsminister, der Chef der preussischen Bergwerksverwaltung, ist infolge einer schon früher festgelegten Tagesordnung heute im preussischen Abgeordnetenhause zurückgehalten, um dort eine gleiche Interpellation zu beantworten. Sie werden mir zugeben, daß eine umfassende Beantwortung der Interpellationen im Reichstage nicht möglich ist, ohne daß die preussische Bergverwaltung daran beteiligt ist. Da es für mich unbedingt erforderlich ist, vor der Beantwortung der Interpellationen die Ergebnisse der Interpellationen im Abgeordnetenhause abzuwarten, bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, die Beantwortung früher als für den Dienstag in Aussicht zu stellen.

Präsident Graf v. Stolberg: Ich werde die Interpellationen am Dienstag wieder auf die Tagesordnung stellen.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung der Reichsfinanzreform.

Der Reichskanzler Fürst von Bülow tritt den Saal.

Abg. Freyher von Richthofen (L.) erklärt, daß der Grundgedanke der Vorlage ihm sympathisch ist. Die 500 Millionen Mark, welche durch die Reform bereitgestellt werden sollen, erscheinen eher zu knapp als zu hoch bemessen. In wirtschaftlicher Beziehung ist zu bemerken, daß an dem Realzins der Reichsschulden alle Unternehmungen in Industrie und Landwirtschaft und damit auch die Arbeiter erheblich interessiert sind; denn sie alle arbeiten zu einem sehr großen Teil mit geberem Kapital, dessen Zinsfuß sich nach dem Realzins der Reichsschuld richtet. In politischer Hinsicht müßte es jeden Patriot auf das empfindlichste berühren, ja geradezu befehlen, wenn er sieht, mit welchem Eifer von ausländischen Organen über unsere Finanzverhältnisse gesprochen wird. Wenn unsere Finanzwirtschaft nicht auf eine andere Grundlage gestellt wird, so kann geradezu unsere nationale Existenz gefährdet sein; denn wirtschaftlich sind wir nicht gefestigt. Die Reichsfinanzreform ist deshalb absolut erforderlich.

Wir müssen die Erfahrungen anderer Länder, namentlich Frankreichs, praktisch bewerten, aber nicht mechanisch nachahmen. Deutschland — das darf nicht vergessen werden — ist ein Bundesstaat. Theoretisch war ja ganz richtig, was der Schatzsekretär über die Notwendigkeit sagte, Besitz und Konsum möglichst gleichmäßig zu belassen, aber der Besitz wird doch schon von den Einzelstaaten in Anspruch genommen. (Sehr richtig! rechts.)

Rebner wendet sich nun den Einzelsteuern zu. Die Erbschaftsteuer wird ein großer Teil meiner Freunde ablehnen. (Sehr richtig! rechts.) Mit dem Gedanken, das Reich als Inzestaterben

einzusehen, wird sich die Mehrheit meiner Freunde nur dann abfinden können, wenn der Fiskus als Fiskus nur beim Fiskus nahe Verwandter eintritt. Schon die Verwandten dritten Grades auszuschließen, geht nicht an und widerspricht dem Zivilrecht und dem Bürgerlichen Gesetzbuch. (Sehr richtig! rechts.) — Der Branntwein könnte unterdessen nach viel höher besteuert werden, wenn es sich bloß um den Konsumenten handelte, aber es handelt sich um ein in hochwichtigen Produktionszweig und um die Rentabilität des Kartoffelbaues. — Der Tabak könnte ebenfalls ruhig geschöpft werden (Heiterkeit), wenn nur der Raucher in Frage käme; es handelt sich aber um die wichtige Frage, wie weit die Industrie und die Tabakarbeiter geschädigt werden. Die vorgelegene Vandalensteuer scheint uns immerhin noch die annehmbare Tabaksteuer. (Lachen links.) — Gegen die Weinksteuer sind einige meiner Freunde, die Wehrgeld aber hält es für sozial notwendig, den Wein zu besteuern, wenn man den Branntwein besteuert. — Die Anzeigersteuer zerfällt in die Plakatsteuer, für die wir einstimmig sind, und in die eigentliche Anzeigersteuer, zu der wir uns unsere definitive Stellung vorbehalten. — Für die Elektrizitätssteuer kann ich mich wohl persönlich, aber noch nicht im Namen meiner Fraktion erklären. Jedenfalls sollen alle Steuern, auch Gassteuer, Tabaksteuer usw., so ausgestaltet werden, daß durch sie im wesentlichen nur der Besitz getroffen wird. (Lachen links.) Im Namen aller meiner politischen Freunde erkläre ich, daß wir mit der vorgeschlagenen Nachlaststeuer nicht einverstanden sind. (Hört! hört! links.) Sie ist im Prinzip zu verwerfen; denn sie widerspricht unserem Volksempfinden, welches das Vermögen nur als Familienvermögen kennt. Dieser Volksempfindung müssen wir Rechnung tragen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist kein agrarischer Standpunkt, (Lachen links) sondern ein allgemein ethischer Gesichtspunkt. Daß das dadurch entstehende Risiko gedeckt werden muß, gebe ich zu, das Wie wird in der Kommission zu erörtern sein. Die vorgeschlagene Vergütung der Ratrikularbeiträge hat wenig praktischen Wert. Eine vernünftige Finanzreform müßte überhaupt ohne Ratrikularbeiträge auskommen, die immer noch Uebel sind. Sollten aber die 500 Millionen, die notwendig sind, durch neue Steuern nicht aufgebracht werden können, so werden eben die Ratrikularbeiträge erhöht werden müssen. Wir hoffen, daß die Reform durch die Beratung in der Kommission zustande kommt zum Segen des Vaterlandes. (Bravo! rechts.)

Abg. Geher (Soz.):

Der Herr Reichskanzler hat gestern zu den Steuervorlagen eine sogenannte finanzpolitische Rede gehalten, deren Bedeutung nicht nur mir sehr zweifelhaft ist. Er sprach davon, daß die Steigigkeit in die Finanzwirtschaft des Reiches gebracht werden müsse, eine neue Ära der Finanzwirtschaft müsse kommen. Da erscheint es mir notwendig, daß der Herr Reichskanzler zunächst hätte Rückschlüsse geben sollen über seine jüngste Unterredung mit dem Kaiser. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Besonders darüber, ob und welche Garantien in dieser Unterredung gegeben worden sind, daß die Sicherheit des Reiches und seiner Finanzen nicht durch das persönliche Regiment gefährdet wird. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die persönliche Auffassung des Kaisers über Weltpolitik hat zu den kolossalen Ausgaben geführt, die für den Militarismus und Wasser und zu Lande gemacht worden sind. Die Unzuverlässigkeit des persönlichen Regiments schafft Verwirrung in der auswärtigen und in der inneren Politik und bringt das Reich und seine Finanzen immer mehr in Gefahr. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Das Volk, das mit seinem Gut und Blut für die Sicherheit, für die Erhaltung und Verwaltung des Reiches eintreten muß, will Garantien haben, daß seine Kräfte nicht durch die Politik eines persönlichen Regiments vergeblich werden. (Unruhe rechts. Rufe: Zur Sache! Rufe bei den Sozialdemokraten: Gehört zur Sache!) Im Lande erwartet man daher Rückschlüsse über die künftige Geharnung der Reichspolitik.

Der Reichstag darf keine Steuervorlagen, keinen Stenig bewilligen, bis er nicht volle Garantie besitzt, daß alle politischen Unternehmungen nur mit seiner Zustimmung getroffen werden dürfen.

Wir werden, da der Herr Reichskanzler über diese Dinge geschwiegen hat, da er dem Reichstag kein Wort über seine Unterredung mit dem Kaiser sagte, demnächst diese Angelegenheit weiter verfolgen und speziell behandeln. Denn aus der Rundgebung im „Reichsanzeiger“ geht hervor, daß der Kaiser nicht nur

keine Garantien gegen die Politik des persönlichen Regiments gegeben hat, vielmehr ist diese Rundgebung als

eine Abgabe an den Reichstag

aufzufassen, der solche Garantien gewünscht hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Handelt der Reichstag nun nach den Wünschen des Volkes und im Interesse seiner eigenen Stellung, dann wird er bei der demnachst stattfindenden Beratung dieser Angelegenheit seinen unterschiedenen Willen auf die Schaffung sicherer Garantien gegen das persönliche Regiment richten müssen und nicht eher neue Steuern bewilligen dürfen. Das muß er tun, wenn er eine ernste Reformierung der Reichsfinanzwirtschaft vornehmen will.

Die getriggen Ausführungen des Reichskanzlers und des Schatzsekretärs bieten keine Grundlage zu einer wirklichen Finanzreform. Der Reichskanzler hat es überhaupt unterlassen, die Grundzüge einer Finanzreform zu zeichnen. Wohl forderte er „gründliche Arbeit“, „ganz Arbeit“ zu machen, aber eine Richtschnur dazu hat er nicht gegeben. Die Empfehlung der Sparsamkeit ist keine Richtschnur für eine Finanzreform. Volkswirtschaften laden darüber, wenn jemand der Volks- und Finanzwirtschaft durch Sparsamkeit aufhelfen will. Der Reichskanzler hat einmal gesagt, daß die Aspiranten mehr in der Volkswirtschaft auszubilden werden müssen. Die Mahnungen zur Sparsamkeit in seiner getriggen Rede zeigten mir, daß eine solche Ausbildung in der Volkswirtschaft nicht nur für Aspiranten, sondern auch für höhere Beamte sehr angebracht wäre. (Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Reichskanzler hat gesagt, die Wehrtätigkeit des Reiches müsse gestärkt werden. Die neuen Militärvorlagen aber sind bei der jetzigen Reichsfinanzreform nicht in Betracht gezogen worden, weder vom Herrn Reichskanzler noch vom Herrn Reichsschatzsekretär haben wir etwas darüber vernommen. Eine Richtschnur für eine Finanzreform hat der Reichskanzler nicht gegeben. Die Massenproduktion von Steuervorlagen allein tut es nicht, das ist noch keine Finanzreform. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Frage der direkten und indirekten Steuern hat der Reichskanzler gestern umschiffen. (Heiterkeit.) Die künftige Beratung dieser Frage ist überhaupt aus seinem Epizentrum wie aus dem des Reichsschatzsekretärs ausgeschlossen. Um diese Frage der direkten und indirekten Steuern wandt sich der Reichskanzler herum. (Heiterkeit und Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Frage der direkten und der indirekten Steuern gehört zur Reichsfinanzreform. Der Reichskanzler hätte auch deutlicher sagen müssen, wo eigentlich die Sparsamkeit beginnen soll. Oben und unten muß gespart werden. (Zuruf aus der Mitte: In der Mitte nicht! Heiterkeit.) Der Reichskanzler scheint eine besonders volkswirtschaftliche Kenntnis dabei nicht in Anwendung gebracht zu haben; denn es ist bekannt, daß je weniger verbraucht wird im Volke, um so weniger auch die Steuern fließen. Auch die indirekten Steuern sind von dem Verbrauche abhängig, und die indirekten Steuern sind der Hauptbestandteil unserer Finanzen. Wenn das Volk Sparsamkeit üben soll, wenn die Massen den Hungerriemen noch enger schnallen sollen, dann wird der Verbrauch der Waren mehr eingeschränkt.

Der Schatzsekretär hat seine Hauptaufgabe darin gesehen, das Defizit des Reiches zu decken. Aber die Deckung des Defizits ist doch nicht allein eine Finanzreform. Die Finanzreform muß auf ganz anderen Grundlagen aufgebaut werden. Wenn der Schatzsekretär in Betracht ist, mit den 500 Millionen das jetzige Defizit zu decken, so kann er uns doch nicht sagen, ob in einem Jahre nicht wieder ein neues Defizit vorhanden ist. Er hat sich sehr gehütet, eine genaue Berechnung anzumachen, und die Berechnung im Finanzgesetz ist sehr zweifelhaft; sie kennt keine Rücksicht darauf, daß die Ausgaben im Reiche steigen infolge der Zoll- und Handelspolitik, die wir so schwer zu bekämpfen hatten. Im vorigen Jahre, als noch Herr v. Stengel vor uns stand, begründete der das Defizit von 124 Millionen damit, daß die Naturalverpflegung des Heeres teurer geworden sei, überhaupt die Ausgaben in allen Ressorts für die Reichsverwaltung gestiegen sind. Es ist erklärlich, daß wenn durch die Zollpolitik alle Waren künstlich verteuert werden, auch das Reich größere Ausgaben zu machen hat. Besonders in der Naturalverpflegung des Heeres. Demzufolge müssen die Kosten des Heeres von Jahr zu Jahr infolge dieser verkehrten Wirtschaftspolitik steigen, und wenn diese Steigerung progressiv vor sich geht mit der Verzögerung des Heeres, dann wird auch das

Kleines Feuilleton.

Der Kunstabsolutismus kopittuliert. Der energische Protest, der von Künstlern und Kunstverständigen und den konsequenteren Gegnern des Absolutismus auf allen Gebieten gegen die Entlassung Schmidt aus der Direktion der Nationalgalerie erhoben wurde, hat geklopft. Die „Nord. Allg. Ztg.“ bringt spät, sehr spät die Meldung: „Die Nachricht, daß der Direktor der Nationalgalerie, Geheimer Regierungsrat Dr. v. Schmidt aus seiner Stellung scheidet, ist falsch. Geheimer v. Schmidt wird, wie wir hören, nach Ablauf seines Urlaubs auf seinen Posten zurückkehren. Hiermit entfallen auch alle Nachrichten über die Person seines Nachfolgers.“

Nach der Ansicht der Verurteilten, die sich stets gerne selbst — und noch mehr die anderen — belügen, um nicht zu Konsequenzen getrieben zu werden, ist nun alles wieder in bester Ordnung. Die guten Bürger sind drauf und dran, Wilhelm II. einen solchen Hadelzug zu bringen, weil er gnädigst geruht hat, einen wertvollen Nationalbesitz nicht durch die Berufung „seines“ Mannes (A. v. Werner) zu entwerren. Ein absolutistischer Eingriff in Angelegenheiten, die das Abgeordnetenhause und das Ministerium und darüber hinaus das steuerzahlende Volk angehen, ist abgeschlagen. Das ist alles. Morgen können neue Eingriffe folgen, und sie können die Souveränität des Königs von Preußen aufs neue stabilisieren. So lange im Reiche und in Preußen kein konstitutionelles Regime geschaffen ist, bleibt der Absolutismus in allen Äußerungen und Ausprägungen genau derselbe wie in der Politik. Um sich vor allzu starker Unpopularität zu wahren, mag er zuweilen ein „Opfer“ bringen, das dann die Untertanen mit Nahrung und erneuten Loyalitätsversicherungen entgegennehmen, im Grunde bleibt doch alles beim alten. Will ein mündiges Volk sich diese Verbannung in allen Dingen nicht länger gefallen lassen, so muß es seinen Willen auf andere Weise zur Geltung bringen als durch untertänige Vorstellungen in der Öffentlichkeit und um so radikaleren Aktionen zwischen den vier Wänden. Aber die deutschen Künstler sind ja ein total unpolitisches Volkchen. Von ihnen ist nichts zu erwarten.

Das gepfezte Kabarett. Die Aera der Clemenceau zeitigt immer reizendere Blüten. Der Chanonier Montéhus, Verfasser zahlreicher revolutionärer Lieder, hatte vor etwa zwei Jahren auf dem Boulevard Strasbourg ein Kabarett „Le Bilori“ (Der Pranger) errichtet, das vorzugsweise das antimilitaristische und antisemitische Genre pflegte und starken Zuspruch fand, besonders auch von Soldaten. Von da ist u. a. auch das populäre Lied vom 17. Regiment ausgegangen, das die Soldaten preist, die nicht auf Vater und Mutter hören wollten. Trotzdem das an einer der stärksten Verkehrsstraßen gelegene Etablissement allerlei Inzestpublikum anlockte, hat sich gleichwohl gegen die Tendenz der Vorträge niemals eine Opposition geltend gemacht. Nüchtern hat nun der „Pranger“ eine neue Nummer in sein Programm aufgenommen, ein kleines Theaterstück, das in Anlehnung an die bekannte Färbung Clemenceaus zu einem Gesellschaftsstück führt: „Wir haben nicht auf derselben Seite der Barrikade“, den Titel „Die Karrikade“ erhalten hat und worin ein alter antimilitaristischer

Artikel Clemenceaus selbst aus der Sammlung seiner politischen Schriften zur Verlesung gelangte. Und höchst merkwürdiger Weise kam es diesmal zu einer Demonstration. Am Sonnabend kamen in das Theaterden ein paar Leute, die die Aufführung mit dem Gebrüll: „Vive l'armée“ unterbrochen. Und noch merkwürdiger Weise war die sonst gar nicht so stinke Polizei so gut informiert, daß ein Brigadier wiederholt im Voraus erschien, um sich zu erkundigen, ob es nicht Lärm gegeben habe. Am Sonntag aber verfügte die Polizeipräfektur die Sperrung des Kabarett's. Als vor einiger Zeit die aristokratische Jugend in einem von der Lebewelt besuchten Ringelangel auf dem Montmartre Ständal machte, weil die Alliläde Herzogin von Moray durch ihr öffentliches Auftreten in einer lesbischen Szene die Handesgemähe Discretion verletzt hatte, ist es natürlich der Polizei nicht eingefallen, das Total zu sperren. Die Entrüstung der fragwürdigen Gentleman vom Boulevard de Strasbourg fand aber sofort in ihr einen besonnenen Volkstrotter. Entkündigungsgenzen, deren Objekt Herr Clemenceau ist, will die Polizei nicht dulden.

Musik.

Daß ein Komponist von der Bedeutung Hans Pfitners (geb. 1809) in Berlin nicht festgehalten wurde und schließlich als Konservatoriumsleiter nach Straßburg i. E. kam, ist für unsere Stadt beschämend. Leicht würde die königliche Oper seine „Rose vom Liebesgarten“ bekommen haben; doch sie überließ dieses eigenartige Werk anderen Städten, nachdem sie mit dem „Armen Heinrich“ wieder die Erfahrung gemacht, daß Respekt vor ernster Kunst noch keinen äußeren Erfolg verbürgt. Kleinere Werke Pfitners wurden gelegentlich heraufgeholt, ohne eine Spur des Aufwerts, den Sensationsnummern erregen, ja selbst ohne den Lärm eines „engeren Kreises“. Dochachtung! Auch sein neues Klavierquintett (Op. 23) ging ohne Aufsehen vorbei. Pfitner versteht in seiner künstlerischen Reinheit aber auch gar nicht die Rücksicht auf Publikum. Bald trümpf und grübelnd, bald traumverloren idyllisch; so gewinnt er den vier Streichern und dem Klaviere Tonwirkungen ab, an die man bei solcher Kammermusik nicht gewöhnt ist, läßt die Streichinstrumente bald wie Schalmeyen klingen und bald in Wucht dahin strömen und dergleichen mehr. Stets hat er etwas zu sagen und zwar viel zu sagen und wird doch niemals redlich; in seinen Abgründen und Höhen verlangt er vom Hörer den starken Atem.

Das Trio-Quartett aus Wien, das uns am Dienstag die Pfitnersche Uraufführung mit dem Komponisten am Klavier brachte und demnächst noch einmal kommen wird, war wohl eines der ersten, das (seit fast dreißig Jahren) einer gemäßigteren älteren Spielweise eine subtilere neuere, doch durchaus nicht etwa manierierte gegenübergestellt hat. Die hiesigen Konzertsellschaften leisten manches Wertvolle auch darin, sowie im Vorführen von Neuem. Allein an den in weiten Kreisen erfolgreichsten Stellen riskiert man ungenügend und hält sich vielmehr an sicheren Nummern. Wohl am unabhängigsten vom Aufwandsfaktor und in gut deutschgesellschaftlicher Weise waltet der Berliner Tonkünstlerverein seines Amtes; seine ständigen Vortragsabende (im Theaterjaale der Musik-Hochschule) bringen mehr Unbekanntes, als viele Konzertunternehmungen zusammengekommen. Wir können auch um nicht ins Einzelne hinein folgen. Sein diesmaliger Eröffnungs-

abend am Donnerstag führte gerade kein Himmelssternen vor. Weinade das Gegenteil von Pfitner, eine frische, freundliche Okenweide mit weit ausgreifender Melodie und gepärrigter Begleitung, war L. v. Saars Klavierquartett, gespielt von F. Spiering und Gefährten, dessen Geigenpiel doch noch temperamentvoller ist als seine Violoncellisten, und schließlich auch einer neuen, durch ernste und heitere Rhythmi wirkungsvollen Violinsonate des längst verdienstreichen H. Konu zugute kam.

Humor und Satire.

Im Zeitalter der Luftschiffe.

Das Glück der Erfinder. Der Erfinder zum Minister: Um der Ehre Frankreichs willen, mein Modell ist wohl 5000 mehr wert. Deutschland würde nicht lange handeln.

Keine Rollgrenze mehr. Der Luftschiffer fährt mit rollpflichtigen Waren über die Grenze und ruft dem protestierenden Zollbeamten zu: Sarei Du nur, Spürnase, ich zahl' keinen Zoll! In Strähwinkel. Der Gemeindevorsteher trommelt und verliest folgende Bekanntmachung: Auf Befehl des Bürgermeisters hiesigen Ortes ist der Luftverkehr von 5 Uhr abends an verboten.

Unangenehme Begleitererscheinungen. Der Lenker des militärischen Luftschiffes, das mit den gefährlichsten Sprengstoffen operieren soll: Wie ich den Feind zerflammen soll, das weiß ich wohl; aber wie ich mich davor bewahre, mich selber in die Luft zu sprengen, das ist mir weniger klar.

Führt schnell zum Ziel. Der Verkäufer: Meine Maschine ist billiger als ein Auto und fährt schneller zum Ziel... Der Käufer: Für die Erben.

Risikolos (amitten seiner Festung): Jetzt ist man vor dem Himmel auch nicht mehr sicher... Manerit mir auch den Himmel zu. („L'assiette au beurre.“)

Notizen.

Theaterchronik. Henry Bernsteins neues Drama „Israel“ wird in der ersten Dezemberwoche im Neuen Theater seine deutsche Uraufführung erleben.

Im Gastspiel-Theater trat am Donnerstag Frau Hedwig Lange als Susanne in „Damas. Demimonde“ auf. Die Wahl des Stüdes, das heute veraltet ist, war wohl erfolglos, um Frau Lange eine ihr liegende, sogenannte brillante Rolle zu sichern. Die spielte sie denn auch mit Raffinement. Die Troupe war nicht auf der Höhe ihres Sterns.

Ernst Hards doppel preisgekröntes Drama „Katriß der Karr“ erzielte im Wiener Burgtheater einen starken, aber doch nicht den erwarteten Erfolg.

Vorträge. Das Institut für Meereshunde, Georgenstraße 34/36, veranstaltet in der kommenden Woche, abends 8 Uhr, folgende öffentliche Vorträge: Montag, den 23. spricht Rufus Washin-Berlin über: Verteilung von Wasser und Land auf der Erde (mit Lichtbildern); Dienstag, den 24. Dr. Hartmeyer-Berlin über: Die Tortugasinseln im Golf von Mexiko und ihre Meereshunde (mit Lichtbildern). Einlaßzeiten sind von 12 bis 2 Uhr und an den Vortragabenden von 6 Uhr ab zum Preise von 25 Pf. in der Geschäftsstube erhältlich.

Defizit größer werden. Kann die Sicherheit nicht gegeben werden, daß im nächsten Jahre nicht ein neues großes Defizit im Reichsstaats vorhanden ist, dann ist die heutige Reichsfinanzreform schon von vornherein bankrott, dann ist sie für die Sache.

Der Schatzsekretär hat im Finanzgesetz angegeben, worin die Reichsfinanzreform bestehen soll: es sind drei Punkte, die er gestern in Wiederholung der schriftlichen Begründung des Gesetzes, hier angeführt hat. Die materielle und formelle Finanzreform soll darin bestehen, eine bessere Regelung der Schuldentilgung herbeizuführen, einen Ausgleich in Bedarf und Deckung für den Etat und eine bessere Regelung der Materialarbeit vorzunehmen. Das ist alles, was als Grundlage für die Finanzreform vorgetragen ist. Aber zu einer guten Finanzreform gehört auch eine Veränderung des ganzen Steuersystems. Die gute Grundlage einer Finanzreform erfordert eine gerechte Verteilung der Lasten nach den wirtschaftlichen Verhältnissen und wirtschaftlichen Leistungen der Staatsbürger. Heute handelt man vollständig verkehrt, indem man die Lasten auf die unteren, auf die breiten Massen wälzt, auf die schwachen Schultern der Bescheidenen, während die Besitzenden — das haben wir vom Vorredner gehört — sich dagegen setzen, wenn sie für die Lasten des Reiches beitragen sollen. In der jetzigen Zeit der Krise wird der Verbrauch an Waren geringer, deshalb müssen auch die Einnahmen an indirekten Steuern geringer werden. Das Reich hätte alle Ursache, ein gutes Steuersystem einzuführen, darunter verleiht man ein direktes Steuersystem. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß direkte Steuern eingeführt werden, die allein instand sind, den Defizit zu treffen.

Der Vorredner meinte, durch indirekte Steuern kann Vorbeuge getroffen werden, daß der Defizit gerecht getroffen wird. Ich bin erkrankt über solche vollkommene Unwissenheit; denn wer läßt nicht darüber, daß man die bestehenden Klassen entsprechend ihrem Vermögen und Einnahmen belasten könnte durch hohe Einkommensteuern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Oft genug sind diese Einkommensteuern hier berührt, die Herren von den Finanzen haben uns gesagt, Einkommensteuern bringen nichts ein, auch wenn sie in hohen Höhen auferlegt werden. Das haben wir von der Regierung gehört, und nun kommt ein Konserwativer und sagt, auf diese Weise allein wird es möglich sein, den Defizit zu belasten und die Bescheidenen zu entlasten.

Der Schatzsekretär hat nun in der Begründung des Finanzgesetzes

### die Schuldentilgung des Reiches

schwarz in schwarz gemalt. Auch der Reichskanzler hat gestern die Komplexität der Schuldentilgung des Reiches betont. Man hat nach außen hin und vielleicht auch auf den Reichstag einen Druck ausüben wollen, die Notwendigkeit der Gemüter weigern wollen, damit man um so leichteres Spiel hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Schuldentilgung des Reiches soll anders geregelt werden als bisher, lang und breit sind in der Denkschrift darüber Ausführungen gemacht, aber wenn wir nicht instand sind, die Defizitwirtschaft des Reiches zu beseitigen, dann wird auch an eine gründliche Tilgung der Schulden nicht zu denken sein. Wenn immer neue Defizite von Finanzperiode zu Finanzperiode entstehen, kann von Schuldentilgung nicht die Rede sein, die Schuldentilgung wird vielmehr immer größer. Alle Jahre kann der Schatzsekretär nicht mit neuen Steuerforderungen vor den Reichstag treten, das weiß die Regierung und auch der Reichstag. Aber wenn nun neue Defizite entstehen, dann müssen sie gedeckt werden, und dann haben wir den schönen Ausweg, daß eine neue Anleihe im Finanzgesetz prangt. So haben wir von Jahr zu Jahr gewirtschaftet und Schulden auf Schulden aufgenommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht daran zu denken, die Schuldentilgung des Reiches so vorzunehmen, daß die Schulden des Reiches zusammenzuschmelzen, solange nicht eine gründliche Änderung der Finanzverhältnisse vorgenommen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was hat denn die Schulden des Reiches verursacht? Der Reichskanzler wie der Schatzsekretär haben die Ursachen für diesen Zustand gestern nicht aufgedeckt. Wenn Sie diesen Ursachen nachgehen, müßten Sie zu ganz anderen Folgerungen kommen, als Sie gekommen sind, dann müßte nicht Sparsamkeit empfohlen werden, sondern Veränderung unserer ganzen wirtschaftlichen und politischen Zustände nicht nur empfohlen, sondern vorgenommen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es ist offenbar, daß die Steigerung des Deetzes das ungeheure Defizit hervorgerufen hat, das unsere Finanzen zu verzeichnen haben. Ich erinnere daran, daß seit ein paar Jahrzehnten, als die Militärvorlage kam, immer neue Steuern notwendig wurden. Nach dem großen Septennat 1887 wurden neue Steuern notwendig, als 1893 die Militärvorlage kam, müßte wohl oder übel der Reichstag nach neuen Mitteln suchen, um die Ausgaben für diese Steigerung des Deetzes zu decken. Dann kamen jene Steuererlässe der Jahre 1893 bis 1895, als eine Steuer auf die Tabakindustrie gefordert wurde. Wir haben dann an den einzelnen Steuern herumgedoktert, um die Mittel zu erhalten, die großen Ausgaben infolge der Deetzsteigerung zu decken. Als dann die große Notenvorlage kam, da müßte natürlich ein großes Loch in den Reichskasseln geissen werden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und die Folge davon war, daß man das ungeheure Defizit zu decken suchen müßte durch neue Steuern. Dann kam der Jollars, die Regierung müßte gemeinsame Sache mit den Herren von der Rechten machen, bloß um größere Einnahmen zu erhalten. Die Zusammenwirtschaft von Regierung und Konserwativen hat dem Volk damals mehr als eine Milliarde gekostet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das sind die Ursachen, die zu dem Defizit geführt haben.

Der Militarismus und zu Laude ist der Grund der Finanzmisere.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Heer wird vergrößert, nicht bloß in Hinblick auf den sogenannten äußeren, sondern — wir haben es oft genug von der Tribüne des Bundesrats gehört — auch in Hinblick auf den „inneren“ Feind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hat doch Caprivi selbst die Unteroffiziersprämien von diesem Gesichtspunkte aus gefordert. Und ist es denn vergessen, daß an gewisser anderer Stelle das Wort fiel von den Soldaten, die auf Vater und Mutter schließen müßten? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten, Anrufe rechts.) Eine Realisationspolitik ist fahrlässig; ich erinnere im Vorübergehen auch an die erhöhten Wahlergebnisse, die sie schafft. — Und dann die Kosten der Nationalpolitik! Daß der Chinaseidung circa 300 Millionen, der südafrikanische Kufian circa 400 Millionen gekostet hat, erklärt der Reichschatzsekretär selbst. In Wahrheit betragen die südafrikanischen Ausgaben 600 Millionen, die laufenden Ausgaben nicht eingerechnet! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Realismus, die Eroberungslust sind es, die zu dieser Art Politik treiben, einer Politik, die fahrlässig und gefährlich ist und deren Gefahren neue Kosten heraufbeschwören. Jetzt freilich wird fahrlässig verschwiegen, daß

### eine neue Militärvorlage

aus erwartet! In offiziellen Blättern war aber zu lesen, daß binnen kurzer Zeit durchgreifende und tiefgreifende Veränderungen im Militärwesen nötig seien! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichschatzsekretär schüttelt den Kopf, aber er kann von uns nicht verlangen, daß wir nach allen gemachten Erfahrungen seinen Optimismus teilen.

Weber der Finanzminister, noch der Reichschatzsekretär haben die Ursachen der Finanzmisere dargelegt. Wie dürfen sie auch das ganze System kritisieren? Wer aber das System will, der muß auch die Folgen wollen. Für unsere afrikanischen Kolonien hat Dernburg wieder eine Mißionsforderung — man sagt 100 Millionen — in Vorrat. In diesem Jahre wird man sich so freilich hüten, damit zu kommen. Dafür erhalten wir sie im nächsten Jahr. Der Reichschatzsekretär hat sich die Sache recht leicht gemacht. (Schallende Heiterkeit. Ruf: Er hat ja 3 1/2 Stunden gesprochen! Heiterkeit.) Ich meine, er hat es sich leicht gemacht mit den Deckungsvorschlägen. Der Nationalreichtum sagt er, ist gering; also, Volk, greif in die Tasche und zahle. Natürlich werden wieder indirekte Steuern gefordert. Bürgerliche Gedanken sind es, die nachgewiesen haben, daß in Deutschland im

letzten Vierteljahrhundert die indirekten Steuern — weit mehr als anderswo — von 7 auf 20 R. pro Kopf gestiegen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und doch sollen jetzt wieder 400 Millionen indirekte Steuern bewilligt werden neben nur 100 Millionen direkter. Janner heißt es: die schwachen Schultern sollen geschont werden, wird's aber Ernst, dann sind nur sie es, die belastet werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die starken Schultern sind immer verschont worden. Wollte man sie aber einmal treffen, so würden ihre Inhaber Fetz und Mordia. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt erleben wir wieder dasselbe Schauspiel. Es war geradezu possierlich, wie der Vorredner sich gegen die Erbschaftsteuer aussprach. Wenn die Reichsfinanz gefahrt werden sollen, wenn in unsere Finanzwirtschaft Stetigkeit hineingebracht werden soll, wenn eine neue Vera der Finanzwirtschaft herbeigeführt werden soll, so muß selbstverständlich die Sache an einem ganz anderen Ende angefaßt werden, als es die Reichsregierung tut. Es heißt doch, das Pferd beim Schwanz aufzunehmen, wenn man glaubt, durch ein paar hundert Millionen neuer Steuern das Defizit zu decken. Durch dieses Bündeln kann keine Finanzreform durchgeführt werden. In einer wirklichen Finanzreform gehört nicht nur eine Reduzierung, sondern eine Beseitigung des stehenden Deetzes.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das bedeutet aber ein Brechen mit dem ganzen gegenwärtigen System, und so Sie daran nicht denken, so ist es erklärlich, daß Sie den breiten Massen des Volkes neue Lasten auflegen wollen. Wir verlangen, daß nicht nur die Erbschaftsteuer auf eine andere Grundlage gestellt wird, sondern wir verlangen auch eine

### direkte Reichseinkommensteuer und Reichsvermögenssteuer.

Der Vorredner sagte, die bestehende Klasse könne diese Lasten nicht tragen. Das ist nicht wahr! Wenn die Arbeiter von neuem Hunderte von Millionen aufbringen sollen, so erinnere ich daran, daß die arbeitenden Klassen erst den Besitz der Besitzenden geschaffen haben. Und wenn der Besitz auch mit 10 Proz. getroffen wird, so ist das keineswegs eine nicht zu tragende Last. (Ironischer Zuruf rechts: Nur 10 Proz.!) Wenn Sie wollen, sage ich auch 20 Proz. Bei einer Million Einkommen kann man sehr gut 20 Proz. entbehren, ohne daß man ein so trauriges Leben zu führen gezwungen ist wie der Arbeiter. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man kann dabei noch ein sehr luxuriöses Leben führen, ein wahres Ueberleben. (Große Heiterkeit.) Von einer Konfiskation des Vermögens kann dabei gar nicht die Rede sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie behaupten, die Besitzenden werden zu schwer getroffen, so betone ich noch einmal, daß das Einkommen der Besitzenden erst aus den Arbeitern herausgeholt worden ist; Sie zahlen also die Steuern gar nicht aus Ihrer eigenen Tasche, sondern auch die Steuer der Besitzenden müssen die Arbeiter aufbringen. Immerhin ist die direkte Steuer eine gerechtere Verteilung der Lasten, und Sie sollten Roblesse üben und zu diesen Lasten selbst beitragen. Professor Booll Wagner hat die bürgerliche Klasse zur Scham gerufen, als sie sich gegen die Erbschaftsteuer wandte. Er hat den Konserwativen geraten, die Erbschaftsteuer auszubauen zu helfen. Da ist er aber schon angekommen. Eine „unmoralische“, eine „unvollständige“ die verwerfliche aller Steuern wurde sie genannt. Jedenfalls ist die Erbschaftsteuer die am wenigsten drückende von den direkten Steuern und kann auch weit mehr bringen, als der Reichschatzsekretär aus ihr herauszuschlagen will. Schon im Jahre 1906 haben meine Parteifreunde versucht, das Unheil von Millionen neuer indirekter Steuern von den Arbeitern abzumähen, indem sie den Entwurf einer Erbschaftsteuer ausarbeiteten, die nach dem Muster der englischen allein fast 300 Millionen Mark brachte. Wollen Sie gerecht sein und die starken Schultern wirklich angemessen belasten, so können Sie aus der Erbschaftsteuer allein mindestens eine Viertelmilliarde herauszuschlagen. Kommt dann dazu eine Reichsvermögenssteuer, nicht einmal eine Reichseinkommensteuer, so haben Sie die ganzen 600 Millionen Mark mit einem Schläge gedeckt. In der Kommission werden wir in diesem Sinne des kleineren Uebels arbeiten, nicht dem System der Regierung zuliebe, sondern nur um das Unglück neuer indirekter Steuern in diesen schweren Zeiten der Not und Arbeitslosigkeit von den Arbeitern abzuwenden. Das aber muß ich schon jetzt sagen: Anständig erscheint es uns nicht, auch nur den Versuch zu machen, die Arbeiter in einer wirtschaftlich so ungünstigen Zeit so hart mit indirekten Steuern belasten zu wollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Zusammenfassung der Diskussion macht es leider unmöglich, das ganze Steuerwesen der Regierung eingehend zu erörtern. Wir bebauern es auf das lebhafteste, daß nicht über jede einzelne Steuervorlage eine Generaldiskussion angefaßt worden ist. Wir können das Uebel nur dadurch teilweise corrigieren, daß jeder von uns sich auf eine bestimmte Steuer beschränkt, und so werde ich als Fachmann ausschließlich über die Tabaksteuer sprechen, und die Behandlung der anderen Steuern meinen Kollegen aus der Fraktion überlassen.

### Die Tabaksteuer.

Was die Tabaksteuervorlage anbetrifft, so muß ich zunächst im allgemeinen sagen: Die Begründung, die Verteidigung des Entwurfs durch die gestrige Rede des Reichschatzsekretärs haben auf mich einen sehr sonderbaren Eindruck gemacht. Es schien mir, als ob der Herr Staatssekretär die Vonderrolle auf die Tabakindustrie schon verloren gäbe. Es ist mir auch schon zu Ohren gekommen, und ich halte mich für verpflichtet, es hier auszusprechen, um auch nach außen ein Warnungssignal zu geben, daß einige Herren der Tabakindustrie mit der Regierung bereits darüber unterhandelt haben, daß man die Vonderrolle nicht annehmen, dagegen den Tabak auf andere Weise höher besteuern wolle. Die gestrige Vertretung der Vonderrolle hat mir diese Mitteilung sehr wohlgefallen erscheinen lassen, denn die Verteidigung war außerordentlich schwach. Auch die Haltung der einzelnen Fraktionen läßt mich diese Lösung vermuten. Die Regierung hat ja so oft den Versuch gemacht, die Tabakindustrie schwerer zu belasten. Seitdem ihr Monopolvoranschlag im Jahre 1882 abgelehnt wurde, hat die Regierung es nicht verschmähen können und die Tabakindustrie fortwährend durch neue Steuervorlagen beunruhigt. Selbst wenn gerade keine neuen Steuerpläne vorliegen, haben doch die Regierungspresse und ihre offiziellen Helfer immer darauf hingearbeitet, daß der Tabak „mehr bluten“ müßte. Die Habrillsteuer wurde in den Jahren 1893/94 vom Reichstage abgelehnt, weil er sich der Erkenntnis nicht verschließen konnte, daß die Industrie allzu schwer belasten und eine übermäßige kapitalistische Konzentration der Betriebe zur Folge haben würde. Die Tabakindustrie hat nämlich eine große Zahl kleinerer Industrier; der Mittelstand ist in der Tabakindustrie so stark vertreten wie kaum in einer anderen Industrie, und nirgends ist wohl die Zahl der kleinen Fabrikanten annähernd so groß wie in ihr. Die Habrillsteuer würde alle diese Mittelstandsgewerbetreibenden ruinieren, würde sie dezimieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine großkapitalistische Konzentration der Betriebe der Tabakindustrie müßte die Folge sein, und das ist einer der Gründe, warum der Reichstag damals diese Tabaksteuervorlage ablehnte. Dann trat im Jahre 1906 die Regierung wieder auf den Plan und verlangte eine höhere Gewichtssteuer und einen höheren Gewichts Zoll. Damals habe ich im Auftrage der Fraktion dargelegt, daß diese Steuervorlage der Regierung ihren eigenen Grundgedanken widerspräche, da die Regierung selbst früher den Gewichts Zoll und die Gewichtssteuer als ungerechte Steuer bezeichnet hatte. Diese Theorie hatte der frühere Reichschatzsekretär Graf Posadowsky aufgestellt, aber sein Nachfolger, Freiherr v. Stengel, hat sich nicht mehr darum gekümmert. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag aber hat anerkannt und wird es auch heute anerkennen müssen, daß die höhere Belastung des Tabaks durch Gewichtssteuer und Gewichts Zoll eine Ungerechtigkeit wäre, daß er die kleinen Verbraucher schwerer treffen und die breite Masse der Bevölkerung schwerer belasten muß, weil er gerade die geringe Ware am schwersten trifft. Solche Besteuerungssart wirkt nach unten progressiv, wie überhaupt die indirekten Steuern

eine progressive Wirkung nach unten besitzen. Das weiß jeder, der System und Wirkung der indirekten Steuern kennt. So würde auch Gewichtssteuer und Gewichts Zoll eine doppelte Ungerechtigkeit gegen die kleinen Verbraucher sein. Ob Vonderrolle oder erhöhter Gewichts Zoll, die Tabakproduktion wird an den Kosten schwerer zu tragen haben, und die Zigarre wird um den vollen Betrag der Steuer verteuert werden. Soviel ich weiß, haben sich bereits Ausgewählte verschiedener Parteien gegen die Vonderrolle ausgesprochen und wollen lieber den Tabak auf andere Weise mit 70 bis 80 Millionen Mark heranziehen. Diesen sei nur gesagt, daß die Belastung unter je d e r Form die Produktion schwerer treffen wird. Die geringen Zigarren von 4, 5 und 6 Pf. umfassen über 80 Proz. der gesamten Produktion. Von den 70 bis 80 Millionen Steuern, die aus dem Tabak neu herausgebracht werden sollen, werden auf diese Zigarren mindestens 50 Millionen fallen. Dadurch wird jede Zigarre um mindestens einen vollen Pfennig verteuert werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist ganz selbstverständlich, daß infolge dieser Verteuerung die Arbeiter gezwungen sein werden, den Zigarettenkonsum einzuschränken. Der Schatzsekretär hat sich das gestern ja sehr einfach vorgestellt: Erst geht man zu einer billigeren Zigarre über, und wenn einem die nicht schmeckt, kommt man doch wieder zu der teureren zurück, höchstens daß man anfangs vielleicht eine weniger raucht. Bei den besseren Zigarren mag sich ja dieser Ausgleich leicht erzielen lassen, aber nicht bei den Zigarren zu 4, 5 und 6 Pf.; das weiß der Schatzsekretär nicht, solche Stinkdores raucht er ja nicht. (Große Heiterkeit.) Wenn der Arbeiter, der jetzt 5 Pf. für die Zigarre zahlt, einen Pfennig mehr zahlen soll, muß er seinen Verbrauch einschränken; dazu ist er schon gezwungen durch seine wirtschaftliche Lage. Der Arbeiter muß mit jedem Pfennig, mit jedem Heller rechnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Wenn Sie das bezweifeln, scheinen Sie mir anzunehmen, daß die Arbeiter mit ihrem geringen Einkommen noch ein luxuriöses Leben führen können. Dabei hat schon vor 20 Jahren einer der Ihrigen erklärt, daß man mit einem Einkommen bis zu 800 R. ein menschenwürdiges Dasein nicht führen könne — es war der Abg. Adernann im schiffsiden Landtage. Die Arbeiter aber sind heute in großer Zahl auf noch geringeres Einkommen angewiesen, besonders in der Tabakindustrie werden noch viel niedrigere Löhne gezahlt, die kaum über 600 R. reichen, daß bei einem solchen Einkommen die Tabakarbeiter ein menschenwürdiges Dasein nicht führen können, ist selbstverständlich. Die große Masse der Arbeiter wird ihren Konsum einschränken müssen, das ist bei einer früheren Veranlassung einer Tabaksteuervorlage vom Bundesratstage selber gesagt worden.

In der Tabakindustrie herrscht Handarbeit, und selbstverständlich muß bei einer Produktionsbeschränkung, die auf ein Fünftel gebracht wird, ein Fünftel der Arbeitskräfte entlassen werden. Handarbeit ist in der Zigarrenindustrie nicht möglich. Das Material gestaltet es nicht; die Maschine würde zu viel Schaden an ihm anrichten. Unter allen Umständen wird also die Industrie die Arbeiterzahl und die gesamte Produktion um ein Fünftel verringern müssen. Dann aber ist es selbstverständlich, daß die stärkeren Kapitalisten allein den Vorteil haben werden; denn sie können die Konkurrenz bestehen, während die kleineren Unternehmer preisgegeben werden. Die Mittelstandsgewerbetreibenden werden vernichtet werden. Das ist eine unabweisliche Folge der jetzt geplanten Tabaksteuer. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man kann das hier ableugnen, man kann sagen: es ist nur eine Vermutung, man kann sogar sagen: die Statistik, welche nach der Vollerhebung von 1879 diese Folgen zeigte, sei nicht zutreffend. — Das ist übrigens lediglich Schuld der Regierung; denn längst hätte eine Produktionsstatistik eingeführt werden müssen, und dann hätte man auch einen genauen Nachweis, wie eine solche Steuerpolitik auf die einzelnen Industrien wirkt.

Wenn der Herr Staatssekretär bestreitet, daß nach der Vollerhebung von 1879 10 000 bis 15 000 Tabakarbeiter entlassen wurden, so ist das lediglich eine Behauptung. Daß es wahr ist, haben wir am eigenen Leibe erfahren. Wir wissen aus eigener Erfahrung, eine wie große Zahl unserer Kollegen damals entlassen ist. Wir selber haben von Ort zu Ort, von Fabrik zu Fabrik wandern müssen, weil die Produktion eingeschränkt wurde. Das kann nicht hinweggelenkt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn Sie heute der Tabakindustrie eine so schwere Belastung aufbürden, so ist es sicherlich keine Liebererziehung, daß die Produktion um ein Fünftel eingeschränkt werden wird. Im Jahre 1906 sahen das auch den hohen Hause einzuwenden, und Sie sind damals zur Ablehnung der Tabaksteuervorlage gekommen. Ich wünsche, daß Sie die Dinge wieder in demselben Sinne betrachten, daß Sie die Schädigung der Tabakindustrie ernst auffassen und diese Steuer ablehnen. Wenn übrigens eine Reihe Mittelstandsgewerbetreibenden durch die Annahme dieser Steuer vernichtet wird, wie stimmt das zu der vielgerühmten Mittelstandspolitik, die Sie stets im Munde führen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch durch die anderen indirekten Steuern wird der Mittelstand belastet. Ueberhaupt belastet ihn jede Verteuerung von Waren ebenso wie den Arbeiter. Mit dieser Politik beweist man nur, daß man dem Mittelstand nicht freundlich gegenübersteht. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Verringerung der selbständigen Existenzen in der Industrie bringt eine weitere Gefahr mit sich. Wenn eine kapitalistische Konzentrierung der Industrie eintritt, so wird es der Regierung möglich sein, das alte geliebte Monopolprojekt wieder heranzuziehen.

Gestern sagte der Herr Schatzsekretär, für die Ablösung würde beim Monopol eine ungeheure Summe notwendig sein — ich glaube, 1 1/2 Milliarden — wenn aber ein Teil der Existenzen beseitigt und ein Teil der Produktion eingeschränkt ist, so läßt sich mit ein paar Unternehmern viel leichter ein Einkommen treffen als mit tausenden von kleinen Unternehmern. Der Reichskanzler hat bebauert, daß das Monopol nicht früher eingeführt worden ist. Man hat uns oft vorgehalten, daß in Ländern mit dem Monopol der Tabak Hunderte von Millionen Mark bringe. Man vergißt dabei nur, daß in jenen Ländern nur eine geringe Tabakindustrie besteht, daß dort kaum zehntausend Arbeiter beschäftigt sind, bei uns dagegen 200 000. Für das Monopol wäre eine Vonderrolle immer also die beste Vorbereitung. Ich hoffe, der Reichstag wird dazu seine Hand nicht rücken. Gewiß ist die Tabakindustrie besser organisiert als manche andere, und die Agitation gegen die beabsichtigte Steuer ist eine umfassende. Es gibt aber keine gefährlichere Steuer als diese Vorlage. Ich will nicht sagen, daß die anderen indirekten Steuern annehmbar seien. Aber die Tabaksteuervorlage ist in ihren Folgen die gefährlichste unter allen diesen Vorlagen. Sie ist nichts anderes als die Vorbereitung zum Monopol. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung auch sagt, sie denke nicht an Monopol, hätte sie eine Mehrheit dafür, so würde sie dem Reichstag sofort eine Monopolvorlage unterbreiten. Ich muß aber fürchten, daß die Mehrheit des Reichstages ihr die Vonderrolle nicht vor die Füße wirft und sich mitschuldig macht an einer ungeheuren Schädigung der Tabakindustrie. Freilich, wenn die Steuer nicht bewilligt wird, so befindet sich der Schatzsekretär in großer Verlegenheit. Er sagte deshalb auch, er hoffe, daß der Reichstag ihm dann selbst neue Steuerquellen nennen würde. Wahrscheinlich wird man, wie im Jahre 1906, in der Steuerkommission die einzelnen Parteien angeben, der Regierung Steuern auf dem Produktivwert entgegenzubringen. Um ihr die Parteien den Gefallen nicht, so wird die Regierung von selbst an die Ausarbeitung neuer Steuervorlagen denken müssen. In der Kommission werden wir bei jeder einzelnen Steuer ihre Schädigung nachweisen können. Hier im Plenum, wo alles durcheinandervirbelt, können wir nicht so auf die Einzelheiten eingehen. Wir kam es auch nur darauf an, die Tabaksteuervorlage im allgemeinen zu kennzeichnen und die Parteien zu warnen, der Volkswirtschaft des Deutschen Reiches einen so schweren Schaden zuzufügen. Die Schädigung der Tabakindustrie würde auch auf andere Industrien zurückwirken. Die vernichteten Existenzen werden dort hinfälliger und eine stärkere Konkurrenz und Lohnbrud unter den Arbeitern wird die Folge sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Reich soll nur nach guten volkswirtschaftlichen Grundgesetzen regiert werden.

**(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Solitel)** Vor drei Jahren wurde dem Volke eine neue Steuerlast von einer Viertelmilliarde aufgebürdet. Vor fünf Jahren ebenfalls, und jetzt will man wieder eine solche Last ihm zumuten. Das muß dem Volk geradezu den Boden ausschlagen. Solche Steuervorlagen in so kurzen Zwischenräumen zu machen, dazu gehört

#### ein trauriger Mut

Den besitzenden Klassen die Lasten aufzuerlegen, dazu würde weniger Mut gehören. Denn die Regierung könnte sich dann auf die Sympathie des Volkes stützen gegenüber der geringen Zahl der Besitzenden, welche die eigenen Lasten zuhalten und die Lasten den Volksmassen aufbürden müssen. Wenn Sie der Regierung jetzt die halbe Milliarde neuer Steuern bewilligen, so wird unsere Finanznotwendigkeit doch nicht beseitigt. Das werden Sie schon nach einem Jahre bei dem neuen Etat sehen. Doch eine neue Militärvorlage kommt, steht heute schon fest, wenn Sie es auch ablehnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialpolitik unserer auswärtigen Politik, unsere reaktionäre innere Politik, unsere Wirtschaft sind die Ursachen unserer Mißwirtschaft. Besserung kann nur geschaffen werden, wenn man sagt: **Nieder mit diesem System!** (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Hg. Fürst Dasselb (Mpt.):** Der Herr Vorredner hat sich über die Angelegenheiten verbreitet, die der Gegenstand der Debatten der vorigen Woche waren. Ich will ihm auf das Gebiet nicht folgen, da es stichschwellige Beratung unter den Parteien war, auf diesen Gegenstand bei der Steuerdebatte nicht zurückzukommen. (Sehr richtig! rechts.) Wir können es nur begründen, daß der neue Reichshaushalt gleich ganze Arbeit machen will und nicht einzelne Steuern, wie die Wabstrolachsteuer, vorweg eingebracht hat, deren Ablehnung alsdann ein ungünstiges Präjudiz für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform gewesen wäre. Wir werden prüfen, ob wirklich 500 Millionen nötig sind, wobei: ob die neuen Steuern nicht einen fiktionalen Reamtenapparat erfordern, der einen großen Teil der Neueinnahmen wieder verschlingt.

Der Reichsfinanzminister, der gewiß mit Reichsminister Rede über Englands günstige Finanzlage gelesen hat (Heiterkeit), hat mit Recht hervorgehoben, daß mit der ungelunden, unsere nationale Existenz gefährdenden Schuldenwirtschaft gebrochen werden muß. Doch der Finanznot ein Ende gemacht werden muß, darüber sind alle Parteien, auch die Sozialdemokratie, einig; aber über die Mittel gehen die Ansichten auseinander. Durch direkte Steuern kann man eine Riesensumme, wie die geforderten 500 Millionen, nicht aufbringen. Die alkoholischen Getränke und der Tabak müssen die Grundlage der Finanzreform bilden. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe das auch in der Wahlbewegung meinen Dresdenauer Wählern offen gesagt, und sie haben mich doch gewählt. Mit Offenheit kommt man am weitesten. (Sehr richtig!)

Run zu einzelnen Steuervorschlägen. Ich will mich kurz fassen und Sie nicht solange aufhalten wie — andere. (Große Heiterkeit.) Mit dem Branntweinmonopol hat die Schweiz günstige, Rußland abschreckende Erfahrungen (das Volk wird dort geradezu verpeitelt) gemacht. Wenn statt des Monopols eine andere, das Brennereigewerbe schonendere Form der Brennereieinkommensteuer sich finden lassen sollte, so würden meine Freunde einer solchen den Vorzug geben. — Der Tabak ist kein unentbehrliches Genussmittel. Er verdient eine höhere Besteuerung. Ein Tabakmonopol scheint an der durch dasselbe notwendig werdenden Milliardenentschuldigung, die Wabstrolachsteuer aber dürfte zu tragen sein; eventuell sind wir bereit, der Entschuldigungsfrage näher zu treten. — Die Lichtsteuer scheint uns annehmbar, zumal doch auch das Petroleum versteuert ist. Was die Kraftsteuer betrifft, so sehen wir nicht ein, warum einseitig die elektrische und nicht vielmehr jede Kraftübertragung besteuert werden soll. (Oh! links.) Für eine Inerentensteuer waren meine politischen Freunde stets zu haben.

Der Staatssekretär schlägt nun auch direkte Steuern vor. Der Wohlstand ist in Deutschland geringer und schlechter fundiert als in England und Frankreich. Wir dürfen nicht die Henne schlachten, die die goldenen Eier legt. Der Besitz ist bereits stark besteuert. Trotzdem sind wir bereit, in eine Mehrbesteuerung des Reiches zu willigen. — Gegen die Erbschaftsteuer haben sich sehr einflussreiche Stimmen erhoben. (Lachen links.) Eine Reicheinkommen- und Reichsvermögensteuer sind aus verschiedenen Gründen abzulehnen. Gegen die Erbschaftsteuer wendet sich das Volksempfinden (Sehr richtig! rechts), es ist aber zuzugeben, daß die meisten Wohlhabenden sie besteuern. (Sehr richtig! links.) Sie trifft freilich den Grundbesitz härter als das mobile Kapital. (Sehr richtig! rechts.) Nun schlägt allerdings die Vorlage Erleichterungen für den Grundbesitz vor. (Sehr wahr! links.) Man könnte darin noch weiter gehen und auch Bibliotheken, Kunstsammlungen usw. von der Nachlasssteuer ausnehmen. Trotzdem bleibt die Nachlasssteuer für meine politischen Freunde unannehmbar (starkes Hörl! Hörl! links); wir sind aber bereit, dafür irgendeine andere Form der Besteuerung des Vermögens zu bewilligen. Einer Mehrsteuer sehen wir sympathisch gegenüber, wir verwerfen aber ihre Verquickung mit der Nachlasssteuer.

Zu den neuen Einnahmen muß Sparsamkeit treten. Ramentlich müssen sich auch die einzelnen Abgeordneten Mühe aufzuwenden und nicht immer nur Ausgaben verlangen.

#### In Heer und Marine kann und darf nicht gespart werden!

(Zustimmung rechts.) Das neue Programm des Flottenvereins kommt freilich zur unrichtigen Stunde. (Hörl! Hörl!) Die Sozialpolitik muß fortgesetzt werden; aber das Tempo freilich läßt sich strecken. (Sol! bei den Sozialdemokraten.) An Dienstwohnungen usw. kann gespart werden; sie werden vielfach zu Luxuriös eingerichtet. — Wenn wir die 500 Millionen bewilligen, sind wir bis an die äußerste Grenze der finanziellen Leistungskraft gegangen. — Wir hoffen, daß die verpöblichste Abschaffung der Hofartensteuer, die Ermäßigung des Orisporos und die Verbilligung des Zuckers sich durchsetzen lassen werden. Die Vorlage ist entscheidend für die Gruppierung der Parteien, für ihre Stellung gegenüber der Regierung und für die Stellung Deutschlands im Rate der Völker. Je größer die Mehrheit ist, mit der sie angenommen werden wird, um so größer wird der Eindruck im Auslande sein. Ich hoffe, daß sich alle bürgerlichen Parteien zusammenschließen und einigen werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

**Hg. Raab (Mpt. Ver.):** Wir freuen uns, daß man uns reinen Wein einschmeißelt und die Größe des Defizits nicht verkleinert hat. Die Ereignisse, die uns in der vorigen Woche beschäftigt haben, waren eine schlechte Einleitung der Reichsfinanzreform. Aber gerade die Höhe, die sich Deutschland in anderer Beziehung gegeben hat, muß ein Ansporn sein, wenigstens die Finanzen in Ordnung zu bringen. — Redner schlägt eine Reichsbedienstetenzunahmesteuer vor, freut sich über die versprochene Aushebung der Hofartensteuer und die versprochene Verbilligung des Orisporos und behauptet, daß es eigentlich dieselben Leute seien, die von den direkten wie von indirekten Steuern getroffen werden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Einige der neuen Steuervorschläge sind geradezu mittelstandsfreundlich.

Der Redner wendet sich gegen die Tabaksteuervorlage, gegen die Bier- und Weinsteuer. Die Wehrsteuer begründen meine Freunde, haben aber schwere Bedenken gegen die Nachlasssteuer, mit der sie verbunden ist. Sollte die Nachlasssteuer fallen, so erwarten wir, daß die Regierung doch an der Wehrsteuer festhält. Die Elektrizitäts- und Gassteuer lehnen wir ab, sie würde in der Hauptsache eine Gewerbesteuer bedeuten. Statt der Anzeigenersteuer sollte man lieber eine Anzeigenersteuer einführen. Zu fordern ist vor allem eine Vermehrung der Reichsbediensteten; ein Reichsmonopol würde man in weiten Kreisen geradezu als zeitende Kat ansehen; das Versicherungswesen, die Reichsbank müßten verstaatlicht werden, das würde dem Reiche zahlreiche Millionen bringen. Ebenso wäre es mit einem Petroleummonopol. Weiter könnten familiäre Stempel auf das Reich übernommen werden. — Der Reichsfinanzminister hat gestern eine Einschränkung des Luxus' das Wort gesprochen, aber eine Luxussteuer enthält das vorgelegte Steuerkalkül nicht. Ich gebe zu, daß alle

diese Steuervorschläge einer sorgfältigen Durchberatung bedürfen; auch die Regierung möge sie ernstlich prüfen. Ich will damit schließen. (Lebhaftes Bravo!) Ja, alles nimmt ein Ende. (Große Heiterkeit.) Ich will schließen, aber betonen will ich doch, daß auch wir das Geld unserer Finanzlage anerkennen; ihre Beseitigung ist eine Lebensfrage für unser Volk. Die Mittel hierfür zu schaffen, ist eine nationale Aufgabe. (Bravo! bei der Reichstagslichen Vereinigung.)

Darauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Kapitalistische Verbrechen.

### Lebendig eingemauert!

Es klingt wie ein Roman. Aber es soll grauliche Wahrheit sein, daß auf der Rabbodgrube gerade wie in Courrières lebendige Menschen eingemauert worden sind!!! Um Kohlen zu retten, war man zu eifertig mit der Vermauerung und Unterwasserlegung der Schächte. Genosse Reinert teilte gestern im Abgeordnetenhaus mit, dem Bergarbeiterverband sei die Nachricht zugegangen, daß sich zwei Knappen von der Rabbodgrube selbst gerettet haben. Uns wird darüber noch das Nähere mitgeteilt: Ein Lampenmeister erzählte einem Vertrauensmann der Arbeiter: am Unglückstage haben sich zwei Leute, Inhaber der Markennummern 563 und 598, durch Aufstieg in einem Aufbruch von der II. zur I. Sohle gerettet. Stimmt das, muß es die Verwaltung wissen, und dann wird es schier unbegreiflich, wie man die Rettungsarbeiten einstellen konnte.

Daß nicht alles in Ordnung war, geht auch schon aus den diversen falschen Meldungen hervor. Die „Frankf. Ztg.“ berichtete, der Bergmann Gard habe die Aussage, die er dem Berichterstatter machte, vor dem Staatsanwalt nicht aufrecht erhalten. Von anderer Seite wurde sogar behauptet, Gard habe sich durch Flucht der Verantwortung entziehen wollen. Uns schreibt man über die Angelegenheit:

Wir — der Schreiber und ein Vertrauensmann vom Bergarbeiterverband — standen am 17. November, morgens 11 Uhr, auf dem Bauplatz und lasen folgenden Anschlag:

„Am Berliner Lokal-Anzeiger“ steht, daß ein Bergmann Karl Meier einem Berichterstatter u. a. erzählt haben soll, er habe im Revier des Steigers Carriert gearbeitet. Dort sei am Montag und Dienstag voriger Woche, also während zwei Schichten, kein Tropfen Wasser im Revier gewesen. Dort habe der Kohlenhand zuwüllen fuhhoch gelegen. Es fehle an richtigen Wetterkontrolluren. Die Wetterstreden seien stellenweise schlecht und so klein gewesen, daß man nur auf dem Bauche kriechend durchgekommen wäre. Der Sprecher habe in der Mitte von etwa 100 Mann gehalten, die die Worte des Sprechers behauptet hätten. Wir sehen eine Verlesung von 100 Karl für denjenigen aus, der uns den Sprecher berart namhaft machen kann, daß eine gerichtliche Vernehmung des Mannes möglich ist.

#### Bergwerksgesellschaft „Trier“. Tanshen.

Da trat ein Mann zu uns heran, las das auch und sagte:

„Das wollen denn die Leute, das ist doch wahr, das stimmt doch ganz genau!“

Es war der Bergmann Gard. — Er ging sofort zum Bureau, um sich vernehmen zu lassen. Am nächsten Tage begab er sich zu uns und erklärte uns:

„Ich habe dem Staatsanwalt dieselben Tatsachen mitgeteilt als dem Zeitungsberichterstatter, es ist ja die Wahrheit!“

Jedenfalls wäre es interessant, zu erfahren, von welcher Seite die unwarhren, augenscheinlich auf Stimmungsmache berechneten Mitteilungen langiert werden.

### Mehr Bergarbeiterhuk!

Durch das furchtbare Unglück auf der Rabbodgrube ist die Forderung der Bergknappen nach Einführung der Arbeiterkontrolluren wieder in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion gestellt. Wieder steht man vor der Frage: wird die Regierung sich abermals dem ablehnenden Willen der Grubenkönige beugen?

Im Jahre 1898, nach dem Unglück auf der Carolinengrube bei Bochum, schien die Forderung der Bergarbeiter auf Einführung von Kontrolluren aus dem Arbeiterstande ihrer Erfüllung entgegenzugehen. Es wurde eine Studienkommission ausgesandt, die Ermittlungen anstellen sollte über die Erfahrungen, die in England, Frankreich, Belgien und Nordamerika mit den Arbeiterkontrolluren gemacht worden sind.

Trotz der günstigen Erfahrungen der Studienkommission wurde aber die Einführung von Arbeiterkontrolluren zurückgestellt, weil die Grubenherren sehr energisch gegen solchen Vorschlag opponierten. Statt der Arbeiterkontrolluren wurden nur sogenannte „Einfahrer“ ernannt, Unterbeamte mit ganz geringen Rechten, die sich schon deshalb keine Autorität schaffen konnten, weil sie von den Grubenherren und ihren Beamten allgemein „Grubengendarmen“ genannt wurden.

Nun wieder wurde der Ruf auf Einführung eines Reichsberggesetzes erhoben, auch schon deshalb, weil aus der Uneinigkeit der Bergwerke noch andere Schädigungen hervorgehen. Nachdem der Reichstag bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches in einer Resolution den Wunsch ausgesprochen hatte, daß das Bergrecht einer einheitlichen Regelung unterzogen werde, nahm er im Januar 1900 — nur gegen die beiden konservativen Fraktionen — abermals einen Antrag an, der den Reichsfinanzminister aufforderte, den Entwurf eines Reichsberggesetzes vorzulegen. Fünf Jahre später, im Jahre 1905, während des letzten großen Ausstandes im Ruhrrevier, forderte die sozialdemokratische Partei eine Novelle zur Gewerbeordnung, in der die hauptsächlichsten Wünsche der Bergarbeiter erfüllt werden sollten, und im Mai desselben Jahres brachten Sozialdemokraten und Zentrum sogar je einen ausgearbeiteten Gesetzentwurf ein. In § 1 des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes war gefordert, daß auf das Verhältnis zwischen Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter lediglich reichsgesetzliche Vorschriften Anwendung finden. Es ist bekannt, daß auch nach dem Streik im Ruhrrevier im Jahre 1905 eine reichsgesetzliche Regelung durch die bürgerlichen Parteien, einschließlich Zentrum, verhindert worden ist. Durch ein preussisches Landesgesetz wurden einige Umänderungen durchgeführt, die aber von den Bergarbeitern als durchaus unzulänglich angesehen werden. Nach dem letzten fürchterlichen Unglück wird die Bewegung der Bergarbeiter auf Einführung eines besseren Schutzes und auf eine Vereinheitlichung des Bergrechtes kaum mehr zurückzuführen sein.

### Geschäftigkeit der Polizei.

Der Schreck über das Unglück hat den staatsrechtlichen Eifer der Polizei nicht eingeschlafen. Auch ein Trost in der trüben Zeit!

Am Tage nach dem Begräbnis erschienen auf dem Friedhof zwei Gendarmen und eigneten sich von dem Massengrab, zwecks staatsrechtlicher Verwendung, mehrere rote und weiße Schleifen an; die roten wohl wegen der gefährlichen Farbe, die weißen, weil sie Inschriften trugen, von denen man sicher den Ausbruch einer Revolution befürchtete. 350 Knappen sind tot aber der Staat ist geteilt.

### Kohlen und Menschen!

Die Katastrophe auf der Zeche Rabbod hat wieder einmal ein großes Schlaglicht auf das Produktionssystem geworfen, worunter die Arbeiterklasse leidet. Für die herrschende und besitzende Klasse ist sie ein unglücklicher Zufall, den sie bedauert, der aber nach ein paar Wochen wieder vergessen ist. Die Arbeiter wissen, daß solche Katastrophen Folgen des Kapitalismus sind.

Die Wirklichkeit des kapitalistischen Systems ist, daß Menschen nichts gegen tote Dinge gelten. Am Karsten stellte sich das in der großen Uile heraus, womit die Rettungsversuche der Menschen eingestiebt und mit der Rettung der Kohlen angefangen wurde. So hat man es auch in Courrières gemacht. Da hieß es auch: Die Arbeiter sind unrettbar verloren, sie sind alle schon tot. Die Schächte wurden vermauert, um die Kohlen zu retten! Und nachher stellte sich heraus, daß noch Arbeiter lebend in der Grube waren und sich, wie durch ein Wunder, zu retten wußten.

In einem Gemeinwesen, wo das Glück der Menschen höchstes Ziel wäre, würde bei einem solchen Unglück nur daran gedacht werden, die Arbeiter zu retten, und man würde sich um etwas mehr Kohlen, die verbrennen, nicht kümmern. Aber in einer Gesellschaft, wo Privateigentum herrscht und Profit als höchstes Ziel gilt, kann dieser Wahnhaft unmöglich gelten.

Kohlen verbrennen lassen? Kohlen haben Wert, sind Geld; Menschen nicht! Kohlen, die verbrennen, sind verloren; für Menschen, die verbrennen, kann man unsofort neue bekommen. Sie biegen sich in dieser Krisenzeit massenweise an, stehen sogar darum, eingestellt zu werden. Ja, wenn noch die Sklaverei bestände, dann wäre es anders; dann würden die Arbeiter für den Kapitalisten ein Kapital, eine Geldsumme bedeuten und dann würde für ihr Leben und Sicherheit besser gesorgt werden. Aber leider, mühte man fast sagen, sind die Arbeiter keine Sklaven mehr; sie kosten dem Kapitalisten nichts und werden danach behandelt.

In dieser Zeit, wo sogar zahlreiche Schichten des Bürgertums sich über die Bergwerksgesellschaft entrüsten, die aus Profitgier die notwendigen Schutzmaßnahmen vernachlässigte, müssen wir mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß der heutige Gesellschaftsordnung, und damit jedem, der sie aufrechtzuerhalten hilft, die Schuld trifft. Mit dieser „Ordnung“ ist die Profitgier, der Trieb nach immer mehr Geld, untrennbar verbunden. Der Kapitalist nimmt keine Arbeiter in seinen Dienst, um sie zu versorgen, sondern um sie auszubenten. Arbeiter sind für ihn nicht Menschen, wie er selbst, sondern Instrumente zur Mehrwertzeugung. Das ist die Wahrheit des Kapitalismus; und alle Entrüstung in der bürgerlichen Presse über denjenigen Unternehmer, bei dem diese Wahrheit zu einer solchen erschütternden Darstellung gelangt, wie sich auf Rabbod, ist nur eine billige Methode, die Aufmerksamkeit von den wahren Schuldigen abzulenken.

Aber der Staat, der angeblich für das Leben aller seiner Angehörigen eintritt, dessen Aufgabe es nach der Darstellung seiner Verteidiger ist, die Schwachen zu schützen, was wird er tun? Wird er der Direktion der Zeche einen Prozeß wegen fahrlässiger Tötung machen? Wird er aus dieser Katastrophe die Lehre ziehen, daß er weiterhin besser für die Bergarbeiter zu sorgen hat? Auch hier gibt es sich nicht phantastische und trügerische Hoffnungen zu machen, sondern die Wirklichkeit klar zu erkennen. Der Staat ist der Staat der Ausbeuter; der Profit des Kapitalisten ist ihm höchste ständige Norm; er betrachtet das heutige Ausbeutungverhältnis als natürliche und göttliche Weltordnung, die er mit allen Mitteln aufrecht erhält. Leicht wäre es einer Regierung, die es wirklich will, solche Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, daß Katastrophen wie jetzt auf Rabbod unmöglich werden! Solange aber die erste Forderung der Arbeiter, daß von ihnen selbst gewählt, mit Nachvollkommenheit ausgestattete Grubenkontrolluren für die Sicherheit sorgen, von der Regierung und den bürgerlichen Parteien abgelehnt wird, sind alle deren Bestrebungen Phrasen, ist ihr angeblicher Bergarbeiterschutz hane.

Nur ein Ziel kennt die herrschende Klasse, deren Ausschuß die Regierung bildet: ungeachtet möglichst viel Millionen Profit aus den Arbeitern pressen. Nur eine Sorge kennt sie: daß die Arbeiter die Wahrheit dieser göttlichen Ordnung durchschauen und sich dagegen auflehnen könnten. Deshalb sucht sie durch Kundgebungen des Bedauerns und des Weileids ihre wirkliche Rolle verbergen zu machen.

Von der unmittelbar schuldigen Bergwerksgesellschaft hat keiner eine Haltung des Bedauerns erwartet; das wäre allgemein als eine freche Heuchelei empfunden worden. Ihre Haltung zeugt nur von Arger, Arger über den materiellen Schaden, der einen Streik durch ihre Spekulationen macht; Arger über die moralische Verflechtung als Sündenbock für das ganze System. Wenn der Grubenbrand erloschen ist und die öffentliche Erregung sich gelegt hat, werden die Direktoren und Aktionäre wieder Arm in Arm mit ihren Kollegen einherziehen, als geehrte Mitglieder der besitzenden Klasse. Sie sind ja nicht schlimmer als die anderen, sie haben bloß Reich gehabt.

Wag die Bourgeoisie diese Katastrophe möglichst bald der Vergessenheit überliefern wollen, die Arbeiter werden die richtige Lehre aus ihr ziehen. Sie können sich nicht mit Empörung über die schuldigen Unternehmer begnügen. Sie müssen erkennen, daß solche Fälle nicht aufhören werden, solange der Kapitalismus herrscht und die kapitalistische Klasse über die Regierung gebietet, und daß sie nur mit diesem System selbst beseitigt werden können. Sie werden daher mit größerer Energie den Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus führen. Wenn die Rabbodkatastrophe doch nicht wirkt, die Arbeiter zum schärferen, energischeren Klassenkampf aufzurütteln, werden ihre Opfer nicht bloß Opfer des Kapitalismus, sondern zugleich Märtyrer für den Sozialismus, für eine bessere Gesellschaftsordnung sein, in der im Gegensatz zu heute Menschen mehr gelten werden als Kohlen.

## Soziales.

### Vertretung vor dem Kaufmannsgericht.

Das Gesetz über die Kaufmannsgerichte bestimmt in gleicher Weise wie das Gewerbegerichtsgesetz, daß solche Personen als Vertreter einer Partei nicht zugelassen sind, die das Vertreten vor Gericht geschäftsmäßig betreiben. Das Berliner Kaufmannsgericht hat bisher in den weitaus meisten Fällen in der unangenehmsten überkommenen Vertretung seitens der Verbandsfunktionäre keine Geschäftsmäßigkeit erblickt. Magistratsrat v. Schulz, der verdienstvolle Vorsitzende des Berliner Kaufmannsgerichts, wird sogar mit Recht Handlungsgesellschaften auf ihre Verbände hin, die ihnen im Falle der Behinderung Vertretung stellen werden. Dennoch hat die 4. Kammer unter dem Vorsitz des Assessors Depéne in einem sehr entschiedenen Falle die Ablehnungsmöglichkeit von Vertretern noch erweitert. Es handelt sich um den Fall des Bezirksleiters vom Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband Wiele, der ein am



Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung. Freitag, den 20. November, vormittags 11 Uhr.

Präsident v. Ardenne: In der Nacht vom 11. zum 12. November ist über die Zeche Raddob ein Unglück von solcher Schwere hereingebrochen, wie es unser preussischer Bergbau noch nie erlebt hat. Seit über 300 brave Bergleute hat der Tod dahingerafft; viele liegen noch schwer verletzt, zahlreiche Familien sind mit einem Schlag in Trauer, Not und Elend versetzt worden. Ich habe geglaubt, das Haus werde seiner innigen Teilnahme an dem entsetzlichen Unglück dadurch den würdigsten und deutlichsten Ausdruck geben, daß es sich sobald als möglich versammelt und in ernster Beratung über diese besagten Ereignisse eintritt. (Bravo!)

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. An erster Stelle steht die Interpellation. Sie lautet:

„Ist die königliche Staatsregierung in der Lage, über die Ursachen des Grubenunglücks auf der Zeche Raddob, Kreis Hamm, in der Nacht vom 11. zum 12. November Mitteilung zu machen? Welche Vorschriften und Einrichtungen gedenkt die königliche Staatsregierung zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle in der Zukunft zu treffen?“

Handelsminister Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. Das Wort zur Begründung der Interpellation erhält

Abg. Frhr. v. Tzschirner (Z.) (die Ausführungen des Redners sind auf der Tribüne sehr schwer verständlich): Die Arbeiter lügen über die große Trockenheit in der Grube und über mangelnde Wasserzufuhr. Ich frage den Herrn Minister weiter: Weshalb ist es nicht möglich, elektrische Lampen in den Gruben zu verwenden, und ist die Nachricht richtig, daß die Bergwerksverwaltung seit Jahren mit der Stadt Hamm über Lieferung des Wassers in Verhandlung steht? Gerade in den Tagen vor der Katastrophe soll kein Wasser in der Grube vorhanden gewesen sein. (Hört, hört!) Die Forderung der Arbeiterkontrollen in den Gruben, die die Bergarbeiter dem Prinzen Eitel-Friedrich selbst vorgetragen haben, ist eine alte Forderung des Zentrums. Offenlich wird dieses neue Unglück dazu beitragen, daß sie endlich erfüllt wird. (Bravo!)

Minister Dr. Delbrück:

Ich habe zunächst dem tiefschmerzlichen Bedauern der Regierung Ausdruck zu geben über dieses große namenlose Unglück, das den preussischen Bergbau betroffen hat. Die Trauer dieser letzten Tage lastet schwer auf mir, als dem Chef der Bergverwaltung, und meinen Mitarbeitern. Ich danke zugleich allen denen, die der Verwaltung ihre Teilnahme ausgesprochen haben und sich durch überreiche Spenden schon jetzt bemüht haben, die entstandene Not zu lindern. (Bravo!)

Den ersten Teil der Anfrage kann ich heute noch nicht erschöpfend beantworten. Trotzdem bin ich der Meinung, daß Sie nicht früh genug in die Lage versetzt werden konnten, sich über den Stand der Dinge, wie er sich augenblicklich darstellt, zu unterrichten. Man hat mir in der Presse vorgeworfen, daß ich vorzeitig der Öffentlichkeit gegenüber zu der Frage des Verschuldens der Zeche und der Bergverwaltung Stellung genommen hätte. Dieser Vorwurf wäre begründet, wenn seine tatsächliche Voraussetzung richtig wäre. Ich habe in dieser ganzen Zeit nur zweimal einem Vertreter des „Berliner Tageblatt“ empfangen und zwar einmal bevor ich nach Hamm fuhr. Damals konnte ich natürlich kein Urteil abgeben, zum zweitenmal, als ich von Hamm zurückkam. Er befragte mich, ob die Betriebsbedingungen völlig verfaßt hätten. Ich habe geantwortet, ich wäre überhaupt nicht imstande, heute ein abschließendes Urteil zu fällen. Nach dem mir bis jetzt vorliegenden Aussagen der Beamten scheint alles in Ordnung zu sein. Eine derartige Erklärung kann ich der Presse nicht vorzuenthalten; denn ich halte an sich das Vertrauen der Presse, rechtzeitig informiert zu sein, für berechtigt. Es ist dann ein Resümee eines Vortrages veröffentlicht worden, den ich dem Prinzen Eitel-Friedrich gehalten habe. Ich habe dieses Resümee nicht gelesen. (Große Heiterkeit links.) Auch in diesem Vortrage habe ich selbstverständlich kein abschließendes Urteil abgegeben. Eine irgendwie deutliche Stellung zu der Frage kann ich auch heute noch nicht einnehmen. Ich kann auch nicht auf alle Fragen des Herrn Vorredners antworten, ohne die Sache noch mehr zu verwirren. Ich habe von vornherein für möglichste Klarheit gesorgt. Ein Beamter ist damit beauftragt worden, alle Mitteilungen in der Presse über angebliche Mängel in dem Betriebe zu sammeln. Diese werden den betreffenden Behörden zur Verantwortung eingeschickt. Bis jetzt laufen stündlich noch Telegramme ein. Was heute vorbehalten ist einer Korrektur durch noch kommende Aussagen als feststehend angesehen werden kann, ist folgendes — Vorher bemerke ich, daß die Schließung des Schachtes erfolgt ist, bevor mein Kommissar an Ort und Stelle angelangt war!

Der Minister verliest nunmehr ein längeres Schriftstück, in dem zunächst die bekannten Tatsachen über das Unglück und die Rettungsversuche wiedergegeben werden. Ein Vordringen der Rettungsmannschaften nach der zweiten und dritten Sohle erwies sich als unmöglich. Die zur Verriegelung dienende Wasserleitung war leider infolge der Explosion zerstört worden. Es mußte daher Wasser, das in Eimern herbeigeschleppt wurde, zum Löschen verwendet werden. Da man fürchtete, daß bei Offenhalten des Schachtes der Brand die ganze Grube ergreifen und alle Verunglückten einschließen würde, wurde der Schacht geschlossen. Eine Erklärung über den Ursprung des Unglücks ist bisher nicht möglich gewesen. Es ist kein sicherer Anhalt dafür vorhanden, daß sich Kohlenstaub durch einen Schuß oder auf andere Weise entzündet hat. Vom 8. bis 11. November sind an keinem Punkte Schlagwetter zu bemerken gewesen. Nach am Dienstag hat der Revierbeamte einen Teil der Grube besichtigt, hat keine Schlagwetter bemerkt und auch „an der Verriegelung nichts zu monieren!“

gehört! In der Presse ist behauptet worden, daß die Verriegelung wegen Wassermangels ungenügend sei. Der Bergmann Karl Meyer, der dem „Lokal-Anzeiger“ darüber Mitteilungen gemacht haben sollte, ist vernommen und hat ausgesagt, daß er keinem Berichterstatter derartige Angaben gemacht habe. (Hört, hört!) Nach einem mir zugegangenen Telegramm heißt der Gewöhmann des „Lokal-Anzeiger“ Karl Gard, er ist sofort vernommen worden und hat seine Angaben im wesentlichen

aufrecht erhalten!

Ich will mich auf diese Darlegungen beschränken. Auf die Fragen des Herrn Vorredners kann ich, wie gesagt, nicht eingehen, und auf ein Urteil möchte ich mich nicht einlassen. Dieses wird erst gefällt werden können, wenn alle Zeugen vernommen sind, wenn es möglich gewesen ist, die Grube zu besichtigen und verschiedene Sachverständige zu hören. Die Aussagen, die der Staatsanwaltschaft gemacht werden, sollen dem Hause und der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Wenn Richtiges sich herausstellen, sollen sie mit fester Faust angefaßt werden. — (Bravo!)

Die Frage, ob von Seiten der Rettungsmannschaften getan ist, was getan werden konnte, möchte ich bejahen. Die Rettungsmannschaften haben unerschrocken und mit Todesverachtung gekämpft bis zum äußersten. Daß dieser Kampf von so geringem Erfolge begleitet gewesen ist, darf unsere Anerkennung nicht mindern. (Bravo!) Die Zurückziehung der Mannschaften und das Unterwasserlegen der Grube hatte ich nach eingehender Prüfung des mir vorliegenden Materials ebenfalls für gerechtfertigt. Aller menschlichen Verrechnung nach war damals kein Lebender mehr in der Grube. Die Schließung des Schachtes ermöglichte eine Erstüfung des Feuers und für die

Zukunft gewisse Feststellungen über die Ursache des Unglücks, über den Gang, den die Explosion genommen hat usw. Trotzdem bedauere ich, daß man mit dieser Maßnahme nicht gewartet hat, bis meine Kommission zur Stelle war. Das würde zu meiner und zur Verurteilung der Öffentlichkeit beigetragen haben. Der eigentliche Träger solcher großen Explosion ist, wie durch die bisherigen Beobachtungen bei früheren Unglücksfällen festgestellt ist, der Kohlenstaub. Es sind umfassende Maßnahmen getroffen, um die Arbeiter vor den Schlagwettern zu schützen. Ich erinnere an das Verbot des offenen Lichts in den Gruben usw. Um die Gefahren des Schießens zu verringern, hat man sogenannte Sicherheitsstoffe hergestellt. Kohlenstaubexplosionen können vor allem durch dauernde Verriegelung vermieden werden, für deren Durchführung bestimmte Anordnungen getroffen sind. Ob alle diese Maßnahmen auf der Zeche Raddob getroffen waren, darüber enthalte ich mich vorläufig eines Urteils. Sollte es der Fall gewesen sein, so würde die Notwendigkeit noch weitergehender Sicherheitsvorschriften für besondere Verhältnisse erwogen werden müssen. Daß die Verriegelung alles tun wird, um derartige Vorkommnisse nach Möglichkeit zu vermeiden, werden Sie mir ohne weiteres glauben. Auf eine strenge Durchführung der bergpolizeilichen Befugnisse wird ein starker Druck ausgeübt. Es gibt jedoch, bei denen die Durchführung der Sicherheitsvorschriften geradezu zum Sport geworden ist! — Sie erfolgt ohne jede Rücksicht auf die Kosten, weil Bergwerksbesitzer wie Vergleute daran das gleiche Interesse haben. Wenn trotzdem immer wieder Klagen über mangelhafte Durchführung der bergpolizeilichen Vorschriften laut werden, so liegt das offenbar an der Schwierigkeit der Kontrolle, die mit der großen Ausdehnung der Gruben zusammenhängt und auch durch die Anstellung von Polizeibeamten aus dem Arbeiterstande nicht beseitigt werden würde. In anderen Ländern, wo eine solche Anstellung von Arbeiterkontrollen erfolgt ist, sind ähnliche Unglücksfälle auch nicht ausgebrochen. Gelöst kann die Frage nur dadurch werden, daß das Verantwortlichkeitsgefühl der in der Grube tätigen Beamten, Werkleiter und Arbeiter gestärkt wird. Es genügt nicht, daß, wie bisher, ein Betriebsführer für alles verantwortlich gemacht wird. Dieser trägt auch die Verantwortung für alle Anordnungen der höheren Beamten, der Inspektoren, Direktoren und Generaldirektoren. Alle diese Beamten und auch alle Beamten in den Gruben selbst, die irgend etwas zu befehlen haben, müssen auf gesetzmäßige Wege verantwortlich gemacht werden können für die Konsequenzen ihrer Befehle. (Sehr richtig!) Gemäß ist das Gros der Beamten von hohem Verantwortlichkeitsgefühl erfüllt, aber es gibt auch Ausnahmen, und diese müssen auf gesetzlichem Wege bekämpft werden. Ich habe die Absicht, in Kürze gesetzliche Maßnahmen in dieser Richtung vorzuschlagen. Ueber die Forderung von Arbeiterkontrollen habe ich mich schon geäußert. Ich halte es für ausgeschlossen, Arbeitern, die nicht Beamte sind, polizeiliche Rechte einzuräumen. Dagegen halte ich eine Wirtung der Arbeiter bei der Kontrolle der Betriebsführer, wie sie in den holländischen Saargruben eingeführt ist, für sehr erwünscht. Diese Einrichtung besteht darin, daß für bestimmte, festbegrenzte Teile des Betriebes, die der Arbeiter genau kennt, Vertrauensmänner aus den Arbeitern bestellt werden, die von Zeit zu Zeit in Begleitung des Grubenbeamten die Grube besichtigen und die Arbeiter über etwaige Mängel in der Betriebssicherheit befragen, die, wenn sie nicht sofort abgestellt werden, in der nächsten Sitzung des Arbeiterausschusses duragesprochen werden. Wir müssen unter allen Umständen vermeiden, daß unsere sozialen Einrichtungen politisch ausgenutzt werden können. (Bravo! rechts.) Diese sozialen Einrichtungen sollen dem guten Einvernehmen zwischen Arbeitern und Verwaltung dienen, und dieses Ziel muß denen, die ihm widerstreben, so lange vorgehalten werden, bis wir es erreicht haben. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Auf Antrag des Abg. Herold (Z.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Krause-Waldenburg (fr.): Es ist bedauerlich, daß auch in diesem Falle die Presse auf Grund unkontrollierter Angaben schwere Angriffe gegen die Grubenverwaltung erhoben hat. (Sehr richtig! rechts.) Auch wir erwarten, daß die Untersuchung in voller Öffentlichkeit und ohne Ansehen der Person durchgeführt werden wird. Wir werden alle Maßnahmen billigen, die zur Verhütung solcher Unglücksfälle getroffen werden können, aber wir wenden uns dagegen, daß aus Anlaß dieses Unglücks erneut parteipolitische Forderungen erhoben werden. Dazu rechnen wir die Forderung eines Reichsberggesetzes und der Anstellung von Arbeiterkontrollen! (Bravo! rechts.)

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Das einzig Tröstliche bei dem großen Unglück ist die allgemeine Teilnahme des In- und Auslandes. Auch wir erwarten, daß die Untersuchung auf das strengste durchgeführt wird. — Redner spricht sich des Weiteren für die Anstellung von Arbeiterkontrollen aus. Ein großes Hemmnis dieser Forderung ist die bedauerliche Tatsache, daß der größte Bergarbeiterverband sozialdemokratisch ist. Die Sozialdemokratie erweist sich damit wieder als die Macht, die das Gute will und das Böse schafft. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wären die Bergarbeiterverbände neutral wie in England, so wäre diese Forderung sicher längst durchgeführt worden. Solche Arbeiterkontrollen müssen in direkter und gemeiner Wahl gewählt werden, wie wir das beantragt haben. Ich hoffe, daß dieser Antrag, wenn er zur Verhandlung kommt, eine Mehrheit in diesem Hause finden wird. Ebenso haben wir seit Jahren die Schaffung eines Reichsberggesetzes verlangt. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Reinert (Soz.):

Ich habe zunächst namens der sozialdemokratischen Partei das tiefste Mitleid auszusprechen für die Hinterbliebenen der verunglückten Bergarbeiter. Als das Unglück bekannt geworden, machte sich aller Orten ein Entsetzen bemerkbar darüber, daß ein solches Unglück überhaupt passieren konnte. Als das Unglück in Courrières passierte, erklärte man allgemein, in Deutschland sei ein solches Unglück unmöglich. Daß das möglich geworden ist, ist ein Beweis für die Sorglosigkeit der Bergverwaltung, zu der unvorsichtiger Anlaß gewesen wäre, weil im Laufe der letzten Jahrzehnte sich eine Reihe von Massenunglücken ereignet haben, die

1990 Arbeiter ums Leben gebracht haben!

Ich war in diesen Tagen im Bezirk des Unglücks und da haben mir die Vergleute erklärt, es sei als ein Glück zu betrachten, daß dieses Massenunglück nicht mehr im Saarrevier, sondern diesmal im Ruhrrevier vorgekommen ist. Das sagen sie deshalb, weil im Saarrevier 1907 die Wahrheit nicht an den Tag gekommen sein soll. Sie sind der Meinung, daß die Ruhrbergleute doch etwas mehr Selbstständigkeit besitzen und dazu beitragen werden, daß die Ursachen des Unglücks bekannt und die Mängel völlig wahrheitsgemäß dargestellt werden. Nicht das Unglück allein hat die Arbeiter so beunruhigt, sondern die fortgesetzte Nichtbeachtung ihrer Wünsche, die sie jahraus jahrein an den Landtag haben kommen lassen.

Die Unfälle im Bergbau

sind so häufig, daß es durchaus nicht erst solch großen Unglücks bedürfte, um Maßnahmen zu ihrer Verhütung zu veranlassen. Bei der Anknüpfungsbereitschaft waren angemeldet 1901: 68 818 Unfälle, davon 1289 tödlich; 1902: 67 686, davon 1060 tödlich; 1903: 74 481, davon 1150 tödlich; 1904: 80 294, davon 1178 tödlich; 1905: 81 871, davon 1235 tödlich; 1906: 87 892, davon 1311 tödlich und 1907: 92 427 Unfälle, davon 1743 tödlich. Diese großen Zahlen tödlich verunglückter Vergleute müßten schon allein Veranlassung geben, das Augenmerk auf die gefährbringende Tätigkeit der Vergleute hinzulenken.

Die Erkrankungs-Ziffer

bei den Bergleuten beträgt: 65 Proz.! An diese große Unfall- und Krankheitsziffer haben sich offenbar die Bergwerksbesitzer bereits gewöhnt. Ich erinnere an eine Ausrufung des Generaldirektors der Germania bei Gelegenheit des Vorfalls in Unglück: „Man treibt doch schließlich nicht Bergbau, um die Gefahren des Bergbaues zu bekämpfen, man will doch sozusagen auch Kohlen fördern!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das verstehen die Vergleute so: „Die Bergarbeiter müssen ihr Leben aufs Spiel setzen, sonst ist es nicht möglich, daß die Kapitalisten verdienen. (Lachen rechts.) Das haben mir die Vergleute dort selbst gesagt. (Zuruf rechts: Alle?) Sie kommen ja mit den Vergleuten überhaupt nicht zusammen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Also ich sage: Kohlenförderung ist die Hauptsache; denn die Kohlen bringen Geld, und alle anderen Arbeiten belasten lediglich die Ausgaben des Grubenbetriebes. Schon die

außerordentlich große Kohlenausbeute in Raddob

mußte die Bergbehörde darauf aufmerksam machen, daß vielleicht nicht alles andere in Ordnung war. Es wird behauptet, daß

die Wasserleitung

von vornherein nicht ausgereicht hat, um so viel Wasser herbeizuschaffen, wie zu einer ordentlichen Verriegelung notwendig war. Die Bergbehörde hätte die Verpflichtung gehabt, das zu prüfen. Dazu kommt, daß

die Grube ganz besonders staubreich

war. Am 9. November hat ein Arbeiter gesagt: „Wenn noch einmal kein Wasser da ist, dann arbeite ich nicht mehr.“ Ein anderer Arbeiter erklärte: „Wir hatten soviel Staub, daß beim Weiter-schaufeln der Kohle niemand mehr etwas sehen konnte.“ Wenn einmal eine Latte herunterfiel, war es nicht möglich, den Drahtkorb der Lampen ohne weiteres vom Kohlenstaub zu reinigen. Das beweist, wie groß die Staubentwicklung gewesen ist. Am 9. November hat ein Schichtmeister, als ihm erklärt wurde, es sei kein Wasser da, geantwortet: „Dann schieße ich auch nicht.“ Ein anderer Bergarbeiter hat

am 11. November darauf hingewiesen, daß sich Wetter

angemeldet hätten!

Er hatte gerieft, weil Kohlenstaub da war, aber nach kurzer Zeit kam kein Wasser mehr, und frisches Wasser hat es am 11. November dort nicht mehr gegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zugegeben wird, daß das Wasserleitungsrohr über Tage zeitweise eingestoren war. Das beweist eine

große Nachlässigkeit der Verwaltung.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zum mindesten hätte man dann die Arbeiter für die Zeit der Betriebsführung ausfahren lassen müssen. Von einem anderen Arbeiter ist mir gesagt worden, daß an seiner Arbeitsstelle in den letzten Oktoberwochen überhaupt nicht berieft worden ist. (Hört! hört!) Er hat es dem Steiger gemeldet, der erklärte aber: „Ja, ich habe auch kein Wasser.“ Einzelne Arbeiter hatten die Möglichkeit, den Wasserarm mit Maschinenschlüsseln auszumachen und hochzusetzen, daß dann kein Wasser kam! Ein solcher Arbeiter ist dann nach einem anderen Stütz verlegt worden und hat festgestellt, daß es auch dort tagelang kein Wasser gab.

Das war zwei Tage vor dem Unglück!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein eigenartiges Zusammenreffen ist es, daß,

wenn die Kontrolle kam, immer Wasser da

war! Einmal wurde den Arbeitern bei der Einfahrt zur Morgen-schicht gesagt:

„Heute kommt Besuch, also rieftet fleißig!“

Um 8 Uhr war aber noch kein Wasser da, und als endlich das Wasser lief, kam eine Viertelstunde später auch der Beamte. Die Arbeiter sind der Meinung, daß das Wasser nur dort lief, wo der Beamte fuhr; denn wenn der Beamte weg war, war auch das Wasser weg. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ganz unzulässig ist das System, daß die ganze Verantwortung, wenigstens für das Gerüst, nur auf den Betriebsführer ruht. Die Direktion muß auch verantwortlich gemacht werden.

Die Verwaltung der Zeche behauptet, es seien 10 gesonderte Wetter-abteilungen vorhanden gewesen und in jeder hätten nicht über 50 Mann gearbeitet. Danach wäre die Höchstzahl 600 gewesen. Es ist aber unüber-sprochen durch die Zeitungen gegangen, daß in der Morgenschicht etwa 1000 Arbeiter eingesetzt sind. Sehr merkwürdig ist, daß sich da gegen die Verwaltung gar nicht gestäubt hat. Daß der Luftstrom ausreichend war, befreit niemand, aber es wird bemängelt, daß er nicht überall hingekommen ist; seine richtige Verteilung ist die Hauptsache. Wenn die Steiger das Vorkommen von Wetter an ihre Vorgesetzten meldeten, wurden diese Meldungen vielfach nicht beachtet. (Zuruf rechts: Beweise!) Verlangen Sie doch nicht von mir, daß ich Ihnen die Namen der Vergleute nenne. (Lachen rechts.) Ich habe in meinem Konzept alle Namen verzeichnet, aber auf meinem Platte liegt eine schwarze Liste, die enthält 5300 Namen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und ich werde nicht dazu beitragen, daß auch diese Arbeiter, die mir die Mitterteilungen gemacht haben, auf die schwarze Liste kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Einmütig sind die Arbeiter darin, daß

die Kontrolle in den Bergwerksbetrieben nicht ausreichend

ist. In einer Broschüre des Steigerverbandes heißt es z. B.: „An ganz schlimme Stellen wird überhaupt nicht hingegangen.“ Wetter-kontrollen sollen auf der Zeche Raddob überhaupt nicht vorhanden gewesen sein. Von einem Berginspektor Holländer ist erklärt worden, daß er die Verantwortung für die Verriegelung im Betriebe nicht mehr übernehmen könne, und zwar kurz vor der Katastrophe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die „Bergarbeiter-Zeitung“, welche dies berichtet, fügt hinzu, daß, wenn die Rettungsmann-schaften sofort reichlich Wasser zur Verfügung gehabt hätten, höchstwahrscheinlich der unterirdische Brand bald gelöscht gewesen sein würde. Auf die Aussage des Berginspektors Holländer hat die Bergbehörde, nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, erklärt, es sei unwar, daß der Berginspektor irgend welche Mitteilungen von Arbeitern in der angegebenen Form erhalten habe, die Angaben seien völlig aus der Luft gegriffen. Es ist aber gar nicht behauptet worden, was die Bergbehörde berichtet. Als ich diese Be-richtigung las, habe ich mit den Beamten noch einmal ge-sprochen und ihnen erklärt: „Wenn ich eine derartige Mit-teilung im preussischen Landtag vorbringe, so muß sie unter allen Umständen wahr sein. Da wurde mir geantwortet: „Sagen Sie das ruhig, die Tatsache steht fest.“

das läßt sich eiblich beweisen.“

(Hört! hört! links.) Wenn das eiblich bewiesen werden kann, so trifft die Bergbehörde ein gewaltiges Maß von Schuld. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dann steht diese Behörde nicht mehr als objektive Behörde da, sondern als Hauptangeklagte. Und diese selbe Bergbehörde hat jetzt die Untersuchung bei dem Unglück zu leiten, sie muß selbst untersuchen, ob sie schuldig oder unschuldig ist! Ein jeder Richter würde sich, falls er in eigener Sache zu untersuchen hätte, für befangen erklären, die Bergbehörde tut es nicht. Es ist auch eine Vernachlässigung der Pflichten der Berg-behörde gewesen, daß sie die Mitteilung der Mitter von der angeblichen Erklärung des Herrn Ministers, die er heute in Abrede stellte, vom 14. bis 20. November unberichtigt gelassen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Arbeiter sind bis zum 16. No-venber von den Kommissaren des Ministers überhaupt nicht ver-nommen worden. Erst als man hörte, daß der Bergarbeiterverband eine Untersuchung anstelle, hat man am 17. schnell auch Arbeiter vernommen. Der Herr Minister kann Erklärungen abgeben so viel er will, zu ihm haben die Arbeiter kein Vertrauen mehr. (Lachen)

rechts.) Die Bergbehörde ist arbeiterfeindlich. Nach der heutigen Erklärung des Ministers über die Arbeiterkontrollen wird auch der Rest des Vertrauens schwinden, den die Bergarbeiter haben könnten, die mit Herrn Eichhoff noch auf den Minister gebaut haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Bergarbeiterverband ist die einzige Stelle, zu welcher die Arbeiter Vertrauen haben, und mit ihm lehnen die Behörden prinzipiell jeden Verkehr ab. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Kontrolle durch die Einfahrer, von der der Minister sprach, ist ganz ungenügend. Sie verstehen es sehr gut, die Interessen der Bergwerksbesitzer wahrzunehmen, das Vertrauen der Arbeiter haben sie nicht gewonnen.

Seit Jahren wird mit Leben und Gesundheit der Bergarbeiter Schindluder getrieben. Auf der Zeche Radbod passierte schon am 29. Oktober ein Unglück, bei dem vier Personen verletzt wurden. Ich war erstaunt, daß der Herr Minister nur diesen Fall erwähnte; denn auch am 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, wurde den Arbeitern der Befehl zur Kaszahrt gegeben. Man sagte, es sei eigentlich nichts passiert, es sei nur ein Schuß ausgefallen. Heute sind die Arbeiter der Meinung, daß man damals schon eine Wetterexplosion befürchtete. Auch hierüber hätte längere Aufklärung geschaffen werden müssen. Vor allem wird zu untersuchen sein, warum denn die ganze Grube auf einmal durch die Explosion betroffen worden ist. Die Arbeiter sind überzeugt, daß das unmöglich gewesen wäre, wenn alle Vorschriften beachtet worden wären.

### Die Tatsache, daß kein Wasser vorhanden war, wird zugegeben.

Am Tage des Unglücks nachmittags gegen 4 Uhr kam der Generaldirektor mit dem Betriebsführer herunter und sagte zu den Arbeitern: „Es muß doch jeder vernünftige Mensch sehen, daß hier nichts mehr zu machen“

ist! Wir müssen eindämmen, sonst ist die ganze Zeche verloren.“ Die Arbeiter sind der Überzeugung, sie seien hinausgeschickt worden, weil kein Wasser mehr da war, nicht deshalb, weil nichts mehr zu retten war.

Ich teile das Bedauern des Herrn Ministers, daß der Schacht so schnell geschlossen wurde. Aus der Ausrückung des Generaldirektors spricht die bange Sorge um das Kapital. Die Sorge, daß dort unten noch lebende Arbeiter gewesen sind, als der Schacht zugemauert wurde, können Sie den Arbeitern nicht nehmen. Diese Sorge hat auch der Herr Minister, wenn ich ihn recht verstanden habe. Mein Freund Sachse hat heute ein Telegramm bekommen, wonach am Abend des Unglückstages zwei Mann von der zweiten Sohle nach der ersten geklettert und gerettet seien. Wenn diese Angabe auf Wahrheit beruht, dann steht fest, daß Bergleute lebendig eingemauert sind! (Lebhaftes Hört! hört! links.) Alle diese Sachen hätten innerhalb weniger Tage nach dem Unglück festgestellt werden müssen. Eine Untersuchungsstelle der Bergverwaltung ist es, daß nicht sofort nach dem Unglück sämtliche Betriebe in ganz Preußen ausgiebig revidiert worden sind. Als bei einem Eisenbahnunglück, bei dem nicht nur Arbeiter verunglückten, ein Tunnel einbrach, wurde sofort mitgeteilt, daß sämtliche Tunnel untersucht worden seien.

Ich habe schon betont, daß, wenn kontrolliert werden soll, die Beamten vorher angemeldet werden, und dann werden ihnen nachher potentielle Dörfer gezeigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man rechnet auch mit solchen Unfällen. Auf einer Zeche hat der Betriebsführer zu den Arbeitern ganz offen gesagt: „Ihr braucht nicht so hohen Lohn, weil Ihr ja nicht mit Unglücksfällen zu rechnen habt.“ Rüge die Regierung doch ihre Kommissare in die Bergarbeiterversammlungen schicken und kontrollieren lassen, was dort vorgebracht wird! In den Gruben herrscht oft eine Betriebsweise, die geradezu anarchoisch ist und auf Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht die geringste Rücksicht nimmt. Auf der Zeche Radbod ist jeder Arbeiter, der sich gemeldet hat, angenommen worden, ganz gleich, ob er etwas vom Bergwerk versteht oder nicht. Der harte Befehl ist ja sogar in den Betrieben hervorgehoben worden. Diese Grube ist

ein Goldgrube für die Kapitalisten geworden, sie ist eine Todesgrube für die Arbeiter geworden.

Wie die Bergwerksbesitzer Arbeiter bekommen, zeigt ein Aufruf an die Maschinen. In diesem Aufruf ist gesagt, die Maschinen möchten doch mitkommen in das Ruhrrevier, sie erhielten außerordentlich viel Geld, so daß sie noch Geld auf die Sparkasse bringen könnten. Diese Zeche sei diejenige, welche die höchsten Löhne zahle, Feierschichten kämen nicht vor, wohl aber Ueberfrachten. — Mit solchen Versprechungen zieht man die Arbeiter nach den Revieren.

Das Arbeiterssekretariat in Essen hat die Bergbehörde einmal darauf aufmerksam gemacht, daß eine Stelle in einem Schacht lebensgefährlich sei. Die Bergbehörde hat darauf den Betrieb an dieser Stelle still legen lassen. Wie wäre es nun gewesen, wenn dort nicht organisierte, sondern unorganisierte Arbeiter beschäftigt wären? Die ungeübten, ungeschulten Arbeiter, die in den Gruben beschäftigt werden, bilden die größte Gefahr. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Radbod ist zwar nicht in den schwarzen Listen verzeichnet, das ist wohl aber nur daher gekommen, weil dort überhaupt keine Arbeiter zu entbehren waren. Jetzt kommt der Aufsichtsrat und spendet 60.000 Mk. Es wäre wohl richtiger gewesen, man hätte vorher dafür gefordert, daß Geld ausgegeben würde, um die Betriebsgefahren zu mindern. Die Zeche Radbod gehört zur Aetizer Bergwerks-Gesellschaft, zur Internationalen Bohrergesellschaft, die wiederum mit dem Schwauffhausenschen Bankverein in Verbindung steht. In den Bankkontoren wird heute festgesetzt, wie viel ausgegeben werden muß, nicht auf der Zeche selbst, das ist das Unglück. Alle diese Unternehmungen stehen in enger Beziehung zur Bergbehörde. Die Herren von der Behörde beiraten hinein und spekulieren darauf, später mit sabelhaft hohem Gehalt als Direktoren in den großen Bergwerks-Gesellschaften angestellt zu werden. Wenn man die Verantwortlichkeit wirklich derartig durchführt, daß die wirklich Schuldigen vor Gericht gestellt werden, dann werden wir vielleicht einmal vor dem Gericht heute finden, die man sonst dort nicht sieht. Man muß diese Männer hier nennen, um ihnen öffentlich zuzurufen, daß sie sich nicht nur um die Dividende, sondern auch um das Leben der Arbeiter zu kümmern haben. Redner verliest die Namen der Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder der Internationalen Bohrergesellschaft und des Schwauffhausenschen Bankvereins. Als er den Namen Guillaume nennt und bemerkt, daß dieser ja Beziehungen zum Kaiser habe, unterbricht ihn Präsident v. Kröcher mit dem Bemerkung, daß er den Kaiser aus der Debatte lassen möge. Der Redner fährt darauf fort:

Die kolossalen Dividenden der Internationalen Bohrergesellschaft sind ein öffentliches Vergehen geworden. Heute kann man sagen: An diesen haben Dividenden steht das Blut der Arbeiter. Ich habe

diese Herren hier genannt, um ihnen das Gewissen zu schärfen. Was 1906 an Verbesserung des Berggesetzes geschehen ist, genügt nicht. Selbst die christlichen Bergarbeiter haben jetzt gesagt, der Landtag habe den Arbeitern Steine statt Brot gegeben. Der Landtag könnte den Arbeitern auch einmal eine Freude machen mit Hilfe des Ministers, indem er nämlich auf die weitere Berggesetzgebung für Preußen verzichtet und dies dem Reich überläßt. Damit würde der Landtag sich ein dauerndes Denkmal in den Herzen der Bergarbeiter setzen.

Die Arbeiter haben dem Prinzen Eitel-Friedrich gesagt, daß sie beauftragt seien, die Forderung der Bergarbeiter dahin zu präzisieren:

### Reichsgesetzliche Regelung und Grubenkontrollen!

Der Prinz hat ihnen darauf geantwortet, daß er seinem Vater genau Bericht erstatten werde und daß er hoffe, die Bergarbeiter würden zufriedengestellt werden. Es ist anerkennenswert, daß dieser Einfluß geltend gemacht werden soll. Wenn wir aber sehen, daß selbst der Reichstangler keinen Einfluß auszuüben vermöchte, so ist diese Hoffnung doch eine außerordentlich schwache. Die Forderung nach Grubenkontrollen wird immer wieder erhoben werden und immer wieder erkörnen, bis ihre Gerechtigkeit widerfährt. Die Arbeiter sagen: Wir müssen Männer haben, denen wir sagen können: Sorgt dafür, daß die und die Missetaten abgestellt werden. Ich verstehe gar nicht, wie es möglich ist, daß man den Bergarbeitern diese Forderung abweisen kann. Ich verstehe nicht, wie man zu der Überzeugung kommen konnte, daß noch etwas höher stehe als das Leben der Arbeiter. Wenn die Arbeiter solche Kontrollen fordern, kann man doch nicht sagen, wir brauchen sie nicht. Die Arbeiter werden doch besser wissen, was ihnen gut tut, als diejenigen, die sich sonst nicht um sie kümmern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Katastrophe auf „Karolinengrube“ hat der damalige Handelsminister Pöfel erklärt, daß er Arbeiterkontrollen einführen würde. Einige Zeit später erklärte er aber plötzlich, das sei nicht möglich, weil die Kontrollen doch gemahregelt werden würden.

Wenn gesagt wird, politische Gründe verhinberten die Einführung, weil der Bergarbeiterverband zum größten Teil aus Sozialdemokraten bestehe, dann ist es Tatsache, daß die Grubenkontrollen bewilligen würden, wenn die Arbeiter nicht Sozialdemokraten wären. Wenn das Ihr Wille ist, dann sprechen Sie es öffentlich vor dem ganzen Lande aus, daß Sie nicht den Willen und die Absicht haben, Leben und Gesundheit der sozialdemokratischen Arbeiter zu schädigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterschaft wird sich auf andere Weise die Vertretung ihres Willens verschaffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das furchtbare Unglück hat eine kolossale Erregung hervorgerufen; glauben Sie mir, es wäre die Organisation nicht gewesen, Sie hätten etwas im Ruhrrevier erleben können! Die Organisationen sind es gewesen, die zur Ruhe mahnten. (Anruhe recht! Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Tut die Arbeiterschaft einmal etwas, was dem Unternehmer angenehm ist, wie in diesem Falle, dann meint die Arbeiterschaft aber, dies auf ihre Konto setzen zu können. Geht es bei der Sozialdemokratie und der Bergarbeiterverband nicht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Je wüster man mit der Gesundheit der Arbeiter umgegangen ist, desto höher sind die Dividenden geworden. Beizeiten Sie das persönliche Regiment in den Bergwerken, das unverantwortliche Regiment, das von den Inspektoren, Generaldirektoren und dem Bankhaus ausgeübt wird! Diese Personen müssen für die Ausführung der bergpolizeilichen Bestimmungen verantwortlich gemacht werden. Ich beweise, daß dies in Preußen geschehen kann, schon mit Rücksicht auf den anderen Faktor der Gesetzgebung, den wir hier haben. Selbst das Organ des Steigerverbandes hat darauf hingewiesen, daß die Steiger tun müßten, was die Banken verlangten, wenn sie nicht zum Teufel gejagt werden wollten.

Nach den Mitteilungen, die mir vorliegen, hat der Bergarbeiter, der sich dem „Volk-Anzeiger“ vertritt gegenüber geäußert hat, seine Angaben vor dem Staatsanwalt mit ganz kleinen Abänderungen wiederholt. Richtige Zeugenaussagen kann man aber nicht bekommen, wenn die Zeugen vom Staatsanwalt ebdlich vernommen werden. Als ich einmal von einem Staatsanwalt vernommen wurde, sagte er mir, ebdlich dürfe er mich gar nicht vernennen. Und doch hat der Minister von ebdlichen Vernehmungen gesprochen. Wenn solche Unrichtigkeiten sich schon in das amtliche Protokoll einschleichen, können auch andere Unrichtigkeiten vorkommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sorge man ebdlich für Besserung durch Schaffung eines Reichsberggesetzes. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Kröcher: Nach dem Stenogramm hat der Abgeordnete Leinert der Bergbehörde bewusste Irreführung vorgeworfen. Ich kann das nur als unzulässig bezeichnen.

### Minister Dr. Delbrück:

Der Abgeordnete Leinert hat meine Mitteilung bemängelt über die Feststellungen, die ich bei meiner Anwesenheit auf der Zeche Radbod gemacht habe. Ich habe dazu zu bemerken: Mein Kommissar war am Donnerstag abend auf der Zeche eingetroffen, ich selbst am anderen Nachmittage. Ich hatte unterwegs eine Reihe von Presseäußerungen gelesen und darunter auch die Behauptung, die Kieselanlage sei in Unordnung gewesen. Ich wandte mich deshalb unmittelbar nach der Ankunft auf der Zeche an meinen Kommissar: Was wissen Sie darüber? Er antwortete: Mir ist diese Angabe auch entgegengerufen, und ich hatte mich an die Beamten und Mitglieder des Arbeiterausschusses gewendet, habe aber bisher die Antwort erhalten, es sei alles in Ordnung gewesen. — Herr Leinert meint weiter, die Bergbehörde habe die Untersuchung nicht führen dürfen, weil sie befangen ist. Von der Bergbehörde ist aber nur die Voruntersuchung geführt worden. Auf Grund des § 188 der Strafprozeßordnung ist die Staatsanwaltschaft berechtigt, selbständig die erforderlichen Ermittlungen anzustellen, sobald sie Anzeichen von dem Verdacht einer strafbaren Handlung erhält. Uebrigens hat nicht der Staatsanwalt die ebdliche Vernehmung der Zeugen vorgenommen, sondern er hat den Richter darum ersucht.

Nun eine Bitte an Herrn Leinert. Er hat hier eine ganze Reihe von Aussagen von Bergleuten über die Zustände auf der Zeche und die vermeintliche Ursache des Unglücks vorgebracht. Ich sehe es als selbstverständlich an, daß er bereit sein wird, mir diese Zeugen zu benennen, da ich nur so in der Lage bin, einzugehen. (Lebhaftes sehr richtig! Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn er nicht die Namen bekannt gibt, dann habe nicht ich die Schuld, wenn die Wahrheit nicht an den Tag kommt, (lebhaftes Zustimmung) sondern die, die die Öffentlichkeit durch alle möglichen unwahren Behauptungen beinträchtigen und dann nicht unter dem Eid für ihre Behauptungen einstehen wollen. (Lebhaftes

Weisfall; Jurafe von den Sozialdemokraten: Reif für den Schwarzen Adlerorden! Jurafe des Abgeordneten Leinert: Schwarze Listen!)

Abg. Schulze-Bekum (L.): Wir sind mit der großen Mehrheit dieses Hauses einig in der Überzeugung, daß solche traurigen Katastrophen nicht parteipolitisch angeschuldigt werden dürfen, wie es die Sozialdemokratie tut. (Sehr wahr! rechts.) Auch die Sprüche auf den roten Schilfen der Kränze für die Opfer des Grubenunglücks beweisen, wie die Sozialdemokratie für ihre Parteiziele Kapital aus dem Unglück schlägt. Der Redner verliest einige dieser Sprüche; bei dem einen wird ihm aus den Reihen der Sozialdemokraten zugerufen: „Das ist ein Wibelpruch!“ (Große Heiterkeit.) In den Versammlungen wurden von Sozialdemokraten Behauptungen gehalten, als sich das Grab über die Opfer des Unglücks noch nicht geschlossen hatte. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Doch! Sie waren ja schon eingemauert!) Der Abgeordnete Leinert hat in unverantwortlicher Weise beweislose Beschuldigungen gegen die Bergbehörde erhoben. (Sehr richtig! rechts.) Ein Reichsberggesetz lehnen wir ab. Die in Aussicht gestellte Vorlage über die ebdliche Verantwortlichkeit der Beamten werden wir prüfen. Öffentlich bleibt dem preussischen Bergbau in Zukunft eine solche Katastrophe erspart. (Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Frieberg (nall.): Wir fordern eine gründliche, strenge und gerechte Untersuchung. Doch muß auch den Angehörigen Gelegenheit zur ausgiebigen Selbstverteidigung gegeben werden. Wenn Herr Leinert nicht die Namen seiner Gewährsmänner nennt, so beweist er, daß es ihm weniger auf die Aufklärung der Sache, als auf die Agitation ankommt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Der „Vorwärts“ berichtete, daß bei der Anwesenheit des Prinzen Eitel-Friedrich sich ein Mann mit patriotischen Reden habe in den Vordergrund drängen wollen, von den Arbeitern aber zurückgewiesen wurde. Das sei der bekannte Arbeiterfeind Hilbel gewesen. Dabei ist Herr Hilbel, der im übrigen die Interessen der Arbeiter stets wahrgenommen hat, seit fast einem halben Jahre tot (große Heiterkeit) und der „Vorwärts“ hat ihm selbst, natürlich von seinem Standpunkt aus, einen Nachruf gebracht. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Drud-fehler!) Jedemfalls werden Sie zugeben müssen, daß das eine außerordentliche liederliche Redaktion ist. Wenn Herr Leinert hier eine Reihe von Männern mit Namen genannt hat, die im Aufsichtsrat von Zechen sind, so beweist das nur, daß die Sozialdemokratie seit dem Tode von Karl Marx wissenschaftlich sehr hervorgetreten ist. Marx hat immer betont, daß das Kapital unbedingte notwendig sei und daß die Kapitalisten natürlich ihre Interessen verteidigen. Herr Leinert sollte ein Privatstimulium bei seinem Freunde Eduard Bernstein nehmen. (Sehr gut! rechts.) Daß der Bergarbeiterklub nur bei Erlaß eines Reichsgesetzes genügend gewährleistet sei, müssen wir bestreiten. Das Abgeordnetenhau hat es niemals an sozialpolitischem Empfinden fehlen lassen. (Lebhafte Weisfall bei der Mehrheit. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird die Besprechung vertagt.

Abg. Leinert (Soz.) (persönliche Bemerkung): Ich will dem Herrn Handelsminister die Namen meiner Gewährsmänner nennen, wenn er mir die Zusicherung gibt. . . (Präsident v. Kröcher: Das ist nicht persönlich!) Ich glaube, der Sache zu dienen, wenn ich bemerke, daß ich die Namen nennen will. . .

Präs. v. Kröcher: Der Sache dienen, das ist auch nicht persönlich. (Sehr leise.)

Handelsminister Dr. Delbrück erklärt, er könne die noch auf der Tagesordnung stehende Interpellation über die Arbeitslosigkeit frühestens am Freitag nächster Woche beantworten, da er bisher infolge des Grubenunglücks vollauf in Anspruch genommen gewesen sei.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Besprechung, kleinere Vorläufe.) Schluß 4 1/2 Uhr.

## Aus der Frauenbewegung.

### Eine Frauenwahlrechtsdeputation beim dänischen Ministerpräsidenten.

Der dänische Landesverband für Frauenwahlrecht, der jetzt gegen 10.000 Mitglieder zählt, sandte am Freitag eine Deputation zum Ministerpräsidenten Keergaard mit dem Ersuchen, dafür zu sorgen, daß nach in dieser Reichstagsession den Frauen das politische Wahlrecht zuteil werde. Der Antrag wurde unter anderem damit begründet, daß es zur Lösung der Landesverteidigungsfrage notwendig sei, daß sowohl die Frauen wie die Männer als vollberechtigte Staatsbürger ihre Meinung geltend machen könnten. Der Ministerpräsident lehnte es jedoch ab, im gegenwärtigen Zeitpunkt einen Vorschlag über das politische Frauenwahlrecht einzubringen oder zu unterlassen, da keine Möglichkeit zu dessen Durchführung vorhanden sei. Er, Keergaard, sei kein prinzipieller Gegner der Forderung. Die Frauen müßten aber erst das allgemeine kommunale Wahlrecht, das sie ja in der letzten Session erhalten haben, richtig kennen lernen und benutzen, ehe man zum politischen Wahlrecht vorwärtsschreiten könne. Das sei der „historische“ Weg. — Ueberraschend ist die Antwort nicht; Keergaard gehört von altersher zu den gemäßigten Politikern, und die Regierung ist dann am stärksten, wenn es sich um demokratische Fortschritte handelt.

### Sesabende.

Tagel. Montag, den 23. November, 8 1/2 Uhr, bei Galfes, Brumowstraße 23.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 22. November, vormittags 9 Uhr, in der Halle der Gemeinde, Vopelstraße 15-17: Archdiözesane Vorlesung. Vormittags 11 Uhr in der Schule, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Prof. Dr. A. Gebhardt: Zum Totenfest. Herren und Damen als Gäste sind sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (A. D. D. Hamburg). Zentrale Berlin 3. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Kayler, Reichsberger Str. 157. — Zentrale Berlin 4. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Reichenhild, Andreasstr. 26. — Zentrale Berlin 6. Heute abend bei Gittel, Olesm- und Graunstrassen-Ecke. — Zentrale Berlin 9. Heute abend 9 Uhr bei Umbach, Waldenstr. 24. — Zentrale Köpenick. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Zühl, Bergstr. 151. — Zentrale Charlottenburg. Heute abend 9 Uhr im Volkshaus, Köpenicker Str. 3.

### Briefkasten der Expedition.

Varianten in Berlin. Such also. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Delistate bleiben, werden und wegen der Übermittlung von Freizeitschriften sofort ihre Adressen einleiden, da bei veränderter Poststellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

# Selbst die raffinierteste Reklame der Konkurrenz

kann an der Tatsache nicht rütteln, daß Kathrein's Malzkaffee sich seit über 18 Jahren bewährt hat, sich der Gunst aller Bevölkerungsklassen erfreut und von Millionen Menschen getrunken wird. — Wer ihn noch nicht kennt, mache einen Versuch. Ein viertel Paket kostet nur 10 Pfg. und ist in jedem Geschäft erhältlich. Kathrein's Malzkaffee hat aromatischen Kaffeegeschmack, ist völlig unschädlich und kostet nur etwa den vierten Teil soviel wie Bohnenkaffee.

# Gratis!!

Eine hochelegante bunte Weste erhält jeder Herr beim Einkauf eines Paletots oder Anzuges.

Durch große Fachkenntnisse und geringe Unkosten ist es mir möglich, dem verehrlichen Publikum nur gute und reelle Waren zu staunend billigen Preisen zu liefern.

**Geschäftsprinzip:**  
**Stets das Neueste!**  
**Haltbare Stoffe!**  
**Gute Zutaten!**  
**Beste Verarbeitung!**  
**Streng feste Preise!**

Keine Engros-Arbeit, sondern jedes Stück sauber und gut genäht.

**Berliner Straße 11 am Hornmannplatz**  
**J. Lehrer**  
 früher in Firma Leske & Lehrer  
**Berliner Straße 11 am Hornmannplatz**  
 Spezialhaus vornehmer Herren- und Knabenbekleidung  
 fertigt und nach Maß.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1202. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1207.

**Achtung! Achtung!**  
**Schlosser!**  
 Montag, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Musikfestsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m:  
**Allgemeine Schlosserversammlung der Schlosser Berlins u. Umgegend.**

**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag des Kollegen **Adolf Cohen**: Die wirtschaftliche Krise und der Metallarbeiterverband. 2. Aufstellung der Delegierten zur Orts-Krankenkasse der Schlosser. 3. Verschiedenes.  
 Da auch verschiedene Vorlesungen betreffs des Schlossertarifs und die Nachprüfung beim Innungsrichtungsgericht besprochen werden sollen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Vor allem werden diejenigen aufgefordert, die als Delegierte aufgestellt sind, zur Stelle zu sein.  
 Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 20. November, vormittags 10 Uhr, eine Urwahl-Vorstellung stattfindet. Bistets a 60 Pf. sind in unserem Bureau, Charitéstr. 3, und bei den Vertrauensleuten zu haben; auch in der Versammlung werden noch Bistets ausgegeben. Zur Ausführung gelangt: An den Seen Oberitaliens.  
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß folgende Zahlstellen verlegt wurden:  
 Zahlstelle 27 nach Lehmann, Kraußstr. 3.  
 : 71 : Weisner, Reinholdsdorf-Dr. Reibensstr. 102.  
 : 113 : Süßner, Freimwalder Str. 7.  
 : 216 : Freudenberg, Ribeder Str. 11.  
 Die Ortsverwaltung.

**Orts-Krankenkasse Boxhagen-Rummelsburg.**  
 Ein Montag, 30. November d. J., abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Schiffer hierelbst, Hauptstraße 4:  
**General-Versammlung**

**Tages-Ordnung:**  
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des Vorstandes (Neuwahl von einem Arbeitgeber und 3 Arbeitnehmern). 3. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung. 4. Bericht von Krankenkassen-Kongressen Berlin und Braunschweig. 5. Statutenänderung (Änderung der §§ 41 und 51 des Statuts). 6. Verschiedenes. 279/19  
 Einladungskarte legitimiert. Ohne dieselbe kein Zutritt.  
 Der Vorstand: D. John.

**Billig! Beell!**  
 Invalldenstr. 135  
**Robert Bohn**  
 Bessere Herren-Garderoben  
 Kleider-Auswahl.  
 Spottbillig fertig u. nach Maß  
 Koppen! Mosch!

**Reste!**  
 Damenmode, schwarz und farbig, Costumes-Stoffe (neueste Muster, zu jeder Saison), Astrachan, Krimmer, Wolle, Seidenplüsch, Velours zu Nord, Sammet, Seide, Velvet etc. 4157L\*  
**Confektion**  
 Paletots, Jacketts, Costumes und Costumes-Röcke in großer Auswahl  
**C. Pelz, Kottbusser Straße 5.**

**Orts-Krankenkasse der Bureauangestellten zu Berlin.**  
 Am Montag, den 30. d. d. d. abends 8 1/2 Uhr im Saale Seebastianstr. 39, Col, stattfindenden  
**General-Versammlung**  
 werden hiermit die für das Jahr 1908 gewählten Vertreter der Kasse eingeladen.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung der Kasse pro 1908.  
 2. Verwaltungsangelegenheiten.  
 3. Vortrag über die Reform der Arbeiterversicherung.  
 4. Wahlen von Vorstandsmitgliedern pro 1909/10 an Stelle der Herren Buschold, Liebherr (Arbeitgebervertreter) und der Herren Bauer, Ohle, Marx, Waffer (Arbeitnehmervertreter); Ersatzwahl an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Spies (Arbeitgebervertreter) bis 1909. 250/11  
 Berlin, Stralauer Straße 56, den 21. November 1908.  
 Der Vorstand: J. U. Bauer.

**Reste-Woche**  
 Um alle während meines Total-Ausverkaufs in grosser Menge angesammelten Reste und Coupons v. wollenen Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Velours, Mousselines, Wasch- u. f. w. Tüchern, Inletts, Hemden-tüchern, Bettdecken, Gardinen, Läuferstoffen, Spitzen, Besätzen usw. schnell u. radikal zu räumen, werden dieselben in dieser Woche zu **spottbilligen Preisen** ausverkauft.  
**Beginn: Sonnabend, 21. Nov.**

Ein Posten Reste u. Coupons für Blusen ca. 2 1/2 Meter jeder Rest **68 Pf.**  
 Ein Posten Reste u. Abschnitte Hemdentücher, Linons Hemdenberehend, Tücher u. s. w. 3-5 Meter jeder Rest **98 Pf.**  
 Ein Posten Reste und Coupons für Blusen Wolle Stoffe, glat. u. gemustert, 2-2 1/2 Meter, doppeltbreit jeder Rest **128**  
 Ein Posten Reste und Coupons ausreihend zum Kostümrock jeder Rest **168**  
 Ein Posten einzelne Roben u. Roben knappen Masses, 6-7 Meter Robe **190 250 300 350**

**H. Marcus** Reinickendorfer-Strasse 14  
**Katz Gebrüder** Filiale: Große Frankfurter Str. 121.  
**Weihnachtsverkauf in allen Abteilungen**  
 Herbstneuheiten in Spitzen, Besätzen, Große Auswahl in Strümpfen, Handschuhen, Trikotagen, Korsetts.  
 Auf vielseitigen Wunsch verabfolgen wir folgende Sorten Rabattmarken: **Hamonia (20 Pf.-Marken), Sparverein Osten (blaue 10 Pf.-Marken) und Rabatt-Sparverein vereinigter Geschäftsleute des östlichen Berlins.**  
 Gratis-Verteilung von Luftballons, Fahnen und Bilderbüchern.

**Orts-Krankenkasse für das Bierbrauer-Gewerbe zu Berlin.**  
 Montag, den 30. Novbr. 1908, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-ufer 15, Saal 2, linker Seitenfl. III:  
**Ordentliche General-Versammlung der am 16. d. M. gewählten Delegierten.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Eröffnung zum Vorstände (3 Arbeitgeber und 6 Arbeitnehmer, sowie 2 Arbeitgeber- und 4 Arbeitnehmer-Stellvertreter).  
 2. Wahl der Revisionskommission zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1908 (1 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer).  
 3. Verschiedenes. 279/18  
 4. Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einsicht in die Kassenbücher oder Akten notwendig ist, müssen mündlich oder schriftlich, behufs Beantwortung derselben in der Generalversammlung, bis 24. November dem Vorstände mitgeteilt werden.  
 Einladungskarte legitimiert! Um pünktliches Erscheinen bittet Der Vorstand.  
 Otto Ulrich, Vorsitzender.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau  
**Amalie Dost**  
 sage allen meinen herzlichsten Dank.  
 51832 Der trauernde Gatte.  
**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters und Vaters, lagern wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank.  
 Witwe **Anna Schütt** nebst Kindern.  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters  
**Richard Jacob**  
 sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen in der Firma Deel & Glöppenburg meinen innigsten Dank.  
 28218 Witwe **E. Jacob.**  
**Die Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin**  
 bleibt heute der höchsten Feierlichkeit wegen von 12 Uhr ab geschlossen. 280/2

**Um alle während meines Total-Ausverkaufs in grosser Menge angesammelten Reste und Coupons v. wollenen Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Velours, Mousselines, Wasch- u. f. w. Tüchern, Inletts, Hemden-tüchern, Bettdecken, Gardinen, Läuferstoffen, Spitzen, Besätzen usw. schnell u. radikal zu räumen, werden dieselben in dieser Woche zu spottbilligen Preisen ausverkauft.**  
**Beginn: Sonnabend, 21. Nov.**

**Katz Gebrüder** Filiale: Große Frankfurter Str. 121.  
**Weihnachtsverkauf in allen Abteilungen**  
 Herbstneuheiten in Spitzen, Besätzen, Große Auswahl in Strümpfen, Handschuhen, Trikotagen, Korsetts.  
 Auf vielseitigen Wunsch verabfolgen wir folgende Sorten Rabattmarken: **Hamonia (20 Pf.-Marken), Sparverein Osten (blaue 10 Pf.-Marken) und Rabatt-Sparverein vereinigter Geschäftsleute des östlichen Berlins.**  
 Gratis-Verteilung von Luftballons, Fahnen und Bilderbüchern.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau  
**Amalie Dost**  
 sage allen meinen herzlichsten Dank.  
 51832 Der trauernde Gatte.  
**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters und Vaters, lagern wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank.  
 Witwe **Anna Schütt** nebst Kindern.  
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters  
**Richard Jacob**  
 sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen in der Firma Deel & Glöppenburg meinen innigsten Dank.  
 28218 Witwe **E. Jacob.**  
**Die Betriebs-Krankenkasse der Stadtgemeinde Berlin**  
 bleibt heute der höchsten Feierlichkeit wegen von 12 Uhr ab geschlossen. 280/2

**Um alle während meines Total-Ausverkaufs in grosser Menge angesammelten Reste und Coupons v. wollenen Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Velours, Mousselines, Wasch- u. f. w. Tüchern, Inletts, Hemden-tüchern, Bettdecken, Gardinen, Läuferstoffen, Spitzen, Besätzen usw. schnell u. radikal zu räumen, werden dieselben in dieser Woche zu spottbilligen Preisen ausverkauft.**  
**Beginn: Sonnabend, 21. Nov.**

**H. Marcus** Reinickendorfer-Strasse 14  
**Katz Gebrüder** Filiale: Große Frankfurter Str. 121.  
**Weihnachtsverkauf in allen Abteilungen**  
 Herbstneuheiten in Spitzen, Besätzen, Große Auswahl in Strümpfen, Handschuhen, Trikotagen, Korsetts.  
 Auf vielseitigen Wunsch verabfolgen wir folgende Sorten Rabattmarken: **Hamonia (20 Pf.-Marken), Sparverein Osten (blaue 10 Pf.-Marken) und Rabatt-Sparverein vereinigter Geschäftsleute des östlichen Berlins.**  
 Gratis-Verteilung von Luftballons, Fahnen und Bilderbüchern.

**Katz Gebrüder** Filiale: Große Frankfurter Str. 121.  
**Weihnachtsverkauf in allen Abteilungen**  
 Herbstneuheiten in Spitzen, Besätzen, Große Auswahl in Strümpfen, Handschuhen, Trikotagen, Korsetts.  
 Auf vielseitigen Wunsch verabfolgen wir folgende Sorten Rabattmarken: **Hamonia (20 Pf.-Marken), Sparverein Osten (blaue 10 Pf.-Marken) und Rabatt-Sparverein vereinigter Geschäftsleute des östlichen Berlins.**  
 Gratis-Verteilung von Luftballons, Fahnen und Bilderbüchern.

**Herzlichen Glückwunsch zur Vermählung unserem Genossen**  
**Richard Balz** nebst Frau.  
 Die Genossen des Bezirks 181a.  
 Unserem Kollegen  
**Emil Gleier**  
 nebst seiner Gattin  
**Amalie geb. Weiß**  
 zur heutigen goldenen Hochzeitsfeier die  
 herzlichsten Glückwünsche!  
 Die Branche der Parkettbodenleger Berlins.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den**  
**8. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
 Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß der Genosse  
**Fritz Wegner**  
 wohnhaft Köpenicker Straße 115 (Pfort 24) im Alter von 45 Jahren verstorben ist. 1213/16  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Sirchhofs aus statt.  
 Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 16. November unser Kollege, der Buchhändler  
**Fritz Wegner**  
 an Lungenerkrankung verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am 21. d. d. d., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Sirchhofs, Rigdorf, Hermannstraße, aus statt. 57/16  
 Die Verwaltung II.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Max Benz**  
 am 18. d. d. gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Montag, den 23. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gumbold-Sirchhofs in Rigdorf, Hermannstraße aus statt.  
 Regere Beteiligung erwartet.  
 125/2 Die Ortsverwaltung.

**Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Bau- und gewerbliche Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.**  
**Nachruf.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied  
**Karl Alwardt**  
 am 14. November gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 37/7 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, Schwester, Schwägerin, Tante und Tochter  
**Marie Jessat**  
 geb. **Löcher**  
 im Alter von 45 Jahren nach schwerem, langem Leiden sanft entschlafen ist.  
 Die Beerdigung findet am Montag, den 23. d. d., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Sirchhofs, Hermannstraße aus statt.  
 Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen.  
**D. Jessat, Auguste Löcher** und Verwandten.

Zeigen hiermit an, daß unsere Schwägerin  
 51842  
**Lucia Burkert**  
 geb. Broczynska  
 am 18. November verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am 22. November, 12 1/2 Uhr, vom Krankenhaus Rigdorf aus statt.  
 Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen.  
**Dankfagung.**  
 Allen Kollegen und Genossen sowie dem Zentralverband der Bauern Deutschlands, Zweigverein Berlin (Faktion der Bauern) meinen herzlichsten Dank für die Kranzspenden und rege Teilnahme an der Beerdigung meines verstorbenen Vaters  
**August Noreisch.**  
 Witwe **Noreisch** geb. **Berbert**

# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Wir geben unseren Kunden schon jetzt Gelegenheit zum besonders billigen Weihnachts-Einkauf und verabfolgen trotz billigster Preise bei Einkäufen noch die

## Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind nur wenige Artikel ausgeschlossen.

Bei **Drüsen, Skropheln,** englischer Krankheit, Blutarmut, zur Stärkung schwächlicher, in der Entwicklung zurückbleibender Kinder, empfehle eine Kur mit meinem beliebten

**Lahusen's Lebertran „JODELLA“.**

Der beste und wirksamste Lebertran. Leicht zu nehmen und zu vertragen. Preis 2,30 und 4,60 M.

Alleiniger Fabrikant:  
Apotheker Wilh. Lahusen, Bremen.

Man achte auf den Namen „Jodella“. Alle anderen Präparate sind nicht echt. Frisch zu haben in allen Apotheken.

Haupt-Niederlage in Berlin: Antonstraße 25; Zions-Apothek, N., Anklamer Str. 39; Greif-Apothek, NO., Barnimstr. 33; Krugs Apotheke, O., Zorndorfer Straße 56; Bismarck-Apothek, SO., Oppelner Straße 38; Samariter-Apothek, SW., Neuenburger Straße 41.

## MANOLI Cigarettes

Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Bei Vorlage dieses Inserats 5% Rabatt.

## Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung  
Liebreichklassen

### Sprechmaschinen und Musikwerke

Grosse Auswahl in Platten.  
BERLIN NO.  
Julius Fabian, Gr. Frankfurterstr. 37, 11.

### Gehrte Hausfrau!

Haben Sie schon Hamburger Bruchkaffee-Mischung versucht? Marke „Java“ Pfund 60 Pf. — Marke „Mocca“ Pfund 80 Pf.

Hamburger Bruchkaffee-Mischung ist absolut rein schmeckend u. kräftig. Hamburger Bruchkaffee-Mischung ersetzt den teuren Bohnenkaffee. Hamburger Bruchkaffee-Mischung ist halb so teuer wie Bohnenkaffee. Hamburger Bruchkaffee-Mischung kommt tägl. frisch geröstet z. Verkauf. Hamburger Bruchkaffee-Mischung führt n. einem Gebr. z. dauernd. Kundsch. Hamburger Bruchkaffee befriedigt den verwöhntesten Kaffeetrinker. Hamburger Bruchkaffee-Mischung ist allein d. uns. Geschäfte z. beziehen. Hamburger Bruchkaffee-Mischung hat sich in kurzer Zeit seiner vorzüglichen Qualität wegen in ganz Berlin eingeführt.

Gebr. Grossien, Kolonialwaren- u. Kaffee-Großhandlung  
Berlin C., Neue Schönhauser Str. 14, Rosenthaler Str. 51, Frankfurter Allee 188.

### Berichtigung.

In dem Inserat **Quedlinburger Lotterie** (Gustav Haase) muß es heißen:  
**Neue Königstr. 78.**

**Jeder** sich vor Uebervorteilung schützende überlasse sich **Herr** aus besten Maßstoffen ohne gearbeitet. **lese** unser Angebot ist einzig!! Täglich z. Sonntag geöffnet. **Deutsches Versandhaus** Jägerstr. 63. I. Treppa.

**Zentralhaus moderner Herrenkleidung**  
Neue Friedrichstr. 25,  
neben der Zentral-Barkhalle,  
liefert an jedermann elegante **Herren-Garderoben** fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentl. Teilzahlung von 1 M. an. Zuschneiderei u. Werkstatt in Hause. Aus Wunsch Besuch des Reifens mit neuesten Stoffmustern. **Sonntags geöffnet.**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Meritzplatz, 10-2, 6-7, Sonntags 10-12, 3-4

**Dr. Schünemann**  
Spezial-Arzt für 45032\* **Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 203, Ede Schünemannstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

An jedem Stück 2 feste Preise und zwar:  
1 Teilzahlungspreis zum Verkauf auf Kredit u.  
1 Kassapreis zum Verkauf gegen Bar.

## Auf Kredit

empfehlen wir in unerreichter Auswahl und nur in garantiert guten Qualitäten

## Herren- und Damen-Garderobe

Speziell heben wir hervor: Hochmoderne Jackett-Anzüge, Rock-Anzüge in schwarz und farbig, Gehrock-Anzüge, elegante Winter-Paletots, Geh-Pelze etc. Damen-Paletots, Directoire-Kostüme in allen Preislagen. Velvet-Kostüme, Gesellschafts- und Strassenkleider, Balkkleider, Jacketts, Saccos, Golf-Jacken, Kostümröcke, Jupons in vielen modernen Mustern, Tüll-, Spitzen- und Seiden-Blusen etc. etc. Pelz-Jacken, Pelz-Garnituren, Pelz-Krawatten, Pelz-Muffen etc. [1000g]

Anzahlung von **3<sup>00</sup> Mk.** an. Rate von **1<sup>00</sup> Mk.** an

Wir bitten Sie dringend, in Ihrem eigenen Interesse unsere Lager ohne jeden Kaufzwang zu besichtigen, Sie werden überrascht sein.

**M. Glogau, nur Alte Jakobstr. 73**  
Ecke Dresdenerstrasse, 6 Stagen.

**C. Wachsmann & Co., Str. 15** neben der Feuerwache  
Reinickendorfer Charlottenburg,  
Paul Neugebauer Nachf. Wilmersdorferstr. 31.

Man bedenke stets:  
**Die erste Großmacht**  
besteht aus obigen 3 Firmen, ist das grösste Kreditunternehmen in ganz Deutschland und kann infolgedessen auch dem Käufer die grössten Vorteile bieten.

**Paul Drenske Nachfolger Otto Berlett**  
Hutfabrik  
Oranienstraße 172  
empfiehlt sein großes Lager in [39351]\*  
**Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.**  
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse des In- und Auslandes stets am Lager.  
Reparaturen schnell, sauber und billig.

**Weltbekannt sind Rathenower Augengläser.**

Echt Rathenower Brillen	1,00
Pincenez (echt Nickel) M.	1,50
„ Double	5,00
„ Gold	12,00
„ Schildpatt	4,50

**Opern- u. Reise-gläser** von 6 M. an.  
**Barometer** garant. gute Werke, von 6,00 an

**A. Grün, Optiker, Brunnen-Strasse 4**  
am Rosenthaler Tor.  
Grün's Knifer „Korrekt“.

## Weihnachts-Prämien

für die Leser des „Vorwärts“.

**Hackländer's Werke**  
2 Bände illustriert 3,50 R.

**Freiligrath's sämtl. Werke**  
3 Bände elegant geb. 3,— R.

**Gerstäckers Werke**  
2 Bände illustriert 3,50 R.

**Grillparzers sämtl. Werke**  
3 Bände illustriert 3,— R.

**Goethes Werke**  
2 Bände illustriert 3,50 R.

**Reuters sämtl. Werke**  
2 Bände illustriert 3,— R.

**Schillers Werke**  
2 Bände illustriert 3,50 R.

**Ludwig, Zwischen Himmel und Erde.**  
Eleg. geb. statt 12 nur 3,— R.

Expedition des „Vorwärts“  
Lindenstr. 69 (Laden).

## Nathan Wand

129 Staliger Str. 129.  
Die schönsten 40962\*  
**Herren-Winter-Paletots und Anzüge** in neu sowie speziel  
**Monats-Garderobe** von Spezialisten getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziel danach angefügt sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**  
129 Staliger Str. 129.  
Hauptstation Kottbuser Tor.  
Bitte auf Handnummer zu achten.

Das läßt man sich gefallen!

Was Teilzahlung billiger als anderweitig per Kassa liefert nur das Versandhaus Berliner Herren-Wäden, Stralauer Straße 28 I, am Wollenmarkt, an durchaus zahlungsfähige Kunden. Garderobe fertig und nach Maß. Eigene Schneiderei und Werkstätten, daher konkurrenzlos. Verarbeitung haltbarer Stoffe, Garantie für tadellosen Sitz.

Nicht gefellerte Regenmäntel, Paletots (Monatsgarderobe) werden im Rosenhaus, Frankfurter Allee 188, Ede Wädgeln, zu Raumungspreisen nur gegen Kassa verkauft. Besuch mit Mustern jederzeit. — Nachdruck verboten.

Kranz-, Bukett- u. Girlandenbinderei, Palmenarrangements, Vereinskränze werden geschmackvoll und billig ausgeführt. **Hans Schumacher,** Blumengeldhüt, Rosenbogensstr. 75.

# Sonntag, den 22. November von 8 Uhr früh an Flugblattverbreitung

## für die Arbeitnehmerwahlen zum Gewerbegericht von den Bezirkslokalen aus.

### Partei-Angelegenheiten.

#### Zur Agitation für die Gewerbegerichtswahl.

Am Sonntag, den 22. November, von 8 Uhr früh an, findet die

#### Flugblattverbreitung zur Gewerbegerichtswahl der Arbeitnehmer

in Berlin und den bestimmten Vororten statt.

Da ein großer Teil der Arbeiter, welche in den Vororten wohnen, das Wahlrecht in Berlin ausüben, so ist allseitige Teilnahme der Partei- und Gewerkschaftsangehörigen auch in den bestimmten Vororten an der Verbreitung unbedingte Notwendigkeit!

Als Legitimation gilt Mitgliedsbuch der Gewerkschaft oder des Wahlvereins.

**Zur Lokalliste.** Am 22. November (Totensonntag) veranstaltet der „Theater- und Vergnügungsverein Einigkeit“ in Charlottenburg in den dortigen „Germania-Sälen“, Joh. Bodrich, Sprechtrakt ein Vergnügen und ist man lebhaft bemüht, Willetts hierzu in Arbeiterkreisen abzugeben. Wir weisen darauf hin, daß das genannte Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, mithin sind alle dortigen Veranstaltungen zu meiden. Die Lokalkommission.

**Rixdorf. Achtung! — Stadtoberordnetenwahl.** Die Kubertverbreitung für die am Montag, den 23. und Dienstag, den 24. November stattfindende Stadtoberordnetenwahl wird am Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Lokalen aus vorgenommen. Es wird erwartet, daß jeder Genosse sich rechtzeitig zu dieser Arbeit einfindet. Das Zentralwahlbureau befindet sich am Wahltag bei Hoppe, Hermannstr. 40.

**Charlottenburg.** In den Vororten, in denen am Sonntag, den 22. November, das Flugblatt zur Gewerbegerichtswahl verbreitet werden muß, gehört auch Charlottenburg. Die Genossen finden sich morgen früh 8 Uhr in den betreffenden Lokalen ein. Der Vorstand.

**Charlottenburg.** Die Gruppe 6 des Wahlvereins veranstaltet heute abend ein Vergnügen im Volkshaus, Rosenstr. 3. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

**Brix-Baum.** Der Sozialdemokratische Wahlverein veranstaltet heute abend 7 1/2 Uhr bei Koster, Chaussee Straße Nr. 30 einen Lichtbilder-Vortrag: „Die Freiheitskämpfe in Ostpreußen“. Willetts a 30 Pfennig sind bei den Mitgliedern zu haben.

**Treptow-Baumhulweg.** Die Genossen des Ortslokales Baumhulweg werden ersucht, sich am Sonntag früh in den Bezirkslokalen zur Flugblattverbreitung einzufinden. Der Vorstand.

**Lichtenberg.** Auch hier findet am Sonntag, früh 8 Uhr, von den Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung statt.

**Strelau.** Dienstag, den 24. November, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung in den Markgrafensälen. Tagesordnung: „Die innere und äußere Politik Deutschlands“. Montag abend 8 Uhr findet in allen Bezirken zu dieser Versammlung eine Handzettelverteilung statt. Der Vorstand.

**Rummelsburg.** Den Bezirksführern und allen Parteigenossen zur Nachricht, daß morgen, Sonntag, früh 8 Uhr auch in Rummelsburg von allen bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung (Gewerbegerichtswahlen) über den ganzen Ort stattfindet. Der Vorstand.

**Ober-Schöneweide.** Sonntag, den 22. d. M. (Totensonntag), findet im Wilhelmshof eine Theateraufführung: „Das verlorene Paradies“ statt. Der Eintritt kostet 50 Pf. Die Genossen werden ersucht, sich vorher mit Eintrittskarten zu versehen.

Ebenfalls findet auch in unserem Ort Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt. Der Vorstand.

**Friedrichshelde.** Sonntag früh 8 Uhr Handzettelverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Gleichzeitig machen wir nochmals auf den am gleichen Tage, abends 8 Uhr beginnenden Volksunterhaltungsabend aufmerksam. Karten hierfür sind nur von den bekannten Genossen zu haben. Der Vorstand.

**Gelmer.** Dienstag, den 24. November, Volksversammlung. Hierzu findet am Sonntag, den 22. (Totensonntag) Handzettelverbreitung statt. Der Vorstand.

**Weißensee.** Am morgigen Sonntag früh 8 Uhr findet in allen Bezirken von den Wahlabendlokalen aus eine Flugblattverbreitung für die Gewerbegerichtswahlen statt. Der Vorstand.

**Niederschönhausen.** Am Sonntag, den 22. November, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung und Agitation für den „Vorwärts“ von den Bezirkslokalen aus statt. Der Vorstand.

**Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West.** Montag, den 23. November, findet im Lokal von Oscar Deutschmann, Hauptstraße 1, eine Volksversammlung statt. Die Handzettel zu dieser Versammlung werden für alle Bezirke vom Lokal Parth, Viktorstraße 7, aus verteilt. Der Vorstand.

**Pankow.** Am Sonntag, 8 Uhr morgens, Flugblattverbreitung. — Materialausgabe heute abend bei Abendroth. Sämtliche Sammellisten sind umgehend an die Abteilungsführer abzugeben. Die für den nächsten Dienstag fälligen Mitgliederversammlungen finden acht Tage später statt. Der Vorstand.

### Berliner Nachrichten.

„Sparfame Leute“.

Der Reichstanzler Fürst Bülow ist am Donnerstag in seiner Reichstagsrede zur Begründung der von der Regierung geforderten 500 Millionen neuer Steuern auch auf den herrschenden Luxus zu sprechen gekommen und hat an das deutsche Volk einen Appell zur Sparsamkeit gerichtet. Nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß Reich und Kommunen sparsamer wirtschaften müßten, fuhr er fort:

„Die gleiche Mahnung richte ich aber an jeden einzelnen Deutschen. Wir waren zu lange arm, um nicht der Versuchung zu erliegen, es unseren reichen Nachbarn gleich zu tun. Ich spreche es offen aus: Es war bei uns eine Zeit des Luxus, der Ueberschätzung des natürlichen Genusses eingetreten, die jeden mit Sorge erfüllt, denn die intellektuelle Kultur unseres Volkes am Herzen liegt. Es ist das aber der Fehler der Uebergangs-

zeit. Wir müssen alle zurück zu größerer Sparsamkeit (Lachen links). Ich nehme da niemanden aus. Ich weiß ja, es wird schon recht viel gespart. Aber es muß noch viel mehr gespart werden, denn Reichthum ist Macht, er ist von Wichtigkeit für unsere politische Stellung, für die Gruppierung der Völker... Solcher Luxus ist eine des deutschen Volkes unwürdige Sitte oder richtiger Unsitte.“

Was die arbeitende Bevölkerung betrifft, so ist der Appell Bülows an deren Sparsamkeitssinn verfehlt, denn diese hat kaum so viel, um sich satt essen zu können und wie die dieser Tage erfolgte Arbeitslosenzählung bewiesen hat, haben Zehntausende nicht das geringste Einkommen, um sich trocken Brot kaufen zu können. Richtig ist dagegen, daß in den herrschenden Klassen Ueberfluß und Verschwendungssucht herrscht, was aber zum Wesen unserer heutigen Ordnung gehört.

Was man in der sogenannten guten Gesellschaft unter Sparsamkeit versteht, beweist eine Notiz, die dieser Tage in der „Daily News“ über die Roben der deutschen Kronprinzessin zu lesen war. Dort hieß es:

„Die deutsche Kronprinzessin bestellte neulich bei Madame Paquin, der berühmten französischen Firma, einige Modelle und beorderte danach eine große Anzahl, die von diesem Hause in dem Londoner Lokale, Dover Street zur Schau gestellt wurden.“

(Obgleich die Figur der Prinzessin, die sehr groß und schlank ist, für die enganschließende Empire-Mode wie geschaffen ist, sieht man doch aus dem Schnitt der Kleider, daß sie irgendwelchen „libertinischen Moden nicht huldigt“. Anscheinend zieht sie grün vor, denn zwei auffallend schöne Modelle waren in dieser Farbe — eine seidene Nachmittagsrobe mit tiefen Franzen besetzt und eine prächtige Zerobe von Rivoir-Samt, mit einem Dessin von kleinen Goldperlen über einem einfachen Unterleibe von weichem Marquisette.)

Die Ordre schließt einige prächtige Abendroben eguise Tageskostüme und mehrere wunderbare Mäntel ein. Blau in allen Nuancen scheint ebenfalls eine Lieblingsfarbe zu sein, von dem zartesten Blauweiß eines Kleides nebst zugehörigem Mod bis zu den fahlen Tönen einer malerischen Theaterhülle, mit Silberbesatz und Labrador-Perlbesatz.

Die Prinzessin soll von allen Roben entzückt sein. Ein Pelzrock von Jodel, der auf 3000 Pfund Sterling (60 000 M.) taxiert wird und vom modernsten Stile ist, war in dieser interessanten Ausstellung enthalten.“

Welche Summen mögen wohl in diesen Roben stecken, wenn allein ein Pelzrock 60 000 M. kostet? Das nennt man „Sparfameit“. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß auch in Kronprinzlichen Hause an anderen Stellen sparsamer gewirtschaftet wird. Es ist noch nicht allzulange her, daß wegen der Höhe der Kosten eines Frühstücks, die ein Bahnhofsrestaurant in Oesterreich forderte, der Kronprinz sehr ungehalten war und außerdem wolle wir, der Wahrheit die Ehre gebend, gern registrieren, daß der Betrag, den der künftige Thronfolger für die Opfer der letzten Bergwerkskatastrophe gespendet hat, „so groß“ ist, daß ihn niemand erfahren hat.

Einem weiteren Beitrag zu diesem Kapitel liefert eine Notiz, die wir im „Lokalanzeiger“ finden und die lautet:

„Hochinteressante Schaustücke birgt die Ausstellung bei Kessler u. Reimer, welche die Gesellschaft zur Beförderung der Säuglingssterblichkeit zugunsten des guten Zwecks veranstaltet hat. Vor allem fällt da der vielberufene, berühmte Perlenschnür der Frau Gräfin Wartenstein in die Augen, diese herrlichen Perlen, die ihresgleichen nicht leicht in der Welt finden... Alle Damen betrachten es mit höchstem Interesse. Kaum geringere Anteilnahme als dies gewissermaßen historisch gewordene Perlenhandschuh werden die Kurroben und Schleppen finden. Da ist vor allem die „silberne Robe“ der Frau Kronprinzessin, Schleppentod und Cortage, die langen, fließenden, silbernen Linien des wundervollen Erzeugnis ist ein Gedicht!“ meinte eine Dame schwärmerisch. Der wunderschöne Silberbrokat stammt aus Moskau, wo die Weberkunst dieser Spezialität nach altrussischer Manier in höchster Blüte steht. Der Brokat ist ein Geschenk vom Großvater der Frau, dem Großfürsten Michael. Dann bewundern wir die beiden berühmten Epheusschleppen der Frau Fürstin von Dendel-Donnersmarck, die eine ganz mit Venetianerspitzen, die andere mit point à l'aiguille-Spitzen bedeckt.“

Und so geht es fort in der Aufzählung der kostbaren Kostüme der Damen der Gesellschaft. „Sparfame Leute!“

Aus Anlaß des Totensonntags werden, wie bereits bekanntgegeben, im Stadtringbetriebe eine größere Anzahl Sonderzüge in der Zeit von 1—8 Uhr nachmittags abgefahren werden. Auch die übrigen Berliner Verkehrsleistungen treffen umfassende Maßnahmen, um den voraussichtlich sehr starken Andrang zu bewältigen. Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft wird den Verkehr nach den in Frage kommenden Vororten durch Einfahrlinien, und zwar nach Weißensee vom Dönhofsplatz und Alexanderplatz, nach Rixdorf vom Spittelmarkt, Kottbuscher, Behrenstraße, Kottbuscher Tor und Alexanderplatz, nach Mariendorf vom Belle-Alliance-Platz ufm. Rechnung tragen. Auf der Siemens u. Halske-Bahn ist ein Fünfminutenbetrieb vorgesehen, der sich durch Einfügung von Sonderzügen bis zu einem Dreiminutenbetrieb verdichtet. Für die Strecke nach Hohenschönhausen ist ein Fünfminutenverkehr in Aussicht genommen und werden die Züge mit je zwei Anhängern fahren. Außerdem werden Motoromnibusse zwischen den Kirchhöfen und dem Stadthorn verkehren.

Der außerordentlich starke Verkehr nach den Rixdorfer Kirchhöfen gibt auch in diesem Jahre wiederum Veranlassung zu besonderen polizeilichen Maßnahmen und Verkehrsablenkungen. Die Personenzüge nach den Begräbnisplätzen in der Hermannstraße werden durch die Wilmannsstraße und von dort aus durch die Korisgärtenstraße geleitet, während die von den Kirchhöfen in der Richtung nach Berlin fahrenden Wagen durch die Steinweg-, Hietzen- oder Jägerstraße, nach der Falk-, Rainzer und Berliner Straße geführt werden.

Zur Hundertjahrfeier der Städteordnung bleiben heute, Sonnabend, sämtliche städtischen Kassen und Bureau von 12 Uhr mittags ab geschlossen.

Theatervorstellungen für Arbeiter sollen auch in diesem Winter — wie es heißt auf Befehl des Kaisers — in neuen königlichen Opernhäusern stattfinden und zwar zu dem Preise von 50 Pf. Im Vorjahre haben sechs derartige Vorstellungen stattgefunden. Zur Ausführung sind folgende Stücke in Aussicht genommen: „Prinz Friedrich von Homburg“ (Eröffnungsvorstellung), „Jopf und Schwert“, „König von Dänemark“, „Was ihr wollt“, „Die Jäger“, „Maria Stuart“, „Jungfrau von Orleans“, Als

Termine für die einzelnen Vorstellungen sind festgesetzt der 29. November, 6. und 13. Dezember, 8. und 31. Januar, 28. Februar, 14. und 28. März, 4. April. Die Verteilung der Eintrittskarten ist auch diesmal der Zentralstelle für Volkswohlfahrt übertragen worden.

Wenn die Veranstalter der Vorstellungen wirklich die Absicht hätten, den Arbeitern billige Volksvorstellungen zu bieten, so hätten sie die Verpflichtung, sich einfach an die Berliner Gewerkschaftskommission zu wenden als der berufenen Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Indem man sich aber der Zentralstelle für Volkswohlfahrt bedient, muß man zu der Meinung kommen, daß andere Nebenzwecke mit dem Arrangement verfolgt werden.

Schon wieder werden zwei Unfälle auf dem Eise aus der Umgebung Berlins gemeldet. Trotdem durch das eingetretene Tauwetter das bereits vorhandene Eis wieder morsh geworden ist, verfuhr ein 14-jähriger Knabe gestern vormittag mit einem Zweirade über die Eisfläche der Krampe, eine Ausbuchtung des Müggelsees, hinwegzufahren und brach ein. Es gelang, den Knaben, wenn auch bestunungslos, aus den Fluten zu ziehen. Ein zweiter Unglücksfall ereignete sich am Vortag auf dem Westkower See. Dort brach ein 12-jähriger Knabe beim Schlittschuhlaufen ein und ertrank, bevor ihm Hilfe gebracht werden konnte.

**Eröffnung eines Straßenbahnbetriebes Treptow-Charlottenburg.** Einen durchgehenden Straßenbahnbetrieb vom Platz am Spreetunnel bis zum Wilhelmshof in Charlottenburg eröffnet die Große Berliner Straßenbahn am Sonnabend, den 21. November, früh. Es ist ein Anschlagbetrieb der Großen Berliner Straßenbahn mit der Beständigen Berliner Vorortbahn und Berlin-Charlottenburger Straßenbahn. Der Betriebswechsel findet an den Grenzpunkten mit Wagenübergang in den Betrieb der anschließenden Verwaltung ohne Umsteigen der Fahrgäste statt. Der neue Durchgangsbetrieb kommt dadurch zustande, daß die bisherigen Linien 89 Treptow-Wilmersdorf und 90 Schleißisches Tor-Wilmersdorf zu einer einzigen Linie unter der Nummer 90 vereinigt werden. Die vereinigte Linie wird von ihrem jetzigen Endpunkt in der Pariser Straße verlängert. Sie geht über die Umlandstraße bis zum Kurfürstendamm, durch die Grolmanstraße, ferner im Schleifenbetrieb über die Widmar-, Wilmersdorfer, Scharrenstraße, Wilhelmshof, Berliner und Leibnizstraße. Die Linie erhält die Bezeichnung Treptow (Platz am Spreetunnel) oder Schleißisches Tor—Charlottenburg (Wilhelmshof). Der Betrieb beginnt morgens Werktag vom Schleißischen Tor 6.25, von Treptow 6.13, von Charlottenburg 6.23. Sonntags beginnt der Betrieb in Treptow 6.50, am Schleißischen Tor 7.01, in Charlottenburg 7.55. Der Betrieb wird im allgemeinen bis Mitternacht aufrecht erhalten. Die erweiterte Linie 90 wird zwischen dem Schleißischen Tor und der Kaiser-Allee bis zur Ecke der Pariser Straße durch die Wagen der Linie 89 Schleißisches Tor—Zoologischer Garten zu einer Wagenfolge von 7 1/2 Minuten ergänzt. Für 10 Pf. fährt man im Betrieb der drei Gesellschaften von Treptow oder vom Schleißischen Tor bis zum Sabignusplatz und vom Kottbuscher Tor bis zum Wilhelmshof in Charlottenburg. Eine Fahrt auf der ganzen Linie kostet 15 Pf.

**Besuch englischer Arbeiter.** Eine Abordnung von Arbeitern der englischen Wolle- und Kammgarnindustrie trifft, wie der „Konf.“ mitteilt, heute, Sonnabend, aus Yorkshire in Berlin ein. Die Abordnung unternimmt eine Reise durch die Hauptplätze der deutschen Wolle- und Kammgarnindustrie, um die Verhältnisse in bezug auf Löhne, Arbeitszeit, sozialpolitische und hygienische Frage zu studieren.

Der Verein für Kinderwohlfahrt hat am Dienstag, den 17. November, in der Hohmeisterstraße 16a seine 17. Kinderwohlfahrt eröffnet. Während seiner Tätigkeit vom 15. August bis 1. November 1908 hat der Verein 338 658 Portionen Mittagessen an bedürftige Kinder verteilt. Seitens der Schulen sind an bedürftige Schulkinder 177 898 Karten abgegeben worden, gegen welche die Kinder in den Kinderwohlfahrt Mittagessen erhielten.

Am die Schüler der oberen Klassen ist am Jubiläumstage der Städteordnung eine „Festschrift der Stadt Berlin“ verteilt worden, in der Professor Dr. Schwarz die Geschichte und Wirkungen der preussischen Städteordnung schildert. Die Jubiläumsausgabe war als dauerndes Andenken gedacht. Da wäre es aber zweckmäßig gewesen, für eine bessere Ausstattung zu sorgen. Es hätte doch wirklich keine Unannehmlichkeit, wenn für besseres Papier, besseren Druck und anständige Festschrift gesorgt worden wäre.

Das Opfer einer Unvorsichtigkeit ist das 20-jährige Hausmädchen Pauline Horn, das bei dem Kaufmann K. in der Straße Neustädter Al. 23 in Stellung war, geworden. Das junge Mädchen schlief in der Küche und als es sich in der gestrigen Nacht zu Bett legte, ließ es aus Versehen einen der Gasbrenner am Kochherd offen. Es schlief bald ein und sollte nicht wieder erwachen. Morgens wurde es von der Herrschaft leblos auf dem Lager aufgefunden. Man holte sofort von der Unfallstation einen Arzt herbei, der aber nur noch den infolge Gasvergiftung eingetretenen Tod bei der S. feststellen konnte. Die Leiche ist von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht worden.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Kollwagen und einem Straßenbahnwagen, wobei mehrere Personen verletzt wurden, ereignete sich gestern nachmittags gegen 4 Uhr in der Leipziger Straße. Ein hochbeladener Kollwagen, der durch die Korisgärtenstraße fahrend die Leipziger Straße kreuzen wollte, fuhr mit solcher Gewalt gegen den Anhänger eines Straßenbahnwagens, daß die Deichsel durch die Fenster hindurch in das Innere des Wagens drang. Erschrocken sprangen die Fahrgäste, deren sich eine wahre Panik bemächtigte, von ihren Sitzen auf. Einige von ihnen wurden durch umhersplatternde Glasplitter leicht verletzt. Der Kaufmann Gähde, wohnhaft in der Straße 3, wurde von der Deichsel getroffen und am Kopf nicht unerheblich verletzt. Er erhielt auf der nahe Unfallstation 13 die ersten Nothelfen. Der Unfall ist dadurch herbeigeführt worden, daß der Kollwagen, der sich in ziemlich schneller Fahrt befand, infolge der starken Ueberlastung nicht mehr rechtzeitig zum Halten gebracht werden konnte.

Wer trägt die Kosten der behördlichen Nachbesichtigung der Apotheken? Diese Frage ist wiederholt aufgeworfen worden. In der ministeriellen Anweisung vom 18. Februar 1902 ist allerdings bestimmt (§ 23 Abs. 1 und 8 24), daß die Kosten der Nachbesichtigung der Apotheken, die beim Vorfinden großer Unregelmäßigkeiten angeordnet werden können, dem Apothekenvorstand zur Last fallen. Das Oberverwaltungsgericht hat sich aber schon verschiedentlich auf den Standpunkt gestellt, daß jene Vorschriften rechtsunwirksam seien, indem es davon ausging, daß sowohl die Kosten der Apothekenrevisionen als auch die Nachrevisionskosten als Polizeikosten zu betrachten und vom State zu tragen seien. In einer neueren Entscheidung blieb es dabei.







Sind Ausländer in Preußen vogelfrei?

Um diese Frage drehte sich eine Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht.

Dr. med. Schilomirsky, ein Russe, der seit 7 Jahren in Berlin wohnte und hier ärztliche Praxis hatte, wurde am 2. November 1907 ausgewiesen. Er sollte sich lästig gemacht haben. Die ursprünglich auf eine Woche bewiesene Frist wurde auf Beschwerde bis zum 1. Dezember 1907 verlängert. Eine weitere Verlängerung der Frist wurde abgelehnt. Dr. Sch. verließ am Ende November das preussische Staatsgebiet. Seine Ehefrau blieb vorläufig in der Wohnung in der Hieselsstraße zurück. Dort erschien am 10. Dezember der Kriminalschuttmann Schramm im Auftrag des Kriminalkommissars v. Arnim und forderte Frau Sch. zur Verhaftung einer Photographie des Mannes auf. Trotz ihres Protestes bemächtigte der Beamte sich des in einem Kasten des Schreibtisches liegenden Schlüssel, öffnete ein anderes Fach und durchsuchte es. Er fand zwei Photographien und nahm sie mit. Nachdem photographische Abzüge davon genommen waren, erhielt Frau Sch. die Originale zurück. Der Sachwalter Schilomirsky, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, erhob Beschwerde beim Polizeipräsidenten. Dieser erteilte abschlägigen Bescheid. Die vorübergehende Fortnahme der Photographien, führte er aus, sei zur Durchführung des damals noch kassierenden Ausweisungsvorfahrens erforderlich gewesen. Deshalb können die Vorschriften der Strafprozessordnung keine Anwendung. In der weiteren Beschwerde wurde geltend gemacht: die polizeipräsidiale Begründung widerspreche den Tatsachen. Denn schon im November sei ja die Verlängerung der Aufenthaltsfrist über den 1. Dezember hinaus abgelehnt worden und Ende November habe Dr. Sch. schon Preußen verlassen. So sei zur Durchführung des Ausweisungsvorfahrens gar kein Anlaß mehr gewesen. Später sei Dr. Sch. nur ganz vorübergehend hier gewesen, um seine Frau zu holen. Die Bilder seien polizeilich dem Agenten Wolmann vorgelegt worden mit der Frage, ob er in Dr. Sch. den Besteller von Papier erkenne, das bei dem „berühmten“ Polizeifunde in einem Hause der Kanstraße vorgefunden wurde. Ein Strafverfahren aus Anlaß jenes Papierfundes sei nicht eingeleitet. Durch keine gesetzliche Vorschrift sei die Wegnahme der Photographien, ihre Benutzung und ihre Vorlegung vor Wolmann gerechtfertigt. Der Beamte habe willkürlich in den Hausfrieden und in das Eigentumsrecht anderer eingegriffen.

Der Oberpräsident wies aber diese Beschwerde mit der Begründung ab, die Fortnahme der Photographien und ihre Verwendung hätten dem staatspolizeilichen Amte gebührt. Weiteres Material zur Begründung der Ausweisung des Dr. Sch. zu beschaffen und die dauernde Durchführung der Ausweisungsmassnahmen zu sichern. Auch außerhalb der Strafprozessualen Vorschriften liegende Massnahmen seien hierbei zulässig. Die dem Abgebildeten oder sonstigen Personen zustehenden Rechte an Photographien ständen den Massnahmen der Behörden zur Durchführung der öffentlichen Sicherheit nicht entgegen.

Gegen diesen Bescheid legte der Anwalt Klage beim Oberverwaltungsgericht an. Es wurde beantragt: 1. das Gericht solle die Anordnung, Photographien wegzunehmen, für rechtswidrig erklären; 2. es solle entscheiden, die nach den Photographien hergestellten Bilder sowie dabei verwendeten Platten seien an die Eheleute Schilomirsky herauszugeben zu Händen des Anwalts; 3. die Anordnung, die Photographien des Klägers dem Agenten Wolmann vorzulegen und die Vorlegung selbst seien für rechtswidrig zu erklären; 4. sei für rechtswidrig zu erklären jede fernere Vorlegung der Photographien und der danach gefertigten Bilder gegenüber Dritten. In der Klage wurden im wesentlichen die Gründe der Beschwerde wiederholt. — Der Oberpräsident beantragte Abweisung der Klage. Die Beschwerde, die bei ihm gegen die Ausweisung selbst erhoben war, sei erst nach dem Vorgang vom 12. Dezember abgewiesen worden. Solange wäre das Ausweisungsvorfahren als kassierend anzusehen. Solange es aber geschwebt habe, hätten Anordnungen getroffen werden können, welche den Nachweis liefern sollten, daß sich Dr. Sch. im Inlande lästig gemacht habe. Die Verfügungen hätten im Rahmen des Ausweisungsvorfahrens gelegen.

In der Verhandlung am Freitag vor dem ersten Senat des Oberverwaltungsgerichts führte der klägerische Anwalt folgendes aus: Festzuhalten sei von vornherein, daß sich die Klage nicht gegen die Ausweisungsvorgänge richte, denn die Ausweisung eines Ausländers sei ja nach der bestimmten Vorschrift des Gesetzes nicht durch Klage anfechtbar. Angefochten würden aber die polizeilichen Verfügungen, die der Klageantrag bezeichne. Solche polizeilichen Verfügungen seien aber auch gegen Ausländer angreifbar, wenn sie sich gegen Ausländer wenden. Indem das Gesetz nur die Klage der Ausländer gegen ihre Ausweisung ausdrücklich ausschliesse, zwingt es zu der Annahme, daß auch Ausländer gegen sonstige, sie bedrückende und schädigende polizeiliche Verfügungen das Weisungswort und das Klagerecht haben sollten. Die Verfügungen seien aber materiell unzulässig. Ueber den Bankstrafenfund sei im deutschen Zeitungswald großer, wie sich gezeigt hat, unbedeutlicher Lärm geschlagen. Wenn auch nur die entfernteste Möglichkeit bestanden hätte, ein Strafverfahren einzuleiten, so wäre es sicherlich geschehen. Es sei aber keins anhängig gemacht worden. Objektive habe also nicht das Merkmal einer strafbaren Handlung vorgelegen. Ohne Verurteilung sei also polizeilich eingegriffen. Die Vorschriften der Strafprozessordnung über Durchsuchungen seien michtaktig. Der Ausländer habe dasselbe Recht auf Beachtung dieser Vorschriften wie der Ausländer. Die gegenteilige Ansicht der Polizeiorgane über völlige Rechtlosigkeit von Ausländern in Ausweisungssachen verleihe die Normen der Staatsverträge und der Gesittung und führe zu unbilligen Zuständen. Denn es wären danach die ohne Begrenzung strafbarer Handlungen hier lebenden Russen rechtlos, Ausländer aber, die strafbare Handlungen hier begehen, genossen der Vorteile der Strafprozessordnung. Mit anderen Worten: Bei Frau Sch. könnten, weil sie eine ausländische Frau ist und ihren Studien lebte, nach jener falschen Auffassung Polizeibeamte jederzeit, auch nachts, eindringen, Photographien ohne Gegenstück wegnehmen usw. usw. Wenn sie aber keine ausländische Frau wäre, sondern eine Dirne, die die entsprechenden Vorschriften übertreten hätte, dann kämen ihre bei Segnungen der Strafprozessordnung zugute. Diese Moralauffassung könne unmöglich die eines Kulturstaates sein. Die Begründungen des Polizeipräsidenten und des Oberpräsidenten seuten sich ferner mit den Tatsachen in Widerspruch. Wahrscheinlich hätten die unteren Beamten sie falsch informiert. Am 1. November sei bei Dr. Sch. Hausdurchsuchung gewesen, am 2. November sei die Ausweisungsvorgänge eingeleitet. Dann sei die Anwesenheitsfrist bis 1. Dezember verlängert worden und am 28. November habe Dr. Sch. Preußen verlassen. Am 26. November aber erst sei das Lager in der Kanstraße gefunden worden. Auf das Papier sei man erst am 8. Dezember aufmerksam geworden, und da erst sei der Gedanke lebendig gemacht, Dr. Sch. damit in Verbindung zu bringen. Aus diesen Daten ergebe sich im Gegensatz zu den Angaben des Polizeipräsidenten und Oberpräsidenten, daß die Wegnahme der Photographien weder bestimmt noch geeignet war, im Ausweisungsvorfahren eine Rolle zu spielen. Ein helles Licht auf die ganze Angelegenheit werfe ein Bericht des Polizeikommissars von Arnim, der zu den Akten in einer Strafsache gegen den Russen Mischel gegeben wurde. Es handelte sich um einen Bericht über den jetzigen Kläger Dr. Sch., der mit jenem Angeklagten als Arzt in Verbindung gekommen war, während die Polizei bezw. der Staatsanwalt aus dem Zusammenkommen der beiden politische Schlüsse zog. In diesem, am 24. November erstatteten Bericht sage v. Arnim u. a. folgendes: Dr. Sch. muß eine in Russland sehr bekannte Person sein. Viele zureisenden Russen haben ihn aufgesucht. Wenn dabei auch solche waren, die

ihn als Arzt benutzten, so hat sich doch ergeben, daß auch verdächtige darunter waren. Da Dr. Sch. verdächtig war, so wurde am 1. November bei ihm eine Hausdurchsuchung zur Vorbereitung der Ausweisung vorgenommen. Es bestätigte sich der Verdacht, daß er an den Umtrieben der russischen Sozialdemokratie sich beteiligte. Ein Strafverfahren ist nicht eingeleitet. Da er sich verdächtig gemacht hatte, wurde er ausgewiesen. So der Bericht. Er ergebe klar, führte der Anwalt aus, daß der Grund der Ausweisung am 2. November der Verdacht gewesen sei, daß sich Dr. Sch. an den Umtrieben der russischen Sozialdemokratie beteiligte. Der Bericht des Herrn v. Arnim widerlege aufs deutlichste, was der Polizeipräsident und Oberpräsident als Grund angegeben hätten. Die Eingriffe der Polizei vom 10. Dezember 1907 (Wegnahme der Photographien usw.) seien demnach rechtswidrig mit den Vorschriften der Strafprozessordnung unvereinbar gewesen.

Nach 3 1/2 stündiger Verhandlung und Beratung veränderte der Senat, die Entscheidung wurde angelehnt mit der Maßgabe, daß sie den Parteien schriftlich zugestellt werde.

Professor Dr. Ruhland kontra Professor Dr. Biermer.

In der gestrigen Verhandlung gab als Sachverständiger Geheimer Rat Prof. Dr. Conrad-Palle ein Bild von dem Verdegang des Privatklägers und den Wandlungen, die er durchgemacht hat. Daß solche erstaunlichen Wandlungen vorliegen, sei ganz ungewisselhaft. Prof. Brentano habe die unvermittelten Gegenstände in der wissenschaftlichen Ueberzeugung des Privatklägers mit voller Klarheit dargestellt und er komme zu denselben Ergebnissen. Es liegen ganz bestimmte verschiedene nationalökonomische Auffassungen des Privatklägers vor, die unvermittelt und gegensätzlich seien und für die man damals ein richtiges Bild über die Motive der Wandlung nicht machen konnte. Er selber sei über diese Wandlung in hohem Maße frappiert gewesen und habe sich gefragt: Wie ist so etwas möglich? Man dürfe nicht außer acht lassen, daß diese Wandlung in verhältnismäßig kurzer Zeit eingetreten war und diese Frage, wie so etwas möglich sei, damals in jedermanns Munde war. Ein Beweis, daß dieser Wechsel nicht aus innerer Ueberzeugung sich vollzogen hat, lasse sich natürlich nicht erbringen, aber ein gewisses Mißtrauen sei berechtigt gewesen. Wandel in den Auffassungen auch in diesen Fragen sei fortwährend vorgekommen bei den wissenschaftlichen Männern und an und für sich könne man ihnen daraus einen Vorwurf nicht machen. Aber bei dem Privatkläger treten die Gegenstände zu unermittelt hervor, beispielsweise in der Währungsfrage. Der Privatkläger habe sich früher zweifellos entschieden gegen die Doppelwährung ausgesprochen, während später das Gegenteil der Fall gewesen. Selbst die Kreise, denen er sich angeschlossen, seien darüber ruhig geworden. Ihm sei es auch nicht gelungen, diese Wandlung hinterher aufzuklären und der Gegenstand sei ihm, dem Gutachter, bis zum heutigen Tage vollständig unverständlich. Ganz ebenso liege die Sache bei der Frage: Reichland oder Schatzland. Auch hier habe der Kläger, der früher als Befürworter der Schatzlande und der Getreidezölle sich ausgesprochen habe, in kurzer Zeit sich zu ganz anderer Auffassung bekannt. So hohe man auf Widerspruch und Gegenstände, die sich nicht erklären lassen. Im „Raterunfer“ sei von irgend welcher Wissenschaftlichkeit in den Ausführungen absolut keine Rede und es sei unbegreiflich, wie jemand, der einen wissenschaftlichen Standpunkt einnehmen will, derartiges schreiben kann. Bedenklich und auffallend sei ferner die Habilitation des Klägers in Jürich, ohne daß er von seinem Dozententum Gebrauch gemacht habe und die Tatsache, daß er sich von Freiburg i. Schw. nach kurzer Zeit heurlauben ließ und nicht wieder zurückkehrte. Dies rechtfertigt den Verdacht, daß die Habilitation nur dazu dienen sollte, ihm ein gewisses wissenschaftliches Relief zu geben. So etwas werde in den Kreisen der Professoren außerordentlich scharf beurteilt. Sie träuben sich gegen nichts mehr, als daß Beruflichkeiten an Universitäten kommen, denen dies nur als Mittel zum Zweck diene. Der Kläger sei mit vollem Recht ein Agitator genannt worden, der sich zur Vertretung einseitiger Interessen seiner Auftraggeber herbeigebe. Der Verdacht sei berechtigt gewesen, daß der Kläger, um sein Ziel zu erreichen und Eindruck auf Ober und Unter zu machen, oft etwas ausgesprochen und geschrieben habe, was er bei ruhiger Ueberlegung nicht aufrecht erhalten könnte. In den wissenschaftlichen Kreisen herrsche dieselbe Auffassung, wie sie aus der Broschüre des Prof. Biermer hervorgehe; letzterer habe darin zweifellos seine feste Ueberzeugung ausgedrückt, es sei nur zu beklagen, daß er in seinen Ausdrücken zu weit gegangen sei. — Es liege eine große Zahl von Bemerkungen des Privatklägers vor, in welchen er die Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft durchaus falsch darstelle, so daß jeder, der die Verhältnisse wissenschaftlich überblicke, sich fragen müsse: wie kann jemand, offenbar gegen seine bessere Ueberzeugung, die Vertreter der Nationalökonomie auf die Anklagebank stellen, um bei seinen Lesern Eindruck zu machen. Wer da sage: ich habe ein Mittelmittel, dem sei zu erwidern: es gebe ein solches bekanntlich überhaupt nicht!

Nach längeren Debatten über dies Gutachten erstattet Geheimer Rat Prof. Dr. Legis-Wöttingen sein Gutachten. Es fällt ihm im großen und ganzen dem Gutachten des Prof. Dr. Conrad an. Prof. Dr. Legis erwähnt, daß der Privatkläger ein Schüler von Schaeffle sei und sucht unter eingehender Würdigung der vom Privatkläger herausgegebenen Schriften, Äußerungen desselben auf Kongressen usw. gleichfalls nachzuweisen, daß Ruhland früher der freiburgerischen Richtung zuneigte und gegen die Getreidezölle sich erklärte, nachher aber darin eine vollständige Wandlung stattgefunden habe, dasselbe sei bei der Währungsfrage der Fall. Daß er dabei gegen seine bessere Ueberzeugung gehandelt hätte, lasse sich nicht nachweisen. Er zeige eine gewisse Konnivenz gegen die Anschauungen seiner agrarischen Freunde, aber folge doch nicht willkürlich dem allgemeinen Strom, sondern mache immer wieder seine Vorbehalte. Andererseits habe aber auch der Angeklagte im guten Glauben und nicht gegen besseres Wissen gehandelt, wenn er dem Privatkläger in bezug auf Schatzland und Bimetallismus einen Gesinnungswandel vortraf, der durch seine Stellung beim Bunde der Landwirte bedingt sei. Der Kläger erscheine in seiner ersten Periode den Schutzzöllen abgeneigt und als Kritiker des Bimetallismus, nach 1894 aber, nachdem er zu dem Bunde der Landwirte in Beziehungen getreten war, stimme er in beiden Richtungen einen wesentlich verschiedenen Ton an. Seine Schriften nahmen jetzt auch einen überwiegend agitatorischen Charakter an, was wohl durch seine Stellung bedingt war, sie zeigten in ihrer Beurteilung des Handels, des Kapitals, des Bankwesens entschieden große Einseitigkeit und Mangel an wissenschaftlicher Objektivität. Auch an dieses Urteil knüpfen sich lange Erörterungen.

Nach Schluß der Beweisaufnahme suchten Rechtsanwälte Dr. Wiener und Ulrich nachzuweisen, daß die Broschüre außer einer Reihe von Verbalinjuren auch eine große Zahl von Behauptungen enthalte, die falsch seien und deren Unrichtigkeit dem Angeklagten auch bekannt sein mußte, so daß dieser nicht nur aus § 185 und 186, sondern auch aus § 187 (Verleumdung) zu bestrafen sei. Der Schutz des § 193 sei ihm nicht zuzubilligen, dagegen sei ihm auch eine an den Kläger zu entrichtende Buße aufzulegen. Ihrer Auffassung traten Rechtsanwalt Gottschall und Geheimer Justizrat Dr. Quisling-Giehn in längeren Ausführungen entgegen.

Nach längerer Beratung fällt das Gericht in später Abendstunde das folgende Urteil: Das Gericht nimmt an, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis im großen und ganzen gelungen ist und ferner, daß er in

Wahrnehmung berechtigter Interessen im Sinne des § 193 des Strafgesetzbuchs gehandelt hat. Aus der Form der gewählten Ausdrücke in der Broschüre geht zwar eine Beleidigung hervor, die mußte aber straflos bleiben, da es sich um eine auf der Stelle erwiderte Beleidigung handelt. Der Angeklagte wird deshalb der Beleidigung zwar für schuldig befunden, aber für straflos erklärt. Die Kosten des Verfahrens tragen die Parteien je zur Hälfte.

Parlamentarisches.

Die Gewerbeordnungs-Novelle.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle fehte nach längerer Pause am Freitag ihre Arbeiten wieder fort. Von den Nationalliberalen und Konservativen wird beantragt, für den Fall einer besonderen Häufung der Arbeit (§ 138a) Ausnahmen über die vorgeschriebene Arbeitszeit für Arbeiterinnen an 80 Tagen im Jahr zuzulassen. Die Kommission hatte, einem sozialdemokratischen Interantrag entsprechend, solche Ausnahmen auf 40 Tage im Jahr beschränkt. Unsere Parteigenossen nahmen ihren Hauptantrag aus der ersten Lesung wieder auf, die Ausnahmen nur an 80 Tagen zu gestatten. Mollenbuhre begründet diesen Antrag damit, daß die Ausnahmen für 30 Tage genügen; braucht der Arbeitgeber an mehr Tagen eine Verlängerung der Arbeitszeit, so mögen mehr Arbeitskräfte eingestellt werden. Stadthagen weist darauf hin, daß nach den Fabrikinspektionsberichten jetzt für solche Ausnahmen über 40 Tage im Jahre im Durchschnitt gar nicht beansprucht werden; durchschnittlich werden noch nicht 20 Tage für solche Ausnahmen in Anspruch genommen. Für die Konfektionsindustrie, die vielfach die ihr jetzt zustehenden 60 Ausnahmetage ausnützt, wird von den Fabrikinspektoren ein Bedürfnis hierfür nicht anerkannt. Für diese treffe aber § 138a nicht zu, da dieser Paragraph ja die von der Konfektionsindustrie in Großstädten ausgenutzte Sonnendarbeit überhaupt nicht gestattet. — Mit großem Nachdruck treten die Regierungsvertreter für die 60 Ausnahmetage ein. Abgeordneter Freyher v. Seyl (natl.) behauptet, daß die Arbeiterinnen daran interessiert sind, Ueberstunden zu machen, und daß es gar nicht genug gesehen wird, wenn zur Bewältigung außerordentlichen Arbeitsandrangs noch andere Arbeitskräfte herangezogen werden.

Bei der Abstimmung werden die Anträge unserer Genossen, aber auch die Verschlechterungsanträge abgelehnt; es bleibt bei dem ursprünglichen Kommissionsbeschlusse, der die Ausnahmetage auf 40 beschränkt.

Der braunschweigische Regierungsvertreter verlangt, daß die auf Antrag unserer Genossen in erster Lesung auch für die Ausnahmen in Konfektionsfabriken, Fischräucherereien beschlossene Ruhezeit von 1 1/2 Stunden für Arbeiterinnen im § 138a Riff 6 aufgehoben wird. Danach kann der Bundesrat für gewisse Gewerbe zur Verhütung des Verderbens von Nahrungsmitteln oder des Abfliegens von Arbeitszeugnissen Nachtarbeit für Arbeiterinnen durch allgemeine Verordnung zulassen, doch muß nach den Kommissionsbeschlüssen eine einstündige Ruhezeit eingehalten werden. Die Regierungsvorlage wollte jede Festsetzung einer Nachtruhe aufheben. Wiederherstellung der Regierungsvorlage wird besonders mit den Verhältnissen in der Konfektionsindustrie begründet, da Gemüse, insbesondere Spargel, und Früchte sehr schnell dem Verderb ausgesetzt sind.

Mollenbuhre hält eine Ruhezeit gerade dann für notwendig, wenn bereits eine übermäßige Arbeitszeit die Arbeiterinnen stark erschöpft hat. Die Erledigung der Frage wird zur nächsten Sitzung zurückgestellt, nachdem regierungstreutig anerkannt war, daß eine Regelung der Ruhezeit bis zu einem gewissen Umfange angezeigt erscheine.

Von unseren Parteigenossen wird der in erster Lesung abgelehnte Antrag wiederholt, nach dem für Ueberstunden, die nach der Gewerbeordnung gestattet sind, Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter ein Lohnzuschlag bezahlt werden muß, der die Hälfte des üblichen Lohnes beträgt. Stadthagen weist darauf hin, daß eine ähnliche Bestimmung in der Seemannsordnung und in ausländischen Gesetzen enthalten ist. Die Bestimmung soll denjenigen Arbeitern, die durch die Gewerkschaft eine Regelung ihrer Lohnverhältnisse nicht herbeiführen können, einen Schutz bieten. Im Tarifvertrag sind ja solche Ansprüche bereits vielfach zur Durchführung gelangt. Vom Abgeordneten Rudgan wird der Antrag befürwortet, auf Wunsch der Zentrumsabgeordneten die weitere Beratung des Antrags zurückgestellt.

Au § 124 beantragt Behrens (Wirtsch. Vgg.), die Vorschriften über Arbeiterausweise auch auf die Gärtnereien auszuweiten. Mollenbuhre ergänzt diesen Antrag dahin, daß auch für das Verleihen, sowie Gast- und Schankgewerbe die gleichen Bestimmungen gelten sollen. Die Anträge werden angenommen.

Von den Zentrumsabgeordneten wird folgende Resolution in Vororschlag gebracht. Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Abänderungen der Gewerbeordnung eine Verordnung zu erlassen, durch welche die in Heilstätten und Genesungsheimen beschäftigten Personen bestimmte Ruhetage und Ruhezeiten erhalten. Abgeordneter Dr. Rudgan (fr. Vp.) wünscht nicht eine Verordnung, sondern ein Gesetz, welches die Frage regelt. Auch Mollenbuhre und Stadthagen halten die Resolution für ungenügend und fordern geschickliche Regelung der Arbeitsverhältnisse aller in Krankenanstalten usw. beschäftigten Personen, gleichviel, ob diese Anstalten gewerblichen oder anderen Charakters seien. Abgeordneter Erzberger ändert die Resolution demgemäß ab. Sie wird darauf angenommen. Die weitere Verhandlung wird auf Dienstag vertagt.

Soziales.

Zinnungs-Wirtschaft.

In einem Privatbeleidigungsprozeß, der kürzlich in Stettin verhandelt wurde, kamen Unregelmäßigkeiten zur Sprache, die ein bezeichnendes Licht auf die in der dortigen Schlosserinnung herrschende Wirtschaft warfen. Der Schlossermeister Moll hatte dem Vorsitzenden Krumbholz und dem Schriftführer Splittgerber in einer Quartalsversammlung den Vorwurf der willkürlichen Unterschlagung gemacht, weshalb ihn diese vor den Rabi schleppten. Moll erbrachte für seine Behauptung den Wahrheitsbeweis. Danach hatte der Obermeister einen ihm gelieferten Kranz einfach auf die Rechnung der Zinnung setzen und sich den Betrag dafür mit 14 Mark auszahlen lassen! Wie der Verteidiger des Angeklagten behauptete, soll er sich dabei auch einer Urkundenfälschung schuldig gemacht haben, indem er auf die seinen Namen tragende Rechnung schrieb: „Für die Schlosserinnung. Von einem Schlossermeister, dessen Sohn ausgeliefert hatte, verlor ich Krumbholz, den Betrag für das Auslernen in Höhe von 9 Mk. z w e i m a l einzufließen. Einen Regenschirm, der ihm bei einer Versammlung abhanden kam, ließ sich Krumbholz mit 11,50 Mk. einfach aus der Kasse bezahlen, obwohl gar kein entsprechender Beschluß gefaßt worden war. Den Schriftführer Splittgerber veranlaßte Krumbholz, sich die Unterschlagung für eine Einnahme, der er gar nicht beigewohnt hatte, im Betrage von 1,00 Mk. auszahlen zu lassen! Dabei erhalten die Vorstandsmitglieder sowieso schon 40 bzw. 80 Mk. jährlicher Remuneration!

Das Gericht kam zu der Feststellung, daß man zwar nur in einem Falle von Unterschlagung sprechen könnte, da sich die anderen eher als Betrag charakterisieren, daß dem Angeklagten aber der volle Wahrheitsbeweis geglättet. Außerdem sei ihm der Schutz des § 193 zugebilligt worden, so daß er freigesprochen werden mußte.

Sonnabend, den 21. bis Montag, den 30. November, Schluß unserer hervorragend billigen Serientage.

**95 Pf. 195 Pf. 295 Pf.**

Sämtliche enorm billigen Verkaufsartikel sind in unseren 10 Schaufenstern und 80 Schaukästen dekoriert. Trotz der billigen Preise auf alle Artikel 5 Proz. Rabatt oder Nordenmarken und 1 Geschenk extra.

**Pelz-Spezial!!!**  
**119 Dresdener Str. 119**  
 Eckhaus Oranienplatz, Berlin S.  
**Eigene Kürschnerel.**  
 Nur prima Felle in allen Arten stets am Lager.

Echt Nerz-Stola von . . . . . **40 M.**  
 zirka 150 cm lang.

Echt Skunks-Stola von . . . . . **25 M.**  
 zirka 200 cm lang.

Echt Tibet-Stola von . . . . . **750 M.**  
 zirka 140 cm lang, schwarz.

**Fell-Vorleger.**  
 Ziegenfelle 3<sup>50</sup> Katzenfelle 2  
 4<sup>50</sup> Rehfelle 4<sup>50</sup>

**Reparaturen** schnell, gut, billig.

**Eile zu Weile,** 119 Dresdener Str. 119  
 Eckhaus Oranienplatz.

**Bil ig und gut**  
 kaufen Sie nur im grössten  
**Spezial-Geschäft für moderne Herren-Bekleidung**  
 fertig und nach Mass  
 gegen Bar und auf Teilzahlung  
 Wochenrate von 1 Mark an

**J. Kurzberg**  
 Rosenhallerstr. 40<sup>1</sup> | A. d. Jannowitzbrücke 1<sup>1</sup>  
 direkt am Marktesch. Markt | direkt am Bahnhof.

**Eine Völkerwanderung**

im Norden Berlins konnte man an diesem Sonntag beobachten. Seit vier Wochen besteht dort Reinickendorfer Straße 48 eine Verkaufsstelle der Firma: Hermann Schlessinger, Moabit. Schon die früheren Sonntage hatten ein größeres Publikum herangebracht. An diesem Sonntag war es besonders stark. Paletots wurden riesig gekauft, Joppen fast geräumt und Hosen konnte man am Nachmittag nur wenige im Regal vorfinden. In Moabit war es ebenso, dort ist man es seit Jahren gewöhnt, aber am Wedding hat die Niederlassung entschieden eine Veränderung des Straßenbildes und Vermehrung des Verkehrs hervorgebracht.

Warum? Weil in beiden Geschäften gute Waren zu billigen u. festen Preisen verkauft werden.

**Blitz-Schnell**  
 kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Günstigste Bringenstraße. Empfiehlt:  
**1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots, 1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,**  
 auch für fortpulente Herren passend.  
 Dieselben sind von feinen Kaschieren und Reifenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 48592\*  
 Fahrgeld wird vergütet. \* Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Jedes Wort 10 Pfennig.** Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen**

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig, Bilder, Spiegel, Kerzen, Möbel, Wollwaren, Teppiche, Gardinen, Kleider, Uhren, Goldschmuck, Herren- und Damenmode, Bücher, Porzellan, Spielzeug, etc.

**Wänderverkauf!** Hermannplatz 6. Wandkleidung! Epaulettenpaletots! Winterpaletots! Regenpaletots! Jagdanzüge! Gehrockanzüge! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode!

**Steyppdecken, Wollstoffe und Simili-** seide 2,25, 3,85, 4,25, 5,00, 5,75. Portieren, Blotzstoffe, 2 Ebenen, 1 Lambrequin in allen Farben 3,25, 3,85, 4,75, 5,50, 6,75. Große Frankfurterstraße 125. 1450R\*

**Restaurant, Jubiläum, Vereine,** reichliche Wohnung, frankfurterweg 11, 1109\*  
**Altes Milchgeschäft zu verkaufen,** 65 Frühstunden; ertragen Warffels-straße 7, Restauration. 1121  
**Parteiokal, altes, gutgehend,** wegen Todesfall verkauft Rixdorf, Rixdorfstraße 5. 1197  
**Restaurant wegen anderen Unter-** nehmens zu verkaufen. Brauerei Hüft, Röhrens Gubenerstr. 17, Restaurant.  
**Parteiokal, gut gehend, da Frau** krank, billig zu verkaufen. Erfragen Scharrenstraße 10, Reimickendorferstr. 106.  
**Restaurant mit Taubenbörse,** mietefrei, bergischweg, 1500, —. \* Sofort\*, Postamt 90. 282/14

**Fahrräder.**  
**Geschäftsfahrrad, hübsch, stabil,** 50,00 an Holz, Blumenstraße 36b. \*  
**Herrenfahrrad, Damenfahrrad** wie neu, 45,00, Holz, Blumen-straße 36b. 1297R\*

**Möbliertes Zimmer, Herr, Dame** Kurfürstendamm 112, Gartendamm II Jordan. 28251  
**Möbliertes Zimmer, Herr, Dame** Kurfürstendamm 112, Gartendamm II Jordan. 28251  
**Möbliertes Zimmer, Herr, Dame** Kurfürstendamm 112, Gartendamm II Jordan. 28251

**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Händelstr. 4, Bahnhofs Böfse. 264/11\*

**Die Grundbegriffe der Wirtschaft.** Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstrasse 69.

**Teppiche, Kleiderauswahl,** mit feinen Stoffen 3,15, 3,85, 4,65, 5,85, 6,00, 7,50. 1458R\*  
**Extrangebot! Salon- und Wohn-** zimmer-Teppiche, Kaminmatten, jetzt mit 20 Prozent Rabatt. 1458R\*  
**Päuerreste in allen Breiten** und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis.  
**Möbelstoffe, Reste in Stoffe** und Stoffe in allen Farben. E. Weigenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1458R\*  
**Christbaumzweige für** Bedenverkaufer billig Kungelstraße 18.

**Möbel.**  
**Möbel! alt, neu, einfache, eleg-** anteste, verkauft billig Lombard-straße, keine Königstraße 5, Fabrik-gebäude; auch Sonntag geöffnet. Teilzahlung gestattet.  
**Umkleekabinen (teilweise), fast** neu: 2 Kabinen mit Kastraten, Kleiderkasten, Vertiko, Trumeau, Sofa, Tisch, sechs Stühle, Spiegel, Spiegel, Garderobe, komplette Küche. Börsenstraße 30, I links. 1409R\*

**Dem Genossen Klein nebst Ge-** mahlin die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Genossen des 72. Bezirks. 1137  
**Volksfänger-Gesellschaft „Vogel“**, Wanteufelstraße 41. 125\*  
**Vorstandswahl Verein Völkerver-** einigung 94a. 2558R\*

**Schlafstellen.**  
**Möblierte Schlafstelle (3 Herren** Frankfurter Allee 18, vorn 3 Treppen links. 1186  
**Schlafstelle, saubere, junge Mädchen,** Caro, Brinzen-Allee 27. 1196  
**Fremdliche Schlafstelle bei sofort** zu vermieten in Schöneberg, Reichens-bergerstraße 72, 80., Hof, Seiten-Flügel 2 Treppen. 1123  
**Möblierte Schlafstelle** vermietet bei Sieglar, Georgenstraße 46, Duergebäude V. 1123  
**Möblierte Schlafstelle, sofort** oder 1. Dezember, Hefelstraße, Wilmers-berg 18. 2814b  
**Schlafstelle, gemüthlich, für Herrn,** Witwe Kühl, Admiralsstraße 8, Duer-gebäude II. 2812b  
**Schlafstelle, Herr, Hund, Käse-** nickerstraße 70a, Duergebäude II.

**Wanderverkauf!** Hermannplatz 6. Wandkleidung! Epaulettenpaletots! Winterpaletots! Regenpaletots! Jagdanzüge! Gehrockanzüge! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode!

**Wanderverkauf!** Hermannplatz 6. Wandkleidung! Epaulettenpaletots! Winterpaletots! Regenpaletots! Jagdanzüge! Gehrockanzüge! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode!

**Wanderverkauf!** Hermannplatz 6. Wandkleidung! Epaulettenpaletots! Winterpaletots! Regenpaletots! Jagdanzüge! Gehrockanzüge! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode!

**Wanderverkauf!** Hermannplatz 6. Wandkleidung! Epaulettenpaletots! Winterpaletots! Regenpaletots! Jagdanzüge! Gehrockanzüge! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode!

**Wanderverkauf!** Hermannplatz 6. Wandkleidung! Epaulettenpaletots! Winterpaletots! Regenpaletots! Jagdanzüge! Gehrockanzüge! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode!

**Wanderverkauf!** Hermannplatz 6. Wandkleidung! Epaulettenpaletots! Winterpaletots! Regenpaletots! Jagdanzüge! Gehrockanzüge! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode!

**Wanderverkauf!** Hermannplatz 6. Wandkleidung! Epaulettenpaletots! Winterpaletots! Regenpaletots! Jagdanzüge! Gehrockanzüge! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode!

**Wanderverkauf!** Hermannplatz 6. Wandkleidung! Epaulettenpaletots! Winterpaletots! Regenpaletots! Jagdanzüge! Gehrockanzüge! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode!

**Wanderverkauf!** Hermannplatz 6. Wandkleidung! Epaulettenpaletots! Winterpaletots! Regenpaletots! Jagdanzüge! Gehrockanzüge! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode!

**Wanderverkauf!** Hermannplatz 6. Wandkleidung! Epaulettenpaletots! Winterpaletots! Regenpaletots! Jagdanzüge! Gehrockanzüge! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode!

**Wanderverkauf!** Hermannplatz 6. Wandkleidung! Epaulettenpaletots! Winterpaletots! Regenpaletots! Jagdanzüge! Gehrockanzüge! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode!

**Wanderverkauf!** Hermannplatz 6. Wandkleidung! Epaulettenpaletots! Winterpaletots! Regenpaletots! Jagdanzüge! Gehrockanzüge! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode! Herren- und Damenmode!